

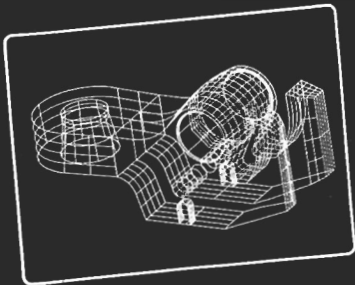
WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

6.-DM. Jg. 6, 3. Quartal, August 84

A 8104 F, Nr. 22

WECHSELWIRKUNG
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Technik beurteilen – Technik verändern

Schwerpunkt: Technik beurteilen – Technik verändern: Lücken und Lehren – Alternative Technik als Konzept * Technologiefolgenabschätzung * Hartes Leben – Sanfte Technik * Nützliche Produkte und Produktionskonversion * Technologie und Entwicklung * Weitere Themen: Erfahrungen und Perspektiven des Berliner Wissenschaftsladens * Gelber Regen: Zur Geschichte einer Kampagne * Aktionskonferenz Nordsee: Was soll aus der Nordsee werden? * Sympathy for the Devil: Alternativer und traditioneller Einsatz von Computertechnik * Wer hat die Alternativen: Heidelberger Kongreß über Alternativen der Forschungs- und Technologiepolitik *

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaften und soziale Konflikte. WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Bestellungen an: WECHSELWIRKUNG, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61

DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten), DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)

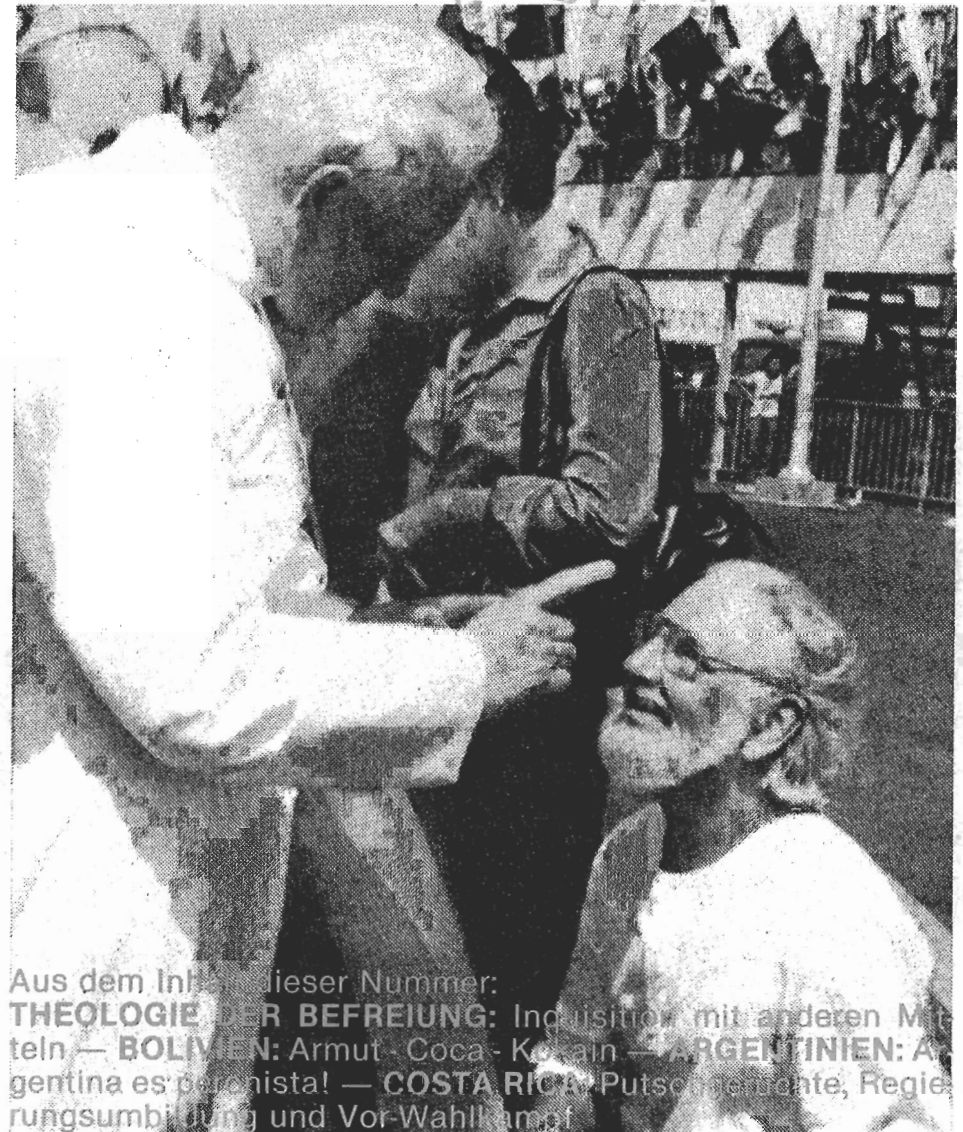
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 130

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Oktober 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:
THEOLOGIE DER BEFREIUNG: Induktion mit anderen Mitteln — **BOLIVIEN:** Armut - Coca - Koka — **ARGENTINIEN:** Argentina es peronista! — **COSTA RICA:** Putzschmerzte, Regierungsumbildung und Vor-Wahlkampf

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
— ARGENTINIEN: »Argentina es peronista«	4
— CHILE: 11 Jahre Diktatur - und wie lange noch?	13
— BOLIVIEN: Die Armut - Die Coca - und die Soldaten	17
— PERU: Ereignisse in Peru und ihre Hintergründe	27
— THEOLOGIE DER BEFREIUNG:	
Inquisition mit anderen Mitteln	32
— EL SALVADOR: Salvadorensische Flüchtlinge	
kämpfen gegen ihre Verlagerung	36
Bombardierung der Bevölkerung in El Salvador	44
— NICARAGUA: Interview mit Mirna Cunningham	47
— COSTA RICA: Putschgerüchte, Regierungsumbildung	
und Vor-Wahlkampf	57
— SCHULDEN (IV): De la Madrid: Ein neuer Präsident,	
ein neues Programm und die alten Strukturen	65
— SOLIDARITÄT: Für Frieden und Gerechtigkeit	
in Mittelamerika	74
— REZENSIONEN:	76
— Eingegangene Bücher	78
— Zeitschriftenschau	79
— Termine	81

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 11 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß dieser Nummer: 13. September 1984

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 60,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreislise Nr. 2 vom 1.6.1983

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Zu diesem Heft

Wie verkommen das Demokratieverständnis der Regierenden in "diesem unserem Lande" ist, zeigen - mal wieder - die Äußerungen des Bundesministers und CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler in einem Interview mit dem 'Informationsdienst der Evangelischen Allianz (IDEA)' vom 23. 7. 1984: "In El Salvador hat sich nun aber im Gegensatz zu Nicaragua ein Umschwung vollzogen. In El Salvador haben wir die Demokratie durchgesetzt." Ist das die 'Wende' auf mittelamerikanisch? Was ist das für eine Demokratie, die ein bundesdeutscher Christdemokrat in einem mittelamerikanischen Land durchsetzen kann? Und was blüht uns in der Bundesrepublik, wo solche Leute - im Gegensatz zu El Salvador in freien Wahlen - genügend Stimmen bekommen, um die Regierung zu bilden?

Wie Geißlers Freund Napoleon Duarte sein vor seiner Wahl abgegebenes Versprechen bricht, mit der Opposition zu verhandeln, ist in diesem Heft nachzulesen.

Unsern Lesern brauchen wir wohl kaum mitzuteilen, wie weit die 'Wende' in der BRD mittlerweile durchgesetzt ist. Für uns jedenfalls ist sie Anlaß, unsere Informationsarbeit nach Kräften fortzusetzen und wo immer möglich zu verstärken. Allerdings - die Kräfte lassen nach, besonders die finanziellen. Mit unserer derzeitigen Abonnentenzahl (1'600 Direktabonnenten und knapp 600 über Buchhandlungen und Komitees) ist die Herausgabe der Zeitschrift ein ständiger finanzieller Balanceakt. Zwar sind uns Spenden und großzügig aufgestockte Förderabos einiger Abonnenten eine Hilfe, aber die Lösung unserer Probleme ist nur durch eine erhebliche Steigerung der Abonnentenzahl möglich. Deshalb fordern wir alle Abonnenten auf, bei Freunden, Kollegen und Genossen für die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN zu werben. Informationskarten mit einem Abschnitt zum Bestellen kostenloser Probenummern schicken wir auf Anforderungen gerne zu. Wenn jeder Leser nur einen neuen Abonnenten wirbt, können wir wieder unsere ganze Kraft in die Informationsarbeit stecken und brauchen nicht mehr einen so großen Arbeitsaufwand wie jetzt in die Absicherung unseres finanziellen Überlebens zu investieren. Fairerweise wollen wir schon jetzt darauf hinweisen, daß wir den Preis des Jahresabos für 1985 nicht halten können. Eine Erhöhung zum 1. Januar ist unvermeidbar. Wenn die Werbung genügend neuer Abonnenten gelingt, werden wir anschließend über längere Zeit ohne neue Preisanhebungen auskommen.

Im letzten Heft vor der Sommerpause (LN 129) hatten wir zur Subskription eingeladen für Stabsammelmappen für die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN. Bisher sind noch nicht genügend Bestellungen bei uns eingegangen, um die Sammelmappen ohne ein unverträglich hohes Risiko für uns in Auftrag zu geben. Wir verlängern daher die Subskriptionsfrist bis 31. 12. 84 zu den in LN 129 angegebenen ermäßigten Subskriptionspreisen. Wer schon einen Scheck geschickt hat braucht sich keine Sorgen zu machen. Wir lösen die Schecks erst an dem Tag ein, an dem wir die Sammelmappen abschicken.

ARGENTINIEN

»Argentina es peronista«

Seitdem am 17. Oktober 1945 eine Demonstration und der Generalstreik von Hunderttausenden von Arbeitern Perón an die Macht brachten, ist der Orientierungspunkt der Politik Argentiniens: Perón sí? Perón no?

Die folgende Reportage, die wir aus Argentinien zugeschickt bekamen, versucht, den Zustand der peronistischen Bewegung 10 Jahre nach dem Tod des Generals darzustellen.

"PERON NO ES MUERTE!" - PERON IST NICHT TOT!

Buenos Aires 1984: An Häuserwänden sind Bilder von Perón und Sprüche wie "Perón es eterno" (Perón ist ewig) gemalt; in den Buchläden stapeln sich die Neuerscheinungen über den Peronismus; Zeitungen bringen wochenlang Schlagzeilen über Isabel, Witwe Peróns und Ex-präsidentin Argentiniens; in den Kinos läuft ein Film über Evita, die erste Frau Peróns und idealisiertes Idol "des Volkes": "Quién quiere oír oiga" - Wer hören will, der höre! Die Massen wollen hören und stehen in langen Schlangen vor den Kineeingängen.



Fähnchenverkäufer auf dem Friedhof Chacarita

Buenos Aires, 1. Juli 1984: Die Stadt ist mit unterschiedlichen Perón-Plakaten vollgeklebt. Am Chacarita-Friedhof, wo Perón und Evita begraben sind, dominiert das Plakat der Juventud Peronista: Ein Perón Portrait mit dem Spruch "Mein einziger Erbe ist das Volk". Das Volk kommt, um dem "Führer" (Lider) an seinem 10. Todestag zu ehren.

Vor dem Friedhofseingang haben die Blumenverkäufer reißenden Absatz. Blau-weiße Fahnen der Justizialistischen Partei mit einem Perón-Bildnis werden verkauft, Bilder und Anstecknadeln mit Perón und Evita angeboten. Die Jugendorganisation verkauft die Zeitschrift "La Linea", deren Titelbild eine Karikatur mit zwei Pferden im Regen zeigt, an denen sich Alfonsín mühevoll festhält, während Isabel und Gewerkschaftsführer Ubaldo fest im Sattel sitzen. Auf einem Flugblatt steht: "Er (Perón) war der Argentinier, der am meisten vom Volk geliebt und von der Finanz- und Agraroligarchie am meisten gehaßt wurde". Die Menschen, alt und jung, ärmlich oder vornehm gekleidet, gehen an den langen Reihen von Blumengewinden vorbei, die den Weg säumen: "Unión Tranviarios Automotor", "Agrupación Evita Perón Laferrera", "Telefónica Lista Gris", "Juventud Peronista Presente mi General" - die Partei- und Gewerkschaftsgruppen haben ihre Kränze ausgestellt.

In der Nähe des Grabes ist eine kaum überschaubare Menschenmenge angetreten. Viele halten blaue Schilder "Perón vive" (lebt) oder Transparente hoch. Andere haben die benachbarten Monumentalgräber dieser Totenstadt



"Unidad Básica Eva Perón, Stadtviertel La Paz anwesend, mein General"

erklettert, um ein riesiges Transparent zu entfalten: "Volveremos" - wir kommen zurück! Über den Lautsprecher ertönt immer wieder die Aufforderung, Platz zu machen, so daß die Zehntausenden durch die Gasse am Grab Peróns vorbeischießen, ihre Blumen abgeben und das Eisenbildnis Peróns berühren können. Die Gesichter sind bewegt, viele haben Tränen in den Augen.

Der Himmel ist grau, kein "Perónwetter", wie hier ein strahlend blauer Himmel genannt wird; ein schwerer Blumenduft liegt über der Veranstaltung. Dann die Rede eines Traditionalisten, der die Unanfechtbarkeit der peronistischen Doktrin und des Vertikalismus (der Befehls-Gehorsams-Struktur der peronistischen Bewegung, die von der Parteirechten vertreten wird) betont und mit dem Singen des Peronistenmarsches endet: "Los muchachos peronistas, todos unidos triunfaremos y como siempre daremos y grito de corazón - Viva Perón! Viva Perón!" (Vereinigt werden wir Peronisten siegen und wie immer von Herzen rufen: Es lebe Perón!) Danach eine kreischende Frauenstimme: Viva Evita! Alle: Viva! - Viva la Patria! - Viva Perón! - Viva!

IN EINER VILLA MISERIA

Mit Jorge sitze ich in einem Haus im barrio Soldati und diskutiere über den Peronismus, halte ihm die Illusion der Klassenneutralität und das undemokratische, autoritäre Führerprinzip des Vertikalismus vor. Jorge ist Mitte 40 und vor zwanzig Jahren aus Bolivien nach Buenos Aires gekommen, um hier wie etwa 1,5 Millionen andere Bolivianer Arbeit zu finden. Bis vor kurzem hat er am Boca-Juniors-Stadion auf einem Parkplatz gearbeitet; jetzt

näht er in Heimarbeit Lederjacken und neuerdings, da Leder zu teuer wird, wattierte Plastikjacken für einen Unternehmer. Er wohnt seit sechs Wochen in diesem ärmlichen Viertel, eine Stunde mit dem Bus vom Retiro, dem Hauptbahnhof im Zentrum entfernt. Gleich nebenan steht die Ruine einer Stadtautobahn, deren Pfeiler gespenstisch in die Luft ragen. Hierfür wurden 80 000 Häuser abgerissen, die Besitzer wurden mit nur wenig Geld abgefunden. Daneben stehen eine Reihe notdürftig zusammengezimmerter Wellblechhütten. Auch das "departamento", in dem Jorge mit seiner Frau Ramona, einer Argentinierin aus der Provinz, und seinem 15jährigen Sohn Jorge wohnt, entspricht nur den einfachsten Ansprüchen. Das einstöckige Haus mit 2 1/2 Zimmern gehört der Stadt und war schwer zu bekommen; es kostet aber nur 400 Pesos, das sind zur Zeit (Juli) nach offiziellem Kurs etwa 20 DM. Alle drei Monate wird die Miete erhöht; der Grundbetrag sollte für die gesamte Laufzeit des Mietvertrags (meist 2 bis 3 Jahre) im Voraus bezahlt werden, eine Praxis die immer häufiger wird.

Jorge arbeitet in der peronistischen Bewegung und ist in einer "Unidad Básica" (lokale Parteizelle) organisiert. "Vor Perón hatten wir gar nichts", sagt er. In den elendigen dreißiger Jahren, der "década infame" waren die Arbeiter unterdrückt, rechtlos, ausgebeutet und im Staat kaum repräsentiert. Perón und Evita brachten den Arbeitern Lohnerhöhungen, ein 13. Monatsgehalt, Kündigungsschutz, Arbeitslosenunterstützung, Verkürzung der Arbeitszeit, Herabsetzung des Rentenalters, Verlängerung der Schulzeit, Mutterschutz und bezahlten Urlaub. Der Alltag war verändert und sicherer geworden. Vor allem erhielt die - neugegründete, peronistische - Gewerkschaft CGT eine klare Rechtsgrundlage. 1952 bekamen die Frauen endlich das Wahlrecht. In populistischen Ansprachen an das Volk, in Plakaten und besonders in den Reden Evitas, in ihren Haßtiraden gegen Oligarchie und Imperialismus, in der Artikulation der Arbeiterinteressen waren die Arbeiter zum ersten Mal in Argentinien als Klasse politisch präsent und bekamen ein Bewußtsein ihrer Stärke.

LEBEN IN ARGENTINIEN 1984: ÜBERLEBEN



"Alfonsín, kannst Du mit 6 000 Pesos leben?"

Die Wohnung Jorges hat Strom, aber keine Heizung und ist sehr feucht - bei oft 80% Luftfeuchtigkeit kein Wunder; den Winter über werden die Wände nie trocken werden. Für die rheumatische achtzigjährige Mutter Ramonas, die zu Besuch ist, bestimmt Gift. Über den Möbeln sind Plastikbezüge. Es ist so kalt, daß wir unseren Atem sehen können. "Es hat sich für uns nichts geändert, seit Alfonsín an der Regierung ist." Das haben sie mir schon vor drei Monaten erzählt, ich glaube es. Auch am Sonntag essen wir nur geröstetes Brot und trinken Matete.

Die Inflation ist jeden Tag an den steigenden Preisen für Brot, Fleisch, öffentliche Verkehrsmittel, Zeitungen etc. spürbar. Die Regierung prophezeit in ihrem Budgetgesetz im Juli für 1984 eine Inflation von 400%; wenn es so weitergeht wie bisher, sind aber 600% eher realistisch. Die Steigerung der Nominallöhne hinkt ständig hinterher. Vom Dezember 1983 bis Mai 1984 sind die Lebenshaltungskosten um 158,6% gestiegen, die Löhne nur um 119,9%.

Die Arbeitslosigkeit ist statistisch nicht erfaßbar, viele haben mehrere kleine Gelegenheitsjobs gleichzeitig. Die Stände mit Strümpfen, gerösteten Erdnüssen auf den Straßen und der Verkauf von Alfajores (Kekse), Plastikkämmen und Heiligenbildern in den Zügen nimmt immer mehr zu. Auch die Zahl der Kinder steigt, die bis tief in die Nacht hinein auf den Straßen und in Restaurants um einen Peso betteln. Viele Familien können sich kaum noch das früher übliche Fleisch leisten und ernähren sich hauptsächlich von Nudeln und Matete. Daß das nicht reicht, hat die Zeitschrift "El Porteño" in einem erschütternden Bericht dargelegt: In einem Land, das bis vor kurzem noch für seinen Weizen- und Fleischexport berühmt war, starben 1981 44 von 1 000 Kindern unter einem Jahr an Unterernährung; selbst in der Hauptstadt sind 28% der Kinder ernsthaft unterernährt. In anderen Provinzen liegt die Zahl wesentlich höher: Salta 47%, Catamarca 59% (El Porteño April 1984).

Der Nationale Ernährungsplan (P.A.N.) ist kaum geeignet, grundlegende Abhilfe zu schaffen. Benefizkonzerte, zu denen der Präsident einlädt, und der Eintrittspreis eine Büchse Milchkpulver beträgt, wirken eher hilflos. Aber Geld ist keins da. Im Gegenteil: Argentinien hat nach offiziellen Angaben 43,6 Mrd. Auslandsschulden. Alfonsín beklagt fast wöchentlich die Krise und beschwört den Zusammenhalt und die Einheit der Nation. Im täglichen Kampf ums Überleben können daran die Wenigsten einen Gedanken verschwenden.

DIE GWERKSCHAFTEN UND DER ERSTE MAI

Von den vier Zweigen der peronistischen Bewegung (Gewerkschaften, Justizialistische Partei, Frauenorganisation und Peronistische Jugend) besitzen die Gewerkschaften bei weitem den größten Stellenwert, während die Frauenorganisation in der machistischen Gesellschaft ohne Einfluß ist.

Die Gewerkschaftsführer behaupten zwar, die Gewerkschaftsorganisationen seien überparteilich und alle Arbeiter in ihnen vertreten, aber keiner zweifelt daran, daß die Confederación General del Trabajo (CGT) peronistisch ist. Dies zeigte sich zuletzt bei dem Versuch Alfonsíns, den Einfluß der Peronisten in den Gewerkschaften durch ein neues Gewerkschaftsgesetz zurückzudrängen (vgl. LN 124 und 128), der an den Stimmen der peronistischen Gouverneure und Senatoren scheiterte.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß es keine Auseinandersetzungen im Gewerkschaftsapparat gäbe. Sie gleichen allerdings eher persönlichen Machtkämpfen als politischen Diskussionen zwischen unterschiedlichen inhaltlichen Positionen. Zwischen der starken "Gruppe der 62", deren wichtigster Repräsentant der Metallerchef und Vizepräsident der Justizialistischen Partei Lorenzo Miguel ist, dem CGT-Vorsitzenden Ubalini, dem eine relativ weiße Weste nachgesagt wird, dem Ex-chef der früher zeitweise abgespaltenen CGT-Azopardo Triaca und dem linksperonistischen Gewerkschafter Fermini bestehen erhebliche Differenzen. Das findet seinen Ausdruck in der schwankenden Politik der CGT: Einmal soll ein Kampfplan erstellt werden, der einen 48stündigen Generalstreik beinhaltet, dann wieder wollen sie durch intensive Ver-

handlungen mit dem Arbeitsminister und Alfonsín eine konzertierte Aktion machen und einen korporativistischen Frieden sichern. Kampfstarke zeigen sich die Gewerkschaften allerdings in den vielen Streiks, die mittlerweile zum Alltag gehören.

Auf der Veranstaltung zum 1. Mai waren die unterschiedlichen Positionen in der Gewerkschaftsführung nicht sichtbar. Immer neue Gruppen der Einzelgewerkschaften – Textilarbeiter, Metallarbeiter etc. – zogen mit Fahnen und Transparenten zum Club Atlanta. Bilder von Perón und Evita wurden verkauft. Eine alte Frau fragte mich, für wen ich fotografiere und erklärte mir dann: "Perón no es muerte!" Immer wieder wurde "Perón, Perón" gerufen und man sang peronistische Lieder, sowohl während der zweistündigen Wartezeit bis zum Beginn der Veranstaltung wie während der Reden selbst. Unter frenetischen Beifall zogen die Gruppen in das Stadion ein, es wurde getanzt und gehüpft. Jorge, sein Sohn und ich standen auf einer alten Holztribüne; ich befürchtete schon, sie würde unter dem Hüpfen zusammenbrechen. Die beiden Redner, Saúl Ubaldini und Jorge Triaca (Angehörige des Vorstands der CGT) bezogen sich auf Perón, zitierten Evita, beschworen die Einheit der Arbeiterbewegung, forderten soziale Gerechtigkeit und höhere Löhne, einen institutionalisierten Platz der Gewerkschaften in der Demokratie. Der Inhalt der Reden schien jedoch relativ gleichgültig; er ging unter in den Rufen "Ubaldini! Ubaldini!", "Perón! Perón!" und "El pueblo unido, jamás será vencido!" (Das vereinte Volk wird nie besiegt werden!) Als ich zum Schluß der Veranstaltung Ramona mit strahlenden Augen traf, fragte sie mich: "Wie hat Dir das Fest gefallen?" – da habe ich begriffen, daß das Ganze ein Volksfest ist.

KRISE DER JUSTIZIALISTISCHEN PARTEI

Die Justizialistische Partei wird seit der überraschenden und traumatischen Wahlniederlage am 30.10.1983 – der ersten Niederlage in sauberen Wahlen überhaupt – heftig in Frage gestellt.



Veranstaltungsplakat einer Distriktsgruppe der Justizialistischen Partei in Buenos Aires

3,25 Millionen, das sind 10% der argentinischen Bevölkerung sind Mitglieder der Partei, 6 Millionen haben sie gewählt. Zum Vergleich: Die Regierungspartei UCR hat 1,5 Mio Mitglieder und bekam 7,6 Mio Stimmen. Doch die Mobilisierung der JP-Basis ist nicht hoch; viele Parteilokale, die vor den Wahlen von Einzelpersonen angemietet wurden, wurden inzwischen wieder aufgegeben, da der erhoffte Machtzuwachs ausblieb. Die Arbeit der Parteibasisstruktur, der Unidades Básicas, besteht vor allem aus kleinen Schulungszirkeln und der Organisation von vereinzelter Festen.

Im Parteiapparat ringen eine kaum überschaubare Menge von Linien, Gruppen und Personen um Einfluß. Der Präsidentschaftskandidat vom vergangenen Jahr, Italo Luder, wird der "liberalen Mitte" zugerechnet, steht den Radikalen Alfonsíns recht nahe und repräsentiert die Mittelklasse; Cafiero vertritt die nationale Bourgeoisie und bezieht sich auf den "historischen Peronismus"; Leonidas Saadi führt die linksperonistische "Intransigencia Peronista", gibt sich betont antiimperialistisch und gleichzeitig als Großgrundbesitzer das Privateigentum; er ist auch Direktor der Tageszeitung "La Voz"; die Gruppe "Convocatoria" repräsentiert vor allem die dem Peronismus angehörigen Intellektuellen; innerhalb der Partei sind auch die 12 peronistischen Provinzgouverneure sehr einflußreich; hinzu kommen die "Ultravertikalistischen" (extrem rechte Peronisten, die auf Isabel setzen) und dem Rechtskatholizismus nahestehen; schließlich – nicht zu vergessen – ist da noch Herminio Iglesias, Vorsitzender der JP Buenos Aires (der stärksten Provinzgliederung der Partei), Besitzer von Bordellen und Spielkasinos, der Typ des skrupellosen und korrupten Machtpolitikers. Viele in der Partei machen ihn – zusammen mit Lorenzo Miguel – für die Wahlniederlage verantwortlich. Angesichts des Fehlens einer unumstrittenen Führungspersonlichkeit fallen diese Gruppen auseinander und bekämpfen sich gegenseitig.

ISABEL ALS RETTERIN?



"Willkommen!" – Plakat bei der Rückkehr Isabels nach Argentinien

Aus dem desolaten Zustand sollte die "natürliche Führerin, deren Bedeutung völlig unersetzbar ist" (nach einem offiziellen Parteidokument), die Expräsidentin und zweite Frau Peróns, Isabel, die Partei retten. (Vgl. auch LN

127) retten. Wochenlange Vorbereitungen der Parteispitze, Bemalen der Stadt mit "Bienvenido Isabel" und Tausende von Plakaten, offizielle Rehabilitation durch ein Gesetz, Gespräche mit der Parteispitze und mit Alfonsín und zum Schluß ein publicityträchtiges Unterzeichnen einer Allparteien-Erklärung (die gar nicht alle Parteien unterzeichneten, der Partido Intransigente von Oscar Alende beispielsweise weigerte sich, da er nicht zuvor konsultiert worden war) zur Rettung Argentiniens, die autoritäre Einsetzung eines "Oberkommandos" der Nationalen Justizialistischen Bewegung und dann - die spektakuläre Abreise samt einem mißglückten Bombenattentat. Der ganze Wirbel, der die argentinischen Medien wochenlang in Atem hielt und für Schalgzeilen sorgte, brachte keine Lösung für die Krise der Partei.

Die Person Isabels wird öffentlich von Peronisten kaum infrage gestellt - eine Ausnahme bilden lediglich die "Muchachos Peronistas", wie die Peronistische Jugend genannt wird. Sie sind für einen "Peronismus ohne Isabel und ohne die Bourgeoisie". Die Peronistische Jugend kritisierte die abgehobenen

"feierlichen Akte" und den "Pakt der Parteispitzen", da die "Einheit der Nation für Freiheit und soziale Gerechtigkeit" nur von unten her aufzubauen sei. Indirekt gegen Isabel wird Perón vom 12.6.1974 zitiert: "Mein einziger Erbe ist sei das Volk". Die Montoneros und die peronistische Kommission für Menschenrechte setzten den versöhnlichen Spitzengesprächen der "Señora" mit Alfonsín gar einen Ausspruch Evitas entgegen: "Der Peronismus wird eine revolutionäre Bewegung sein oder er wird untergehen."

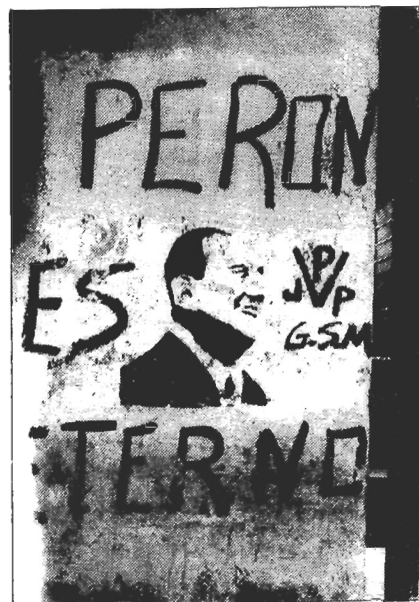
Ebenso umstritten ist das Oberkommando, das Isabel kurz vor der Abreise selbstherrlich einsetzte und damit den Traditionalisten den Segen gab. Bedeutende Politiker der Partei lehnen diese "Dedocracia" (Zeigefinger-Bestimmung) ab, so z.B. Raúl Mateta. Auch Italo Luder nannte diese Prozedur anachronistisch, da die Basis nicht konsultiert wurde.

Aber auch der Vertikalismus, die hierarchische Führungsstruktur der Partei, wird heftig angegriffen. In der "Doctrina Peronista", der parteioffiziellen Darstellung des Peronismus, wird die autoritäre Führung der Partei durch den Caudillo, der wie einst der König von "Herz und Seele des Volkes" sei, als

"Perón ist ewig"
Die Peronistische Jugend beruft sich auf Perón - gegen Isabel

den Bedingungen Argentiniens angemessen verteidigt und vom "Anti-Personalismus liberal-demokratischer Politikformen abgegrenzt. Bloß: der Caudillo ist tot.

Die Kritik an dieser Führungsstruktur wird von verschiedenen peronistischen Gruppen innerhalb der Partei artikuliert. Die Gruppe "Liberación" kritisiert die "Führung ohne Konsens", die Unbeweglichkeit, den Bürokratismus und den Positionskrieg im Parteiapparat. Die Gruppe "Metropolitana 30 de Marzo" bemängelt den "rigiden Autoritarismus, das Abwürgen jeglicher Initiative und Partizipation" und die "genormte Uniformität" der Partei. Julio Bárbaro spricht von einem "Neo-Frankismus" des rechten Parteiflügels. Immer mehr Stimmen in den Unidades Básicas, aber auch viele Abgeordnete fordern eine direkte Wahl in der Partei, sogar einen völligen Neuaufbau der Partei von unten nach oben.



DIE "NATIONALE FRONT" - DAS ALTE LIED

"Das Volk ändert seine Ideen nicht" - so heißt eine Parole, die die Peronisten oft auf ihren Demonstrationen rufen. Und nach diesem Motto tauchte denn auch nach der schweren Wahlniederlage der Ruf nach der "Nationalen Front" auf. Damit soll dem gegenwärtigen Zustand, einer Opposition ohne inhaltliche Alternative für die schwere Krise zu sein, ein Ende gesetzt werden.

Dafür existiert allerdings kein klares Konzept und Programm. Isabel Perón will es in Madrid ausarbeiten und im September bei ihrer Rückkehr vorlegen. Die "Nationale Front" - so die Grundidee - soll alle repräsentativen Gruppen der Gesellschaft umfassen: die Arbeiter (auch die nicht gewerkschaftlich organisierten), die Unternehmer, Studenten, die politischen Parteien (auch Teile der regierenden UCR), alle Berufsgruppen, die "nationalen" Teile der Streitkräfte bis hin zur Kirche. Der Gegner der Front ist zunächst der Imperialismus, der durch die Dominanz der multinationalen Konzerne in Argentinien und die Forderungen des Internationalen Währungsfonds präsent ist, dessen Zinsforderungen (zusammen mit denen der privaten Gläubigerbanken) allein das Nationalprodukt aufbrauchten. Mit dieser ökonomischen sei auch eine politische Abhängigkeit von den USA verbunden. In anderen Formulierungen wird auch die Oligarchie der 100 bis 200 Familien in Landwirtschaft, Finanz und Industrie dem Imperialismus zugeschlagen.

Die "Nationale Front" versteht sich als Fortsetzung der "Nationalen Front für Gerechtigkeit und Freiheit" (Frejuli), die Perón 1973 proklamierte (als Wahlbündnis); sie ist eng verbunden mit der Idee eines "dritten Weges". Die "Nationale Front" diene der Integration aller sozialen Klassen und Ideologien. Es sei das "oberste Ziel des Justizialismus ..., den Klassenkampf durch die Kooperation zwischen Kapital und Arbeit zu ersetzen". Diese "dritte Position" findet sich auch in Wandinschriften wie: "Weder Yankee noch Marxist, Peronist, Peronist!"

DER NATIONALISMUS UND DIE MALVINEN

Durch alle Lager hindurch herrscht die Überzeugung, daß die Malvinen argentinisch sind. In Schulveranstaltungen wird dies ebenso verkündet wie vom Außenminister oder dem Staatspräsidenten. Was dabei territorialer Nationalismus oder reflektierter Antiimperialismus ist, ist oft nicht zu entwirren.

"Die Malvinen sind argentinisch - der Kampf wird nie aufhören", war die Parole auf zwei großen Demonstrationen: am 15.6.84, dem "Malvinentag" und vor allem am 2. April, dem Jahrestag des Kriegsbeginns vor zwei Jahren, als die damals noch regierenden Militärs einen Krieg vom Zaun brachen, um von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. (vgl. LN 103, 104, 105) Zehntausende marschierten durch die Straßen, unter ihnen auch Montoneros und viele Exsoldaten, die mit Ovationen bedacht wurden.

Die Kundgebung am "englischen Turm", einer Nachbildung des Big Ben am Retiro-Bahnhof, endete damit, daß Jugendliche die Statue von Mr. Canning mit Steinen bewarfen. Die Statue wurde umgestürzt und in den Río de la Plata geschmissen. An ihrer Stelle posierten Jugendliche mit freiem Oberkörper als "descamisados" (Hemdlose, damit wurden vor allem von Evita die armen Massen bezeichnet, die den Peronismus unterstützten) mit der argentinischen Fahne in der Hand vor brennenden britischen und US-Fahnen.

"GEGEN DIE ABHÄNGIGKEIT UND FÜR DIE FREIHEIT"

Für den 22.6. hatte ein Bündnis der Jugendorganisationen von 10 Parteien, darunter der UCR und Justizialistischen Partei, zu einem "Marsch gegen die Abhängigkeit" aufgerufen. Es kamen 100 000. Im Aufruf dieses Bündnisses namens "Bewegung der politischen Jugend" (MoJuPo genannt) heißt es: "Wir weisen die Forderungen des Internationalen Währungsfonds und den internationalen Wucher zurück, der die Krise auf dem Rücken der Völker Lateiname-



"Die Peronistische Jugend vereint gegen den IWF"

des Protests gegen die unmittelbaren Folgen einer Wirtschaftspolitik handelt, die - um die Schulden bezahlen zu können - die weitere Verarmung breiter Schichten des Volkes einkalkulieren muß.

rikas austragen will. Von den Auslandsschulden soll nur der legitime Teil bezahlt werden, und dies sollen die Finanzwelt, die Oligarchie und die multinationalen Konzerne machen." "Mit dem Hunger des Volkes werden wir nicht bezahlen."

Auch diese Demonstration ist geprägt von peronistischen Parolen, Transparenten von Perón und Evita. Wenn der Zug stockt heißt die Parole: "Salta, salta, salta y que no salta es radical!" (Hüpf hüpf, wer nicht hüpf gehört zur UCR). Fast alle hüpfen, auch ältere Frauen, Angestellte in Schlips und Kragen, Schüler in ihren Uniformen. Dazwischen wird immer wieder der Peronistenmarsch gesungen zum Klang der großen Pauken.

In diesen Massendemonstrationen erwächst das für den Peronismus kennzeichnende Gefühl der Zusammengehörigkeit, das sich keineswegs auf eine festumrissene Ideologie bezieht.

Diese Demonstrationen zeigen auch, daß der Peronismus trotz seiner inneren Querelen immer noch die Straße beherrscht und in der Lage ist, große Massen zu mobilisieren, vor allem, wenn es sich wie hier um den Ausdruck

CHILE

11 Jahre Diktatur — und wie lange noch?

Am 4. und 5. September fanden die zehnten Nationalen Protesttage gegen Pinochets Diktatur statt - wieder zeigen "heute", "Aktuelle Kamera" und "Tagesschau" den gleichen Film: brutaler Polizeieinsatz im Zentrum Santiagos; Verhaftete, Verletzte. Die Toten, die der Protest auch diesmal wieder kostete, in den Arbeiter- und Elendsvierteln, bleiben abseits der Kameras der angereisten Korrespondenten. Und wieder erklärt Pinochet: NEIN. "Die Verfassung (von 1980) wird befolgt werden, und Punktum". Das heißt keine Wahlen vor 1989. Und, wir haben das mehrfach dargelegt, Wahlen aufgrund der gegenwärtigen Verfassung brächten noch lange keine Demokratie.

Seit dem ersten Nationalen Protesttag am 11. Mai 83 ist es der Opposition nicht gelungen, den entscheidenden Durchbruch zu erringen, um Pinochet stürzen zu können; es ist ihr nicht einmal gelungen, zu der Opposition zu werden. Gleichzeitig gilt, daß Pinochets Unterstützung aus dem Lager der Rechten erkennbar schmaler geworden ist. Es ist, auf eine einfache Formel gebracht, die politische Schwäche seiner Gegner, die Pinochet an der Macht hält. Andererseits: die einzelnen oppositionellen Tendenzen in der einen, breiten Oppositionsfront zusammenzufassen, scheint nichts Geringeres zu bedeuten als die Quadratur des Kreises.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Christdemokratie zu bzw. der von ihr beherrschten "Demokratischen Allianz", in der neben kleineren bürgerlichen Parteien eine Fraktion der Sozialistischen Partei vertreten ist.

Obwohl die AD aus der Dynamik der ersten Protesttage im August 83 entstand, hat sie die Linie der Massenmobilisierung nur halbherzig verfolgt, dazwischen immer wieder vergeblich nach "politischen Lösungen" gesucht.

Wenn die AD gemeinsames Vorgehen mit der Demokratischen Volksbewegung MDP (dem um die KP gruppierten Linksbündnis) auch nicht ausschließt, so weigert sie sich bislang entschieden, ein politisches Bündnis mit ihr einzugehen. Statt dessen hat sie während der chilenischen Wintermonate nach einer "Politischen Lösung" mit den Teilen der Rechten gesucht, die ebenfalls Pinochets Herrschaft bald beendet sehen möchten, wenn auch nicht um jeden Preis.

Dieser Sektor der Rechten hat begriffen, daß sie um ihrer längerfristigen politischen Zukunft willen zu Pinochet auf Distanz gehen müssen; noch verstehen sie sich lediglich als "Dissidenten", nicht als Opposition. Daß die politische Rechte gespalten ist, wurde offenkundig, als Innenminister Jarpa im Juli vergeblich versuchte, acht Gruppen und Gruppierungen der Rechten unter einen politischen Hut zu bringen, wobei u.a. seine eigene Nationalpartei auf Distanz ging. Hinter den Gesprächen zwischen der AD und der sogenannten "demokratischen" Rechten steht das Konzept, sich angesichts der von niemanden zu bestreitenden tiefgreifenden Krise als politische Alternative zu Pinochet anzubieten.

In fast absurder Weise wiederholt sich dabei das Szenario von vor elf Jahren, das zum Sturz der Unidad Popular unter Allende führte: Rief damals der bürgerliche Block die Streitkräfte auf, das "Chaos" zu beenden, in das Allendes Regierung das Land angeblich gestürzt

hatte, so möchte dieser Versuch zur Wiederbelebung der bürgerlichen Koalition abermals die Streitkräfte zum Schiedsrichter erheben, damit sie das Chaos beenden, in das "ihre" Regierung das Land unleugbar gestürzt hat. Bislang ohne erkennbares Echo. Dieser gespenstische Wiederannäherungsversuch ist freilich vorerst gescheitert: Die Rechte verlangte von der AD, auf die geplanten Protesttage am 4. und 5. September zu verzichten; als sie dazu nicht bereit war, wurden die Kontakte auf der offiziellen Ebene - vorerst? - abgebrochen.

Die gegenwärtige politische Situation in Chile ist eine Welt der "Polit-Fiktion". Politiker treten aus den Kulissen, in die sie von Militärs verbannt wurden, und agieren in den Rollen, die sie vor elf Jahren abgeben mußten; kaum eine Partei, die neue Gesichter präsentieren, keine, die wirklich neue Ideen anbieten kann. Das ist mit der politischen Unterdrückung unter der Diktatur sicher nur teilweise zu erklären. Welche gesellschaftlichen Kräfte sie wirklich repräsentieren - auch darüber läßt sich nur spekulieren.

Ohne Echo bleiben bislang die Forderungen der MDP nach "Einheit". Wenn die DC auch ein Bündnis mit ihr scheut, so weiß sie zugleich, daß eine Übergangsregierung, wie immer zustande gekommen, ohne die Duldung durch die Linke keine Chancen hätte. Genau hier scheint der Punkt zu liegen, der erklären könnte, warum Chile - im Vergleich zu Uruguay und Argentinien - seine Militärs nicht los wird: Er liegt in der relativen Stärke der Linken. Selber zu schwach, das Regime zu stürzen, erscheint sie dem bürgerlichen Lager dennoch zu stark, als daß es bedingungslos den Sturz Pinochets wollen könnte. Deshalb die halbherzige Politik der AD im Hinblick auf soziale Mobilisierung, die ihr aus dem Ruder laufen könnte. Deshalb das Streben nach einer "ruptura pactada", einem (mit den Streitkräften) ausgehandelten "Bruch" mit dem Regime Pinochets.

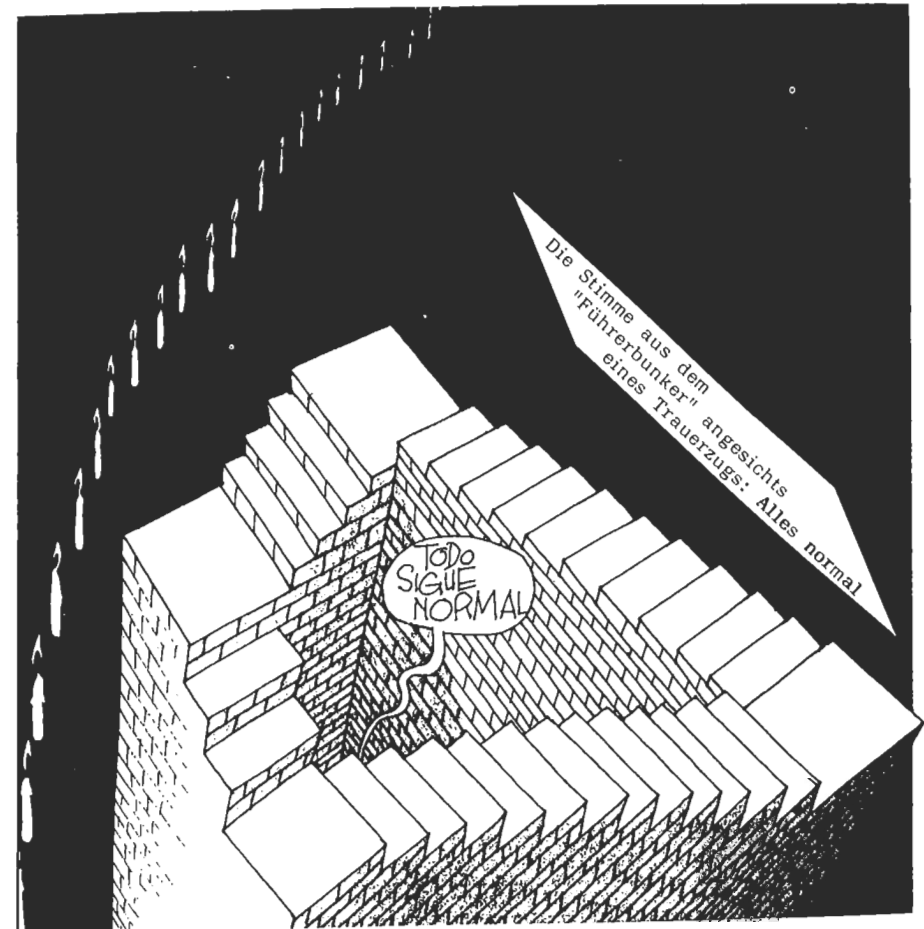
Es fällt einem schwer, mit Pinochet auch nur punktuell übereinzustimmen; aber in einem Punkt hat er, zynischerweise, recht: Die chilenischen Politiker sind noch nicht reif für den Übergang zur Demokratie. Das bewog ihn dazu, die Signale von politischer Öffnung, beschleunigtem Übergang zur Demokratie, vorgezogenen Wahlen, die sein Regime aus Innenminister Jarpas Mund vor einem Jahr in einem Moment schwerer Bedrouille von sich gab, als "bloße Möglichkeit" zurückzunehmen. Vor ausländischen Journalisten witzelte er jüngst, Wahlen könnten am 28.12.1988 stattfinden - in Chile das Datum für "Aprilscherze".

Solange zu viele chilenische Politiker aus politischem Kalkül mehr Angst vor den Tagen nach Pinochet haben als unter seinem Regime, braucht ihn das wenig zu berühren. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge scheint nur ein Mann in der Lage, diesen gordischen Knoten für die Opposition zu durchschlagen: Pinochet selbst.

PINOCHET SCHLÄGT ZURÜCK

In einer Reihe von Interviews und Ansprachen hat Pinochet in den letzten Wochen nicht nur mehrfach erklärt, daß er, "koste es, was es wolle", bis 1989 im Amt zu bleiben gedenkt; er hat auch mit einer Wiederholung des "Elften" gedroht, d.h. einer Neuauflage des Terrors von September 73; zwar wurde diese Äußerung - wie andere auch in letzter Zeit - in der später veröffentlichten "amtlichen Version" zur "ideologischen Auseinandersetzung" herabgemildert, aber gemeint ist der nackte Terror.

Gewissermaßen als Signal vor den Protesttagen fanden am 23. August in vier Städten (Santiago, Concepción, Los Angeles und Valdivia) fast gleichzeitige Aktionen des Geheimdienstes statt, die, als "bewaffnete Zusammenstöße mit Subversiven" deklariert, tatsächlich Hinrichtungen waren. Zumindest aus Concepción wurden so eindeutige Augenzeugenberichte bekannt, daß der dortige Erzbischof von "Mord" spricht, eine gerichtliche Untersuchung der Vorfälle verlangt und für den 11. Jahrestag des Putsches das feierliche "Te deum" verweigerte (zur gleichen Entscheidung kam aus ähnlichen Gründen der Bischof von Copiapó). Bilanz dieser Geheimdienst-Aktionen: neun Tote.



Schließlich hat die Ermordung eines französischen Priesters am ersten der beiden Septemberprotesttage und die anschließende (vergebliche) Forderung des Regimes, die Totenmesse nicht in der Kathedrale von Santiago zu halten, die Beziehungen des Regimes zur katholischen Kirche in erheblichem Maße verschärft.

Es ist der blindwütige Fanatismus Pinochets, den "Kommunismus" auszurotten, (und er erkennt "ihn bis in den katholischen Klerus hinein), der die oppositionellen Politiker Chiles in jene gemeinsame Front zwingen könnte, die aus eigener Einsicht zu bilden sie sich so schwer tun.

PROBLEME DER GERWERKSCHAFTEN

Auf welche Schwierigkeiten die Gewerkschaften bei der Massenmobilisierung stoßen, schildert eine Mitarbeiterin, die sich mehrere Wochen in Chile aufhielt.

Die großen Demonstrationen vom 27. März und vom 1. Mai erweckten beim Nationalen Arbeiterkommando den falschen Eindruck, als ob die Zeit für einen Generalstreik reif sei. Der Aufruf zu einem Streik vor Ende Juli wurde nicht durchgeführt, weil es bald deutlich wurde, daß weder die mächtigsten Gewerkschaften Chiles - die Kupferminenarbeiter und die Erdölarbeiter z.B., noch die Lastwagenfahrer und die Händler einen Streik unterstützen würden. Manuel Bustos, Vorsitzender der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS) ist der Meinung, daß ein Streik auch ohne diese Sektoren ("ein sozialer Streik") durchgeführt werden sollte. Rodolfo Seguel, Vorsitzender des Arbeiterkommandos, ist vorsichtiger. "Die Bedingungen für einen Streik werden günstiger", meint er. Ich habe mit einigen Basisgewerkschaften gesprochen, die sehr enttäuscht und auch wütend waren, daß es keinen Streik gegeben hat. Es besteht aber kein Zweifel, daß die große Mehrheit der chilenischen Arbeiter z.Zt. nicht bereit ist, ihre Arbeitsplätze mit einem Streik zu riskieren. Das Beispiel der Kupfermine von El Salvador ist bei vielen sehr präsent.

El Salvador liegt vier Busstunden von Copiapó, der nächsten Stadt, mitten in den Bergen in der Atacama-Wüste. Hier wurde im Juni 1983 der erste ernsthafte Versuch unternommen, einen Nationalstreik einzuleiten. Sobald der Streik begonnen hatte, strömten tausende von Arbeitslosen an diesen isolierten Ort in der Hoffnung, die streikenden Arbeiter ersetzen zu können. Über tausend Bergarbeiter verloren ihre Arbeit, von denen 640 nie wieder angestellt wurden. Diese Arbeiter stehen auf einer schwarzen Liste und dürfen keine Arbeit mehr annehmen - auch nicht bei den Minimalbeschäftigungsprogrammen, "PEM" und "POJH".

Man muß sich darüber im klaren sein, daß nur 10 o/o der arbeitenden Chilenen überhaupt Mitglieder in einer Gewerkschaft sind. Von diesen nehmen in der Regel nur weniger als die Hälfte an Gewerkschaftstreffen teil. Pinochets Arbeitsgesetz, das Gewerkschaften nur auf der Ebene der Einzelfirmen erlaubt, hat dazu geführt, daß 300.000 Arbeiter und Angestellte heute in 4.400 Einzelgewerkschaften organisiert sind, was einen Durchschnitt von 60 Mitgliedern pro Gewerkschaft bedeutet. Die Gewerkschaften sind meistens voneinander isoliert. Weniger als 50 o/o von ihnen haben sich einer nationalen Gewerkschaftsorganisation angeschlossen. Um einen Generalstreik zu ermöglichen, ist es unbedingt notwendig, mehr politische Vorbereitungsarbeit auch unter den Arbeitslosen - den potentiellen Streikbrechern - zu leisten.

BOLIVIEN

Die Armut - die Coca - und die Soldaten

MILITÄRISCHE INVASION IM CHAPARE

"Die Gringos haben uns die Kokainherstellung beigebracht und den Drogenhandel ins Land gebracht - und nun wollen sie unseren Cocaanbau zerstören." Zorn und Hilflosigkeit drücken die Gesichter der Bauern aus. Gemeint sind die US-Amerikaner. Und die Bauern sagen auch: "Wir kauen die Coca-Blätter, wie es seit Jahrhunderten unsere Vorfahren getan haben. Mit Kokain haben wir gar nichts zu tun. Das wird in USA und Europa konsumiert. Sollen sie es doch da bekämpfen." Ob sie wirklich nichts mit dem Kokain zu tun haben, darf mit gutem Grund bezweifelt werden. Aber von fast jedem Campesino, den man derzeit im größten bolivianischen Coca-Anbaugebiet - dem Chapare - befragt, erhält man diese Auskunft. Sie kämpfen um ihre nackte Existenz. Mit dem Anbau der Coca-Sträucher, dem Handel mit den Aufkäufern der Kokainmafia - den "Narcotraficos"-und auch als Arbeitskräfte in den Kokainküchen im Urwald, konnten die "Colonizadores", die Kolonisierungsbauern, ihr armseliges Leben etwas verbessern. Damit ist es nun vorerst schluß.

Kombinierte Streitkräfte des bolivianischen Heeres, der Luftwaffe, der Marine, der Polizei und die gefürchtete Polizei-spezialeinheit "Leoparden" sind auf Anweisung der Regierung Anfang August in den Chapare einmarschiert. Die Region wurde zur Militärzone erklärt, und seitdem kontrollieren die Soldaten das Leben zwischen Villa Tunari, Shinahota, Chimoré und noch jenseits davon in Richtung Beni. Die militärische Präsenz der Uniformierten ist allgegenwärtig, auch wenn sie sich weitgehend höflich verhalten und versuchen, nicht wie eine Besatzungstruppe aufzutreten.

Die Aktion war bereits 10 Tage zuvor von der Regierung über Presse und Rundfunk bekanntgegeben worden. Der Eindruck eines Überfalles sollte vermieden werden. Die Regierung setzte alles dran, es nicht zu den drohenden gewaltsamen Auseinandersetzungen - manche befürchteten einen Bürgerkrieg (!) - kommen zu lassen. Die Stimmung der Bauern im Chapare stand auf Sturm. Durch Verhandlungen mit regionalen Bauernorganisationen und der Allgemeinen Bauern- und Landarbeitergewerkschaft (CSUTCB) im Gewerkschaftsdachverband COB versuchte die Regierung, Verständnis oder gar Unterstützung bei den Bauernverbänden zu erlangen. Doch diese lehnten eine militärische Invasion kategorisch ab. Zwar sprachen sich die gewählten Bauernvertreter für eine Bekämpfung des internationalen Kokainhandels aus, aber jede militärische Einmischung war für sie absolut inakzeptabel.

Immerhin hatten Ankündigung der Aktion und öffentliche Diskussion zur Folge, daß vorerst kein Schuß fiel. Aber natürlich hatten die "Narcotraficos" die Zeit genutzt, samt bodyguards, Bordellen, Aufkäufern und anderen obskuren Gestalten, aus dem Chapare zu verschwinden, unterzutauchen irgendwo im weiten



unwegsamen Bolivien oder den von ihnen schon vorher bevorzugten Städten Cochabamba und Santa Cruz. Keiner der dicken Fische ging ins Netz der Soldaten. Es hieß, 25.000 "Leute" seien aus dem Chapare "geflohen", allerdings keine Bauern.

Die militanten der Aktionen der Campesinos blieben vorerst ebenfalls aus. Vereinzelte Straßenblockaden waren die Ausnahmen. - Bei dieser militärischen Übermacht nimmt das nicht Wunder.

Während der ersten Woche war jeder Verkauf und die Ausfuhr von Coca strikt verboten. An den Ortseingängen und -ausgängen wurde jede Person und jeder Transport kontrolliert. Im übrigen bemühten sich die Uniformierten, die verbliebenen kleinen Fische ausfindig zu machen und den Urwald abzusuchen nach "Kokain-Fabriken". Sehr fündig wurden sie aber bei ihren Razzien offenbar nicht. Stolz präsentierten sie uns - den wenigen angereisten Korrespondenten - einige Beutelchen Kokainsulfat, ein paar Plastikkanister mit chemischen Lösungsmitteln und Benzin, Munition und einen Uraltrevolver, wohl aus der Zeit des Chaco-Krieges stammend, und einen Drogenabhängigen in erbarmungswürdigem Zustand. - Diese eher magere Ausbeute war das Resultat einiger Tage intensiven Suchens nach den berühmten "fabricas". Kunststück: Auf die Hilfe der Bauern konnten die Soldaten bei Erfüllung ihrer Aufgaben nur selten zählen. Und wie sich zurechtfinden im unbekannten Urwaldgebiet? Feindseligkeit und Mißtrauen schlagen ihnen unverkennbar entgegen. Zwar erwies sich die Angst der Bauern, daß ihre Felder mit Herbiziden oder mit Feuer zerstört würden, als unbegründet. Die Regierung hatte ihr Versprechen gegeben - und offenbar hielten sich die Militärs auch dran. Aber was sollte werden? Wovon leben?

COCA IST GEWINNBRINGENDER ALS BANANEN

Chapare - das ist eine Urwaldregion im Departament Cochabamba. Ende der 50er Jahre wurde es zum Kolonisationsgebiet, seitdem haben sich viele Tausende indianische Bauernfamilien aus dem Hochland hier angesiedelt. Bodenknappheit und Hunger zwang sie dazu. Die Hitze, Insekten und unbekannte Krankheiten machen den Campesinos aus dem kalten Andenhochland das Leben hier schwer. Und wer früher Kartoffeln und Quinoa angebaut hat, muß sich jetzt auf Reisbau, Bananen oder Yuca umstellen.

Anders als in manch anderem Kolonisationsgebiet gab der Staat einige Starthilfen. Dazu gehörte der Ausbau der Straße Cochabamba - Chimore. Sie erleichtert den Absatz der Produkte aus der Zone.

Elektrizität fehlt noch heute, obgleich breite Urwaldströme das Gebiet durchqueren. Der Transport abseits der großen Straße erfordert stundenlange, oft tagelange Fußmärsche. Und in den Orten fehlt es - wie stets in Bolivien - an Kanalisation, an ärztlicher Versorgung und Schulen.

Viele der Campesinos, die anfangs Bananenstauden hegten, stiegen bald um auf Coca-Anbau. Das versprach ein um ein Vielfaches höheres Einkommen. Für einen Sack Coca erhält man heute im Chapare etwa 1.00.000 Pesos, für eine Staude Bananen hingegen 4.000 Pesos, für einen Sack Yuca 2.000 Pesos.



Coca hilft, die harte Arbeit zu ertragen -
Coca-kauender Bergarbeiter

Das Kauen der Coca-Blätter ist uralte Tradition in den Andenländern. Coca vertreibt die Müdigkeit und Hungergefühle, und viele wohltuende medizinische Eigenschaften werden den Coca-Blättern zugeschrieben. Auf den Märkten kaufen die Campesinos des Hochlandes ihre "hojita" (Blättchen) oder tauschen sie ein gegen ihre Hochlandprodukte, wenn sie nicht selbst bei der Coca-Ernte in den Tälern helfen.

Der Anbau von Coca ist nicht nur viel gewinnbringender für die Campesinos, er ist auch einfacher. Sind die Felder einmal ange-

legt, die Sträucher gesetzt, dann bleibt nur noch die Pflege der Felder. Zwei- bis dreimal im Jahr werden die Blätter gepflückt, in der Sonne getrocknet und dann auf den Markt geschafft.

Das Angebot an Coca in Bolivien übertrifft um ein Vielfaches die Nachfrage für den traditionellen Gebrauch. Um das Zehnfache schätzt General Vargas, Kommandierender General der Besatzungstruppen und der 7. Division. Und der Rest?

KOKAIN UND MACHT

Seit den 70er Jahren machten sich die Drogenhändler immer breiter. Sie kamen zunächst vor allem aus Kolumbien und Peru. Sie kauften die Coca-Blätter in Bolivien und ließen sie in den Kokain-Küchen in ihren Ländern in Base verarbeiten, die dann nach den USA ging. Bolivianer drängten in das Geschäft. Die illegale Ausfuhr von Coca - gedeckt und unter Beteiligung hoher bolivianischer Regierungsbeamter und Militärs setzte enorme Gewinne um. Auch deutsche Altnazis und internationale Neo-Faschisten waren - und sind mit im Geschäft.

Während der Diktatur der Militärs Garcia Meza/Arce Gomez - 1980 bis 1982 - erlangte Bolivien den traurigen Ruhm, die erste Diktatur einer Drogenmafia zu sein.

Mitte 1982 hatten diese Militärs abgewirtschaftet und auf Druck von Volksorganisationen und Gewerkschaften konnte die verfassungskonform gewählte demokratische Regierung endlich ihr Amt antreten.

Aber die Drogenmafia zerschlug sie nicht.

Die Halbherzigkeit, mit der die Regierung Siles Zuazo gegen die Drogenmafiosi vorging, war ein Grund dafür, warum die links-revolutionäre Bewegung (MIR) im Januar 1983 aus der Regierung austrat. Viele der alten Paramilitärs und Militärs, die während der Garcia Meza Diktatur den Drogenhandelstraff organisiert hatten, blieben ungeschoren.

Ungebrochen betreibt "Kokain-König" Roberto Suarez von seiner Hazienda in der Urwaldregion des Beni aus sein Geschäft. Von ihm heißt es, seine Privatarmee sei besser ausgerüstet als die bolivianische und sein Einkommen übersteige den bolivianischen Regierungshaushalt. Er ist Nr. 1 auf der Fahndungsliste der us-amerikanischen Drogenabwehr-Behörde, und dennoch lebt er weiter - offensichtlich von den bolivianischen Behörden unbehelligt - in seiner zur Festung ausgebauten Hazienda in Beni.

Gipfel des Unglaublichen: Im August stand in bolivianischen Zeitungen zu lesen, daß ein hoher Mitarbeiter der bolivianischen Anti-Drogenbehörde sich vor einem Jahr mit eben diesem Suarez "irgendwo im Lande" getroffen habe, um mit ihm über die Bekämpfung des Drogenhandels zu verhandeln.

Wie wenig die demokratische Regierung 1982/83 in der Lage war, das Kokaingeschäft auch nur anzutasten, ging aus einer Erklärung des damaligen Innenministers Mario Roncal hervor. Er gab damals zu, daß täglich 300 kg Kokain illegal transportiert wurden, daß von den ca. 3.000 vermutlich noch operierenden Paramilitärs lediglich 600 bekannt und registriert seien und daß von den vielen einflußreichen Kokainhändlern nur zwei hinter Gitter saßen. (Was auch kein sicherer Ort ist, denn das Gefängnis San Pedro von La Paz ist ein einschlägig bekannter Umschlagsplatz

des Drogenhandels.)

Es ist mehr als nur ein Gerücht, daß auch heute ein nicht geringer Teil des Staatsapparates durchsetzt ist von Kokainmafiosi. In der Regel ist es für die Mafia, die ja keine finanzielle Sorgen zu kennen scheint, kein Problem, sich wichtige Staatsbeamte - beispielsweise beim Zoll - zu kaufen.

Vor diesem Hintergrund mutet der von der Regierung verordnete Einmarsch des Militärs im Chapare absurd und makaber an. Die Großen läßt man unbehelligt, die Kleinen müssen dran glauben.

DIE KLEINEN FISCHE IM SUMPF

50.000 Familien leben allein im Chapare als Coca-Produzenten. Diese Zahl nannte Vize-Präsident Paz Zamora in einem Interview. Viele von ihnen, da kann man sicher sein, haben sich nicht nur mit dem Anbau begnügt. Das Kokain hat die Wirtschaft der Region bestimmt. Auch wenn die Campesinos im Chapare uns erzählen, sie hätten alle nichts mit Kokain zu tun gehabt. Es hätte eine handvoll Mafiosi hier gegeben, Gangster, die seien nun Gottseidank vertrieben; sie, die Campesinos hätten da keine Kontakte gehabt.



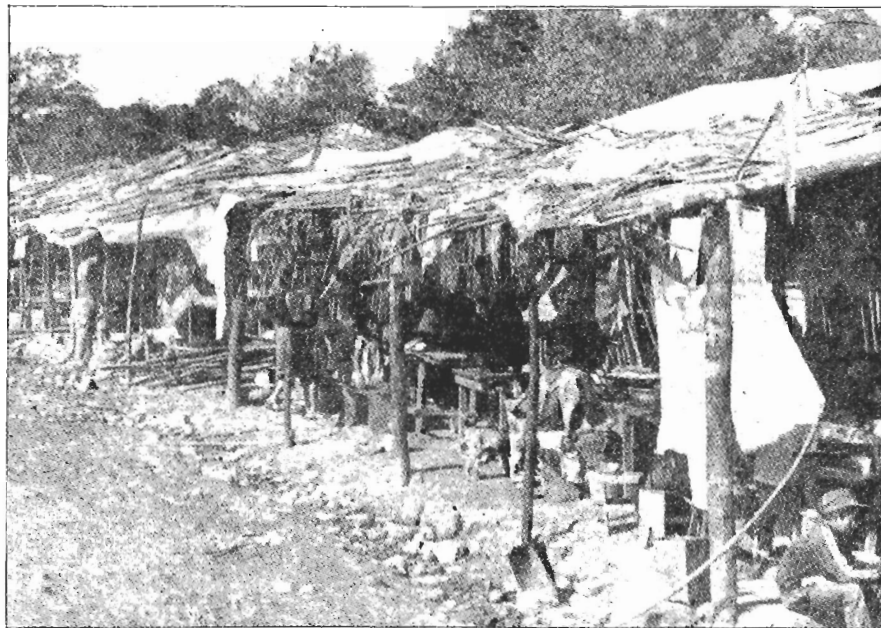
Die Bauern - mißtrauisch und ratlos

Tatsache ist, daß viele der Bauern auf vielfältige Weise mit der Kokainsulfatherstellung oder dem Handel zu tun gehabt haben. Und das reicht hinein bis in die Gewerkschaften. Um das Einkommen aufzubessern, ist so mancher Bauer als "Treter" in die Kokainküchen gegangen. Hier werden Coca-Blätter mit Äther bzw.

Chemikalien versetzt, um so das Sulfat herzustellen. Der Ätherverkauf wurde verboten und staatlich kontrolliert, da nahm man Benzin. Der Nachteil: damit es wirksam wird, müssen die Blätter mit dem Benzin intensiv vermischt werden. In Kübeln stapfen nun die Arbeiter in dem giftigen Gebräu herum. Schwere gesundheitliche Schäden sind die Folge.

Andere befassen sich nicht selbst mit der Herstellung, aber verkaufen ihre Ernte an ihre festen Abnehmer - die Kokainsulfathersteller beispielsweise. Ihr Vorteil: Der Bauer braucht sich nicht mehr mit dem Transport und dem mühseligen Einzelverkauf zu belasten. Außerdem kann er mit dem festen Abnehmer rechnen.

- Aber reich werden diese Bauern alle nicht. Man sieht zwischen Villa Tunari und Chimoré zwar mehr Toyota-Land-Rover vor den Bauernhöfen stehen als anderswo, - aber sonst: Shinahota, altes Umschlagszentrum, ist ein elender Platz. Es erinnert an die traurigen Bilder von Goldgräbersiedlungen im Urwald. Halbfertige Bretterbuden, alte Blechreklamen als Wände, blaue Plastikplanen als Dach oder "Eingangstür". Überall stinkender Müll auf den von Regen aufgeweichten Wegen und vor den Hütten. So viel Armut und Dreck schlägt einem den Atem. Von dem großen Geld des Drogenhandels haben diese Armen nicht viel abbekommen.



Bis zum Eindringen des Militärs hatte hier "eigenes Recht" (so ein Mitarbeiter des neuen Bürgermeisters von Shinahota) geherrscht. Man könnte auch sagen: Wild-West-Mentalität. Der Vize-Präsident und der kommandierende General nennen es: Abwesenheit staatlicher Souveränität.

Die Mafia hatte den Ort fest im Griff. Sie übte sogar eine eigene Gerichtsbarkeit aus. Anfang September gab Innenminister Alvarez Plata bekannt, daß es 300 Tote in den letzten zwei Jahren im

Chapare gegeben habe, die Opfer von Bandenkrieg und Mafia-Herrschaft geworden seien.

Mittlerweile - so versicherte der Sekretär des Bürgermeisters von Shinahota - habe es endlich ordentlich durchgeführte Wahlen für die Ortsverwaltung gegeben. Mit "Hilfsstellung" des Militärs selbstverständlich. Immerhin: auch unter Mitarbeit der regionalen Bauerngewerkschaft.

UND WAS WIRD WERDEN?

Alle Bauernorganisationen und die COB haben es gefordert und die Regierung mußte nachgeben: Die Coca darf wieder frei gehandelt werden.

Allerdings mit der Auflage, daß die Bauern sie nicht im Chapare selbst verkaufen dürfen, bzw. daß sie an die dortigen Bauernorganisationen verkauft werden muß. In deren Händen liegt dann die weitere Kommerzialisierung (ob das eine Garantie für die Sicherung gegen den Drogenhandel ist, darf wieder einmal begründetermaßen bezweifelt werden. So mancher hohe Gewerkschafter der Colonizadores war stets mit im Geschäft).

Die Bauern haben recht und Paz Zamora hat es auch zugegeben: Es fehlt der Regierung an einer detaillierten Planung darüber, wie sie das Problem lösen soll.

"Denn", wie General Vargas auf unsere Frage antwortet, "es ist nicht nur ein militärisches Problem, sondern vor allem ein ökonomisches und ein soziales. Wir sind nur für den militärischen Teil da, aber die anderen Probleme sind weit größer....". -

"Reduzierung des Coca-Anbaus" und "Substituierung der Coca" heißen die Parolen der Regierung.

Eine gemischte Kommission, unter Teilnahme der Gewerkschaften, soll jetzt darüber beraten, was denn geschehen soll. Was sollen die 50.000 Coca-Produzentenfamilien des Chapare, die der Yungas und des Beni anbauen, wenn nicht Coca? Wieder Bananen?

Das Zauberwort ist: Aufbau einer Agroindustrie. Aber wer zahlt die Investitionen? Und was tun die Bauern, bis die Saftfabrik oder die Marmeladenfabrik steht? Und wer sagt, ob diese Produkte der billigen Konkurrenz aus Argentinien beispielsweise standhalten? Denn das Glas für die Flaschen und das Blech für die Dosen muß teuer importiert werden. Viele der nationalen Produkte sind aus diesem Grund viel teurer als die importierten Produkte.

- Die Bauernorganisationen fordern: freier Anbau der Coca, freier Handel, Industrialisierung der Coca zu medizinischen Zwecken: als Schmerzmittel beispielsweise, oder zu Gaumengüssen: - als Likör. Höchstens 10 % der Coca wären so absetzbar, meint General Vargas. Die den Bauernorganisationen nahestehende Organisation CONCOCA sieht das optimistischer. Aber ihre Vertreter hatten auch keine Antwort auf den Einwand, daß Coca-ähnliche Grundsubstanzen für Schmerzpräparate von den internationalen Pharmaindustrien bereits längst synthetisch erzeugt werden. Sie weisen sogar selber daraufhin, und ergänzen, daß Konzerne wie Höchst beispielsweise feste Zulieferer für ihren Bedarf an Coca haben, ein Absatzmarkt international also so gut wie nicht erweiterbar ist. Also das Ziel: Aufbau einer nationalen Medikamentenindustrie. Sicherlich langfristig wünschbar. Nur realisierbar in der nächsten Zeit? Auch hier stellt sich die Frage: Wer soll das bezahlen?

Außerdem geht damit die Rechnung noch lange nicht auf. Weder für Likör noch für Medikamente wird jemals die gesamte Coca-Produktion gebraucht.

WER STECKT DAHINTER?

Es gibt keine schnelle Antwort auf die Frage: Was tun? Die Überproduktion der Coca ist nicht nur ein ökonomisches, sondern vor allem ein soziales Problem; es kann nur in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen gelöst werden.

Aber sicherlich ist es richtig, den Drogenhandel zu bekämpfen. Allerdings die Ernsthaftigkeit dieser Absicht muß auch bei diesem Kabinett bezweifelt werden, so lange die großen Fische frei herumschwimmen.

Es heißt, andere stehen hinter der Regierungsaktion. Die Bauern sagen, die us-amerikanische Drogenbehörde hat Druck ausgeübt. Immerhin: Botschafter Edwin Corr hat einschlägige Erfahrungen. Er war einst Botschafter in Peru, als dort unter massivem Einsatz die Felder der Coca-Bauern vernichtet wurden. "Er ist der Drogenbeauftragte von Präsident Reagan", sagt ein Campesino-Führer.

Vertreter der Entwicklungsbehörde US-AID und der amerikanischen Botschafter sicherten nach einer Reise in den Chapare 50 Mio US-Dollar für ein 5-Jahresprogramm zur Entwicklung des Chapare zu (Presencia, 16. August 1984).

Und auch wenn sich Paz Zamora in diplomatisches Schweigen hüllte, als er nach der Einflußnahme der US-Regierung gefragt wird - so ist sie doch ganz offensichtlich. -

- Auch die Haltung der Bauern und ihre Forderungen scheinen nicht allein in ihren eigenen Köpfen entstanden zu sein.

Das ach so uneigennützig Auftreten der CONCOCA-Leute zerstreut das Mißtrauen ihnen gegenüber nicht. "Organisation zur Durchsetzung der Forderung nach freiem Coca-Anbau", so nennen sie sich. Ihre Thesen finden sich in den ökonomischen Plattformen der CSUTCB vom letzten Bauernkongress wieder, sowie bei den Stellungnahmen der Colonizadores. Sie machen aktiv Propaganda, reisen mit Volvo-Bus und Video-Filmen durchs Land. Junge weiße Intellektuelle bürgerlicher Abstammung. Immer an der Seite der Bauernvertreter. Was sie bieten, ist keine Lösung. Das ungute Gefühl kommt auf, daß hier die Bauern benutzt werden, um mit ihnen Politik zu machen.

Welche? In wessen Interesse? Mit wessen Geld?

Quellen: Presencia 8. bis 25. August 1984
Los Tiempos 8. bis 25. August 1984
Aqui Nr. 149
taz 27. August 1984
Eigener Korrespondentenbericht



NACHTRAG - LETZTE MELDUNG

Die Nachrichtenagentur AFP meldete am 10. September den Abzug der Armee aus dem Chapare. Der militärische Befehlshaber, General Vargas, habe bekanntgegeben, daß 90 Prozent der Kokainlabors in der Region von der Armee zerstört worden seien.

Die Sondertruppe der Polizei zur Rauschgiftbekämpfung, die in den USA ausgebildeten "Leopardos", haben inzwischen Chapare verlassen, ohne ihren ursprünglich bis Dezember laufenden Auftrag dort erfüllt zu haben. Ihr Chef, Oberst Gonzalo Sanches Achaval habe erklärt, seine Leute hätten abgezogen werden müssen, "weil sie nichts mehr zu essen hätten". Rund 300 Leopardos trafen - laut AFP - am Samstag ausgehungert in Cochabamba ein. Sie waren im Chapare nicht zum Zuge gekommen, heißt es, weil es "Differenzen" zwischen der Polizeitruppe und der Armee gegeben hatte.

Dealer, Prostituierte und Kokainkonsumenten, die das Straßenbild von Shinahota vor dem Armeeinsatz prägten, sind abgelöst worden von jungen Abenteurern. Sie suchen im Herzen des Tropenwaldes nach den Kokain- oder Dollarschätzen, die die Rauschgifthändler auf ihrer überstürzten Flucht aus dem Gebiet dort versteckt haben sollen. Nachdem zweimal Säcke mit Tausenden von Dollar und Millionen von Pesos gefunden wurden, herrscht im Chapare ein Rausch wie zur Zeit der spanischen Eroberung: das Eldorado-Fieber.

Im Chapare wurden - laut AFP- jährlich 80.000 bis 100.000 Tonnen Koka-Blätter produziert. Während der traditionelle Binnenbedarf auf nur 25.000 bis 30.000 Tonnen geschätzt wird. (Diese Angaben liegen über den Schätzungen von General Vargas, die weiter oben wiedergegeben wurden). Die Koka-Bauern und der Gewerkschaftsbund COB haben unlängst vorgeschlagen, die überschüssige Produktion aufzukaufen, was Bolivien rund 600 Millionen Dollar einbrächte. (Als Aufkäufer wurde wohl an die USA gedacht?) Jedenfalls könnte diese Summe zur Finanzierung von landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten in der Region dienen. Der bisherige Jahresumsatz der in der Region produzierten Koka, einschließlich des Kokains wird auf rund 2 Milliarden Dollar geschätzt. - Soweit AFP.

Opposition gegen Militärs und Drogenmafia in Bolivien

Im Oktober 1982 kam in Bolivien nach fast 18-jähriger Militärdiktatur wieder ein demokratisch gewählter Präsident an die Regierung.

Jedoch ist die Demokratie schwach in diesem seit Jahrhunderten ausgebeuteten Land Lateinamerikas: im Hintergrund und zuweilen ungeniert im Vordergrund bestimmen Militärs und ihre Sympathisanten sowie die Drogenmafia die Geschehnisse von Volk und Land. Bolivien ist hoch verschuldet, wie viele andere Länder Lateinamerikas auch. Zu dieser Verschuldung leisteten die Importe von Luxusgütern für die Ober- und Mittelschicht der Bevölkerung einen wesentlichen Beitrag. Die Militärs vergessen sich nicht und führten auf Kosten des Volkes ein, was sie meinten zum Leben zu brauchen. Heute bestimmen Experten des Internationalen Währungsfonds über die Sozialausgaben des öffentlichen Haushalts Boliviens. Ihre Entscheidungen fallen nicht zu Gunsten des Volkes aus.

Nur ständiger Widerstand gegen die Feinde der Demokratie und gegen die Abhängigkeit von anderen Ländern und internationalen Gremien ermöglichen die Wahrung von Freiheit und Menschenrechten in Bolivien. Die Zahl derer, die offen und kompromisslos für die Demokratie eintreten, ist nicht groß. Der bolivianische Gewerkschaftsverband COB (Central Obrera Boliviana) und seine Mitgliedsgewerkschaften, Bauern, Fabrikarbeiter, Bergleute, sind die stärksten Bollwerke gegen Diktatur und Ausbeutung von Menschen und Land. Gewerkschaften und andere Basisorganisationen werden von AQUI unterstützt. Die Zeitung berichtet regelmäßig über ihre Maßnahmen, Vorschläge, Kongresse, über ihren Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie. AQUI versucht, die mehr oder weniger heimlichen Aktionen von Militärs und Drogenmafia zum Sturz der Demokratie aufzudecken und die Bolivianer über die Drahtzieher des Totalitarismus zu informieren. Der größte Teil der Mitarbeiter von AQUI, vor allem die Journalisten, Soziologen, Sozialarbeiter, bezieht kein Gehalt und erhält bestenfalls die mit der Arbeit verbundenen Kosten zurück-erstattet. Nur Sekretärinnen und Drucker erhalten ein Honorar, auf das sie nicht selten lange warten müssen, weil die Einnahmen der Wochenzeitung sehr gering sind.

Die Gruppe der Mitarbeiter äußert zwei Bitten:

- Unterstützung ihrer Arbeit durch Bezug von AQUI und Verbreitung von Informationen außerhalb Boliviens; Solidarität über Leserbriefe, Zusendung von Informationen über Ereignisse und Entscheidungen in anderen Ländern, die für Bolivien von Bedeutung sind oder sein könnten
- finanzielle Beiträge zur Weiterführung von AQUI für Honorare, Recherchen, Reisen, Papier, Druck, da die Verkaufserlöse kaum die Materialkosten decken.

Kontaktadresse für schriftliche Anfragen und Beiträge:

INFORMATIONSSTELLE LATEINAMERIKA e.V. Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Konto für Überweisungen: Postscheck Köln 58399-501 oder Volksbank Bonn (BLZ 380 601 86) Kto. 130 0778 018, INFORMATIONSSTELLE LATEINAMERIKA, Stichwort BOLIVIENHILFE AQUI. Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Telefonische Rückfragen: 0711 / 23 33 61

Adresse von AQUI: Casilla 20441, La Paz, Bolivien

PERU

Ereignisse in Peru und ihre Hintergründe

Alarmierende Meldungen über Ereignisse in Peru im August 1984 bedürfen einiger Hintergrundinformationen, um in ihren Zusammenhängen verständlich zu werden:

- Massengräber noch unverwester Leichen (zwischen ihnen fand man eine Tageszeitung vom 18. 8. 1984) wurden 23 km von Huanta im Departement Ayacucho entdeckt. In dieser Region operieren seit 18 Monaten Marineinfanterieeinheiten gegen die Guerillaorganisation "Sendero Luminoso".
- Zunahme der Meldungen von Verschwundenen. Darunter ein Journalist der Zeitung "La República" in Huanta, der zuletzt am 2. 8. 1984 beim Betreten des Hauptquartiers der Marineinfanterie gesehen wurde. Die mit der Suche nach ihm beauftragte Kommission fand die Massengräber.
- Entführung des nationalen Sekretärs für Bauerngemeinden der Bauerngewerkschaft CNA, Jesús Oropezo, in Puquio durch Polizeikräfte, der zu Tode gefoltert wieder aufgefunden wurde.
- Eine von der Vereinigten Linken und allen Menschenrechtsorganisationen für den 24. 8. 84 geplante Demonstration gegen die Praktiken der Sicherheitskräfte und für Menschenrechte in Peru.
- Lima unter Militärkontrolle. 4000 Soldaten werden zusätzlich nach Lima verlegt. Lima unter Kriegsrecht, um eine Menschenrechtsdemonstration zu verhindern!
- 6000 indianische Bauern aus 44 Dorfgemeinschaften Ayacucho sollen, laut offizieller Verlautbarung "spontan" Mitte August an einer Militärparade in Vinchos, 45 km von Ayacucho, aufmarschiert sein, um ihre Unterstützung gegen die Guerilla dem anwesenden Oberkommandierenden, General Adrian Huaman Centeno, zu bekunden.

"ARGENTINISIERUNG" PERUS

Massengräber unverwester Leichen sprechen eine eindeutige Sprache und bestätigen, was viele in Peru bereits wußten, aber so schwer beweisen konnten. Amnesty International nannte es in seinem Protestschreiben vom August 1983 an die Regierung "extralegale Hinrichtungen" und "staatlich verübten Mord". Seit Dezember 1982 taucht immer wieder das Wort von der Argentinisierung Perus auf, und die Zahl der Verschwundenen steigt. Auf 3000 wurde sie im Mai 1984 von Menschenrechtsorganisationen in Peru geschätzt. Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln, da die Angst vor Repressionen groß ist, und die Entfernungen im Land sind weit. Trotz des Klimas der Angst, das die ganze Region beherrscht, liegen über 500 Meldungen Angehöriger von Verschwundenen vor und 178 Fälle wurden vom "Komitee der Familienangehörigen von Verschwundenen in Ayacucho", das FEDEFAM (lateinamerikanische Organisation der Angehörigen von Verschwundenen) angeschlossen ist, exakt dokumentiert. Der Besuch des Friedensnobelpreisträgers Perez Esquivel gab dem Komitee internationalen Schutz für seine schwierige Arbeit. Ein Filmteam dokumentierte die Aussagen der Familienangehörigen vor dem Komitee. Diese Dokumentation widerlegt eindeutig die Behauptung der Regierung, es gäbe keine Verschwundenen, die seien alle Terroristen bei Sendero Luminoso, der andinen Guerilla Perus. Quetchuafrauen dieses Komitees besuchten im Juni 1984 Lima und übergaben exact ausgefüllte Fragebögen (über eben jene 178 Fälle) an nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen. Wer Gelegenheit hatte, dem erschreckenden Bericht dieser Frauen zuzuhören, erkannte schnell, daß nur Not und Verzweiflung sie antrieben, in die Hauptstadt zu reisen, um Zeugnis abzulegen von dem, was offiziell bestritten wird. Sie erzählten, wie ihre Männer verschwanden. Entweder wurden sie von Sicherheitskräften aus den Häusern geholt oder zuletzt von Zeugen in Sicherheitsgewahrsam gesehen. Sie erzählten von Leichen mit Foltermalen, die in und neben Bächen und Wegen auf dem Lande am frühen Morgen zu

finden sind. Manch eine Frau hatte so ihren Mann oder Sohn identifizieren müssen. Diese Frauen gaben sich keiner Hoffnung hin, daß ihre Angehörigen noch lebten.

Die Entdeckung von Massengräbern in Peru kommt für die Weltöffentlichkeit überraschend. Für den Beobachter der peruanischen Wirklichkeit von 1984 bestätigen sie nur, was Menschenrechtsorganisationen in Peru seit langem behaupten.

Zu fragen bleibt: warum blieben in Argentinien Massengräber so lange unentdeckt, in Peru dagegen fand man schnell Leichen und findet man jetzt nach kurzer Zeit die Massengräber? Das Andenhochland ist groß; Menschen wirklich verschwinden zu lassen dürfte auch Peruanern keine Schwierigkeiten bereiten. Sollte es in Peru Kräfte geben, die ein Interesse daran haben, daß man die Leichen findet? Solien sie der psychologischen Kriegsführung gegen die Guerilla dienen? Der Regierung in Lima ein solches Interesse zu unterstellen wäre sicherlich falsch. Sie betreibt Imagepflege an allen Fronten für den Internationalen Währungsfond und die internationalen Bankenkonsortien, die mit ständigen Umschuldungsverhandlungen beschäftigt sind.

Aber wie steht es mit den Militärs? Nutzen sie die auftauchenden Leichen als Abschreckung oder haben sie sogar ein Interesse, die Unfähigkeit der parlamentarischen Demokratie unter Beweis zu stellen? Die Absicht der Militärs bleibt ungeklärt. Präsident Belaunde jedenfalls nimmt nur zögernd ihre Dienste in Anspruch; einmal, weil er als Präsident von ihnen 1968 ins Exil gejagt worden ist, zum anderen, weil sich die Militärs diese Dienste mit neuen Konzessionen für Waffenkäufe bezahlen lassen. Das Militär ließ sich seine Bereitschaft, die Verantwortung und Kontrolle in den Hochlandprovinzen zu übernehmen, gut bezahlen. Die Regierung mußte Waffenkäufen zustimmen, auch solchen, die mit der Guerillabekämpfung nichts zu tun haben, wie z.B. 26 Mirage-Kampfflugzeuge, Panzer und Kriegsschiffe. Ein Drittel der Regierungsausgaben werden für Kriegsmaterial ausgegeben.

Was bedeutet es angesichts dieser Zusammenhänge, daß Präsident Belaunde Lima unter Kriegsrecht stellte und 4000 Soldaten nach Lima verlegt wurden? Warum betreibt eine sich als demokratisch bezeichnende Regierung einen solchen Aufwand, um eine Menschenrechtsdemonstration zu verhindern? Wie sind diese offensichtliche Angst und Hilflosigkeit der Regierung begründet? Ein Blick auf die Situation Perus kann hier einiges erhellen.

Eine brutale Wirtschaftspolitik im Sinne des Internationalen Währungsfonds und transnationaler Konzerne hat breite Bevölkerungskreise in bisher selbst in Peru nicht gekannte Armut gestürzt. Nur noch etwa ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung hat eine geregelte Arbeit. Unkontrollierte Preissteigerungen und eine Inflationsrate von 130 - 150 % jährlich führte in den letzten vier Jahren während der Regierungszeit von Präsident Belaunde zu Tausenden von Streiks, drei Generalstreiks und Massendemonstrationen. Die Repression richtet sich unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung auch gegen Führer der im Parlament vertretenen Vereinigten Linken, Gewerkschaften, Elendsviertelbewohner und Bauernorganisationen. Es kam zu zehntausenden von Verhaftungen, Folterungen sind an der Tagesordnung, auch Folterungen, die zum Tode führen. Diese Politik der Regierung Belaunde und ihre katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen ist der eigentliche "Bündnispartner" und Nährboden der Guerillaorganisation "Sendero Luminoso". Die Ausweglosigkeit, keine Hoffnung auf Arbeit und Veränderung, schafft das Klima für Sympathisanten und Mitmacher.

REAKTIONEN DER REGIERUNG AUF "SENDERO LUMINOSO"

Die Reaktionen der Regierung auf die Aktivitäten der Guerilla sind ausschließlich militärischer Art. Im Dezember 1982 wurden dreizehn Provinzen von drei Departements im Andenhochland unter militärisches Oberkommando gestellt. Marineinfanterie, Antiguerilla-Spezialeinheiten und Polizeikräfte bilden die Sicherheitskräfte unter militärischem Oberkommando. Da die Sicherheitskräfte allein gegen die Guerilla nicht erfolgreich sind, werden

Counterinsurgency-Maßnahmen eingesetzt, um die Landbevölkerung für subversive Aktivitäten gegen die Guerilla zu gewinnen. Da solche Maßnahmen gegen die peruanische Verfassung verstoßen, versuchen Regierung und Militärkommando in Ayacucho mit allen Mitteln, diese zu verschleiern. Darum sind sie so schwer nachzuweisen. Aber einige Vorkommnisse weisen eindeutig auf solche Maßnahmen hin.

Eines dieser Ereignisse ist der Mord an acht Journalisten durch indianische Bauern, von dem auch die internationale Presse berichtete: Ende Januar 1983 drangen erste Meldungen nach Lima, denen zufolge indianische Bauern "Senderistas" getötet haben sollen. Die Opposition bezweifelte, daß die Bauern diese Tötungen "spontan" ausgeführt haben könnten. Um diesen Fall aufzuklären und um Einblick in die Counterinsurgencypraktiken der Militärs zu bekommen, reisten acht Journalisten bekannter Zeitungen in Lima ins Andenhochland. Sie kamen nur bis Uchurraccay, einem Nachbardorf ihres Reiseziels, wo sie von indianischen Bauern bestialisch erschlagen wurden.

Dieser Mord an den Journalisten wurde nie aufgeklärt, im Gegenteil: Aufklärungsversuche wurden offensichtlich von offiziellen Stellen verhindert und verzögert, bis alle Zeugen des Massakers verschwunden oder tot waren. Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission, der der bekannte Schriftsteller Vargas Llosa angehörte, spricht von "wilden Indios", die zu dumm seien, "Guerilleros" mit Waffen von Journalisten mit Kameras zu untersuchen. Sie traf nur einmal für zwei Stunden mit den indianischen Bauern der Dorfgemeinschaft zusammen und führte keine Einzelbefragungen durch.

Die Opposition dagegen bestritt diese Verwechselungsthese und unterstellte, daß das militärische Oberkommando die Bauern zum Mord angestiftet habe und nun eine Aufklärung seiner Counterinsurgency-Maßnahmen verhindern wolle. Es gebe Hinweise, daß die Bauern mit Lebensmitteln bezahlt worden seien. Auch später aufgetauchte Fotos eines der ermordeten Journalisten widerlegten die Regierungsthese. Man sieht dort Bauern und einige Journalisten im Gespräch nebeneinander. Aber Uchurraccay bedeutet viel mehr als der Tod von acht bekannten Journalisten. Uchurraccay ist zum Sinnbild für eine Politik der Verschleierung von Recht und Unrecht geworden und zugleich zum Symbol für die tiefe Kluft zwischen Stadt und Land, für die Ignoranz der westlich orientierten Bewohner der Metropole bezüglich der einer völlig anderen Kultur entstammenden Lebensweise der Andenbewohner. Diese Ignoranz ist einer der Gründe für den Rassismus und die rassische Diskriminierung gegenüber der indianischen Bevölkerung. Die Diskussion um Uchurraccay machte diesen Rassismus deutlicher sichtbar als irgendein anderes Ereignis der neueren peruanischen Geschichte. Die Bauern des Andenhochlandes werden einfach als "rückständige" und "wilde" Menschen bezeichnet, und für viele - unter ihnen auch Präsident Belaunde und seine Regierung - ist es eine Schande für Peru, daß es solche Menschen in ihrem Land gibt.

Die Nichtaufklärung des Mordes an den Journalisten hat die Diskussion um diesen Fall in Lima bis heute nicht verstummen lassen, und alle weiteren Ereignisse in und um Ayacucho werden von beiden Seiten benutzt: Reaktionen von Indianischen Bauern gegen Sendero Luminoso werden entweder als "spontan" (offizielle Version) oder als von Sicherheitskräften im Zuge einer Unterwanderungspolitik "veranlaßt" hingestellt (Opposition). Zur Opposition gehören die linken Parteien im Parlament und alle Menschenrechtsorganisationen in Lima, aber auch manche Stimme aus dem rechten Regierungslager gesellte sich dazu (die dann jedoch schnell aus ihren Ämtern entfernt wurden, um ihren Aussagen das Gewicht zu nehmen).

Insgesamt ist in den eineinhalb Jahren nach dem Massaker viel Aufklärungsarbeit geleistet worden, besonders von den drei Zeitungen, die Journalisten durch den Mord verloren haben, aber auch von der Vereinigten Linken und von Menschenrechtsorganisationen in Lima. Die Regierung hat diese Aufklärung nicht unterstützt, ganz im Gegenteil: sie hat den Zugang zu den umkämpften Gebieten für Journalisten weitgehend gesperrt. Viele Meldungen ge-

langen nur über offizielle Verlautbarungen an die Öffentlichkeit, und aufmerksame Beobachter können feststellen, daß manche Tatsachen erst dann veröffentlicht werden, wenn sie bereits durch Zeugen, die vom Land in die Stadt Ayacucho geflohen sind, von der freien Presse publiziert worden waren. Journalistische Recherchen sind unmöglich.

DIE HEUTIGE SITUATION

Wie stark Sendero Luminoso heute wirklich ist, weiß niemand. Im April dieses Jahres wurden sie trotz einzelner Aktionen kaum noch beachtet. Sie gehörten zum peruanischen Alltag, und besonders Lima ist so unendlich weit weg von allem, was "auf dem Land" vor sich geht. Auch saßen einige führende Senderistas in Gefängnissen, und man glaubte allgemein, daß Sendero sehr geschwächt sei. Diese Einschätzung änderte sich schlagartig, als nach dem vierten Jahrestag des bewaffneten Kampfes, am 18. Mai 1984, Sendero mit einer Welle von neuen und brutalen Aktionen begann, vor allem auch in Lima selbst, wo seit Monaten mit Beginn der Dämmerung alle Autokolonnen um die Polizeistationen herum umgeleitet werden, damit keine Dynamitladungen aus fahrenden Autos in Polizeistationen geworfen werden können. Es gab eine Reihe von Anschlägen auf Polizeistationen, Banken, öffentliche Gebäude. Es gab Tote und Verletzte und eine große Hilflosigkeit. Das Stromnetz wurde so beschädigt, daß die Innenstadt oftmals tagelang ohne Strom war und schon in den frühen Abendstunden einer Geisterstadt glich.

Auch auf dem Land haben sich die Aktionen in neue Gebiete verlagert. Selbst das Departement Lima ist nun betroffen. Im Gebiet von Jauja wurden nach bewährtem Muster die Autoritäten mittels Drohbriefen fortgeschickt und danach einige schwer zugängliche Andenorte von Sendero Luminoso kontrolliert. Im Tal des Huallaga-Flusses, dem Zentrum der Kokainmafia, gab es Aktionen, die zur Neuschöpfung des Wortes "Narcoterrorismo" (Drogenterrorismus) führten. Es ist anzunehmen, daß es Absprachen zwischen Kokainmafia, die im Huallagatal seit Jahren zu Hause ist, und Sendero Luminoso gibt, vielleicht eine Art Schutzabkommen oder Nichtangriffspakt. Genaues weiß man nicht. Jedenfalls kontrolliert Sendero Luminoso im Tal des Huallaga jetzt ganze Dörfer, was sich die Mafia sicher nicht ohne weiteres gefallen lassen würde.

Weitere Aktionen finden in verschiedenen Gebieten des Landes statt, und natürlich wurden die Kämpfe in den Hauptgebieten - den Departements Ayacucho, Huanavelica und Apurimac - trotz verstärkter Militarisierung nicht weniger. In der Stadt Ayacucho operierten Sendero-Gruppen am hellen Tage. Absicht dieser erneuten Offensive ist ganz offensichtlich die Störung der für März 1985 angesetzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen.

Während bis Ende Juni davon ausgegangen werden konnte, daß Sendero brutale "Vergeltung" an Einzelnen übe und dabei auch Linke, Gewerkschafts- und Bauernführer nicht ausnahm, drangen Ende Juni erste Informationen nach Lima, nach denen Sendero Massenexekutionen durchgeführt haben soll. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, daß sich jetzt ganze Bauerngemeinschaften gegen Sendero gewendet haben und Sendero die Unterstützung wichtiger Dörfer verliert und nun zur Abschreckung ganze Bauerngruppen umbringt, wie vorher einzelne "Verräter". Dies könnte auch bedeuten, daß die Unterwanderungsmaßnahmen der Militärs nach 18 Monaten erste Erfolge zeitigen. Diese Annahme wird gestützt durch die Meldung, nach der an einer Militärparade in Vinchos, 45 km von der Stadt Ayacucho entfernt, bei der der kommandierende General Huaman anwesend war, 6000 indianische Bauern (nach Aussagen der Militärs) "spontan" teilgenommen haben sollen. Nach allem, was über Vergeltungsmaßnahmen von Sendero Luminoso bekannt ist, erscheint solche Spontanität jedoch unwahrscheinlich; wahrscheinlicher ist, daß es sich hier um paramilitärische Bauernmilizen gehandelt hat, die als "Montoneros" bezeichnet werden und systematisch vom Militär aufgebaut worden sind, weil der Kampf gegen die Guerilla von den Sicherheitskräften allein nicht geführt werden kann. General Huaman leugnet bis heute die Existenz solcher Bauernmilizen, aber er bestätigte später, daß Lebensmittel

und Saatgut an solche Bauern verteilt worden sind, die sich bereit erklärt haben, in die "zivile Verteidigungsfront" einzutreten, deren Aufbau vom peruanischen Geheimdienst betrieben und gefördert wurde. Die als "Montoneros" bezeichneten paramilitärischen Bauernmilizen, die in Vinchos vor General Huaman vorüberzogen, saßen zum Teil zu Pferde, andere gingen zu Fuß. Sie trugen keine Waffen und wurden angeführt von Soldaten. Laut offizieller Veröffentlichung sollen sie aus 44 indianischen Dorfgemeinschaften kommen, auch aus solchen, die einmal zu von Sendero Luminoso befreiten Zonen gehörten. Es gibt etwa 3000 indianische Dorfgemeinschaften in den peruanischen Anden und etwa 400 in der militarisierten Region.

Ein indianischer Bauer, Mitglied der "Montoneros", sagte vor dem Fernsehen aus, "daß alle Dorfgemeinschaften, die früher Sendero unterstützt hätten, jetzt bereit seien, gegen alle zu kämpfen, die ausländische Ideen verbreiten". Und Korrespondentenberichten aus dem Gebiet ist zu entnehmen, daß die "Montoneros" getötet haben und Bauern anderer Dorfgemeinschaften als zur Guerilla gehörig oder mit ihr sympathisierend an Sicherheitskräfte ausgeliefert haben. Es ist nicht auszuschließen, daß alte Fehden zwischen Dorfgemeinschaften bei diesem Krieg Bauern gegen Bauern erneut zum Tragen kommen.

Sendero Luminoso ist sicher die brutalste und rücksichtsloseste Guerilla Lateinamerikas. Doch die Verteufelungskampagne, die über alle Medien Perus läuft, läßt die wahren Ursachen für das, was die Guerilla und ihren bisherigen "Erfolg" überhaupt möglich machte, zu sehr im Hintergrund verschwinden. Weder diese Regierung noch eine der vorangegangenen hat sich jemals um die arme Landbevölkerung bemüht, geschweige denn wirtschaftliche und soziale Programme auch nur in Erwägung gezogen. Auch die linken Parteien und Gewerkschaften sind in und um Ayacucho nicht tätig geworden. So begann Sendero Luminoso Anfang der 70er Jahre seine Indoktrination auf einem bisher unbeackerten und total vernachlässigten Feld. Die indianische Bevölkerung war dankbar für jede Beachtung, für jeden Hoffnungsschimmer. Hier liegen die Wurzeln der Verankerung von Sendero in den Dorfgemeinschaften und der Grund dafür, warum sich Sendero so lange hat halten können. Heute haben viele der Bauern erkannt, wieviel Not, Tod und Verzweiflung Sendero ihnen gebracht hat und so wird es verständlich, daß sie sich nach und nach auf die Seite der Militärs stellen und von ihnen Schutz erhoffen.

Sie deshalb zu verteufeln ist unsinnig. Viele von ihnen werden die Militärs im Laufe der Zeit kennenlernen und durchschauen, daß es ihnen nur um Ruhe im Land und nicht um Veränderung geht. Veränderung jedoch ist unerlässlich. Eine politische Lösung finden kann nur, wer strukturelle Veränderungen plant. Diese sind jedoch nicht in Sicht.

Sendero bleibt immerhin der Verdienst, daß er Lima aus seinem zentralistischen Schlaf gerüttelt hat und die Grenzen kapitalistischer Macht hat sichtbar werden lassen sowie die Folgen von Ausbeutung und neokolonialistischen Strukturen, in denen die Zentren die Peripherien ausbeuten und sich dann wundern, wenn die Ausgebeuteten beginnen sich zu wehren.

Das Schicksal der indianischen Dorfbewohner, die von Sendero Luminoso und den militärischen Sicherheitskräften benutzt, manipuliert und buchstäblich aufgerieben werden, findet vor der Weltöffentlichkeit wenig Beachtung. Was in jenen Gebieten wirklich vor sich geht, wird nicht bekannt. Es sind immer nur einzelne Meldungen, die herausdringen. So hat z.B. die Dorfgemeinschaft Lusita, Ayacucho, eine Liste mit 138 Namen von Waisenkindern im Alter von einem Monat bis zu 16 Jahren vorgelegt. In Lusita wohnten einmal 480 Familien, 1800 Einwohner. Oder ein einzelner Indianerjunge von 13 Jahren überlebte, weil er sich totstellte, ein Massaker in seinem Dorf Puka Ccasa, Ayacucho, bei dem seine Eltern und weitere 27 Menschen, darunter viele Frauen und kleine Kinder umgekommen sind.

Wieviele Massaker gibt es wirklich in den Anden, die von keinem Überlebenden bezeugt werden?

Inquisition mit anderen Mitteln

RÖMISCHER KREUZZUG GEGEN DIE KIRCHE DER ARMEN

Die oberste Glaubensüberwachungsbehörde des Papstes heißt längst nicht mehr „Inquisition“ oder „Heiliges Offizium“. Und sie hat den brasilianischen Franziskaner-Pater und Theologieprofessor Leonardo Boff, der sich am 7. September als erster von mehreren Befreiungstheologen in Rom vor der päpstlichen „Glaubenskongregation“ zu verantworten hatte, tatsächlich nicht als Ketzer verbrennen lassen.

Es mag durchaus fromme Gemüter geben, die das bereits als Erfolg werten.

Aber die Sache ist zu ernst – auch politisch zu ernst –, um sie nur als makabren Scherz anzusehen.

Offiziell war Boff vor die Glaubensbehörde zitiert worden, um vor ihr seine Thesen zu verteidigen, die er in seinem Buch KIRCHE, CHARISMA UND MACHT vertreten hat. Aber die Motive des Vatikans, überhaupt ein solches „Lehrbeanstandungsverfahren“, so der offizielle Terminus, zu betreiben, sind tatsächlich die gleichen wie zu Zeiten, da die berüchtigte Inquisition Abweichler kurzerhand mit dem Flammentod bestrafte: die römische Zentrale fürchtet um ihre Macht. Und sie will alle politisch unbequemen Konsequenzen unterbinden, die sich eigentlich für die Kirche aus der christlichen Botschaft ergeben.

So ging und geht es also in Rom nur vordergründig um das beanstandete Buch oder um die Person Leonardo Boff. Der beabsichtigte Schlag richtet sich vielmehr gegen die gesamte lateinamerikanische Theologie der Befreiung und gegen die brasilianische Bischofskonferenz, deren rund 300 Mitglieder mehrheitlich Anhänger der Befreiungstheologie sind und eine Kirche der Armen befürworten.

WAS IST „THEOLOGIE DER BEFREIUNG“?

Diese Frage scheint erstaunlicherweise den meisten Leuten, die bei uns darüber reden, völlig klar zu sein. Der Moderator vom ZDF-Auslandsjournal stellte sie denn auch mit einem einzigen Adjektiv seinen Zuschauern präzise vor: „marxistisch“. Unter dem Sammelbegriff „Theologie der Befreiung“ sind jedoch jene in Lateinamerika entstandenen – weil durch die gesellschaftliche Realität Lateinamerikas geradezu diktierten – theologischen Denksätze zu verstehen, denen zufolge das von der Bibel verheißene „Reich Gottes“ keine vage Vertröstung auf das Jenseits ist, sondern bereits im irdischen Diesseits zu beginnen hat: durch die Beseitigung (oder „Befreiung...“) von Hunger, Elend und Unterdrückung, die nicht „gottgewollt“ sein können.

Theologie der Befreiung beginnt daher immer mit einer wirklichkeitsnahen Analyse der gesellschaftlichen Situation. Viele Befreiungstheologen benutzen dabei freilich das Instrumentarium der marxistischen Gesellschaftsanalyse.

Und das vor allem werfen ihnen ihre Gegner vor! „Überfremdung“ und „unzulässige Verkürzung des christlichen Glaubens“ lauten die Hauptvorwürfe.

Die Befreiungstheologen bestreiten gar nicht, daß sie die marxistische Gesellschaftsanalyse heranziehen. Sie verteidigen sich aber mit dem Argument, die marxistische Analyse sei für sie ein bloßes Hilfsmittel im Dienste des Glaubens, ihre Benutzung könne sogar zu einem tieferen Verständnis der geschichtlichen Forderungen des christlichen Glaubens führen.

Die Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe hatte auf der Grundlage der Befreiungstheologie die gesellschaftlichen Zustände in Lateinamerika als „sündhaft“ definiert und sogar von „institutionalisierter“ oder „struktureller Gewalt“ gesprochen. Befreiung von dieser gesellschaftlich bedingten „Sünde“ und

Befreiung aus der „strukturellen Gewalt“ ist also Gegenstand befreiungstheologischer Überlegungen. Konsequenz daraus für die Kirche müsse, so die lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín (1968) und erneut in Puebla (1979), angesichts der Situation in Lateinamerika sein, zu einer Kirche der Armen, einer Kirche der Benachteiligten und Unterdrückten, kurzum zu einer Kirche des Volkes werden.

"WIR HABEN AN SEINER RECHTGLÄUBIGKEIT NICHT DEN GERINGSTEN ZWEIFEL"

Erklärung der Missionszentrale der Franziskaner zum Verfahren gegen Leonardo Boff.

Die Missionszentrale des Franziskaner-Ordens – ihr Sitz ist Bonn – hat am 16.8.84 aus Anlaß des bevorstehenden Verfahrens gegen Franziskanerpater Leonardo Boff vor der päpstlichen Kongregation für die Glaubenslehre am 7. September 1984 in Rom die folgende Erklärung veröffentlicht:

„Am 7. September 1984 muß sich das Mitglied des Franziskanerordens und Professor der Theologie, der Brasilianer Leonardo Boff OFM, in Rom vor der päpstlichen Kongregation für die Glaubenslehre wegen der von ihm – und mit ihm von vielen anderen – vertretenen Theologie der Befreiung verantworten.“

Die Missionszentrale der Franziskaner in Bonn wußte seit einiger Zeit von diesem anstehenden Verfahren. Sie hat sich bis heute dazu nicht geäußert, um es nicht durch öffentlichen Druck schon vor seinem Beginn zu belasten. Nachdem nun die Nachricht über die Vernehmung unseres Mitbruders Leonardo Boff veröffentlicht wurde, erklärt die Missionszentrale der Franziskaner – in Solidarität mit Leonardo Boff – folgendes:

1. In dem Verfahren vor der päpstlichen Kongregation geht es nicht nur um das Buch Leonardo Boff's „KIRCHE, CHARISMA UND MACHT“. Auch nicht nur um seine Person, sondern um die Theologie der Befreiung, die er vertritt. Und es geht um die Millionen Menschen, vornehmlich in Lateinamerika, die in Leonardo Boff einen ihrer Sprecher sehen.
2. Es ist das Ziel der Theologie der Befreiung, wie Boff sie vertritt, den Unterdrückten das Heil Christi schon in dieser Welt spürbar zu machen.
3. Wir kennen unseren Mitbruder Leonardo Boff so gut, daß wir an seiner persönlichen Integrität, seiner Kirchlichkeit und seiner Rechtgläubigkeit nicht den geringsten Zweifel haben.
4. Das Verfahren gegen Boff hat sicher wichtige gesellschaftspolitische Auswirkungen. Es geht dabei letztlich um die Frage, ob die Interessen der herrschenden Oberschicht in vielen Entwicklungsländern gegenüber den Lebensrechten der Armen auch weiterhin die Oberhand behalten.
5. Die Option der Kirche Lateinamerikas für die Armen, feierlich niedergelegt in den Dokumenten von Puebla und Medellín, die die Auffassung des gesamten lateinamerikanischen Episkopats widerspiegeln, ist durch dieses Verfahren berührt, ja sogar bedroht.
6. Die Missionszentrale der Franziskaner in Bonn appelliert an die Dialogbereitschaft aller, die an dem Verfahren beteiligt sind. Es geht darum, den Dialog über eine Theologie fortzusetzen, die sich in einem Gärungs- und Entwicklungsprozeß befindet und noch der allmählichen Abklärung bedarf. Von der Sache her müßte das in Lateinamerika geschehen. Dies zum Nutzen auch für die Kirche in der Ersten Welt.

Emotionen, von welcher Seite auch immer in dieses Verfahren hineingetragen, schaden nicht nur der Kirche. Sie schaden letztlich allen Gläubigen, ganz gleich, wo sie heute leben.“

Das aber bedeutete eine radikale Kehrtwendung, die weder dem Vatikan noch einer Reihe konservativer Bischöfe (auch in Lateinamerika selbst) paßte. In Brasilien, dem größten katholischen Land der Erde, ist dieser Positionswechsel der Kirche von der Seite der Herrschenden an die Seite der Armen und Verfolgten bisher am weitesten gegangen. Viele brasilianische Priester und auch Bischöfe drücken diesen Wandel u.a. dadurch aus, daß sie selber in den Elendsvierteln leben.

Es ist daher alles andere als überraschend, daß der Vatikan ausgerechnet den brasilianischen Befreiungstheologen Boff als ersten zum "Kolloquium", wie es verarmlosend heißt, nach Rom zitiert hat.

Die brasilianischen Bischöfe haben ihren Franziskanerpater aber nicht allein gelassen: die Kardinäle von São Paulo und Fortaleza sowie fünf weitere Bischöfe – darunter der Vorsitzende der brasilianischen Bischofskonferenz – begleiteten ihn zu seinem Verhör. Sie durften jedoch in Rom, so schreibt es die strenge Verfahrensordnung vor, nicht in die Verhandlungen eingreifen und nur zuhören.

DER PAPST UND SEINE DEUTSCHEN HELFER

Vorsitzender der päpstlichen Glaubenskongregation ist Kardinal Joseph Ratzinger, der frühere Erzbischof von München. Und der müßte eigentlich, würden beim Vatikan gängige prozessuale Normen herrschen, wegen Befangenheit abgelehnt worden sein, weil er mehr als einmal seine negative Einstellung zur Befreiungstheologie geäußert hat. Zuletzt tat er dies vier Tage vor der Eröffnung des Prozesses gegen Boff, als er der Presse eine 36 Seiten starke "Instruktion über einige Aspekte der Theologie der Befreiung" vorstellte, die seine Behörde mit ausdrücklicher Zustimmung des Papstes erarbeitet hat.

Ratzinger ist aber nicht der einzige westdeutsche Kirchenfürst, der dem konservativen Papst aus Polen bei seinem Kreuzzug gegen die lateinamerikanische Kirche der Armen diensteifrig assistiert.

Kardinal Höffner, Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, stellte sich dem Papst ebenfalls zur Verfügung und inspizierte in dessen Auftrag die größte brasilianische Diözese, das Erzbistum São Paulo, an deren Spitze seit vielen Jahren der angesehene Franziskaner Paolo Evaristo Arns steht. Höffner verhielt sich während seiner Inspektionsreise gegenüber seinem "Amtsbruder" Arns offenbar so arrogant, daß die zehn Weihbischöfe São Paulos anschließend gemeinsam nach Rom fuhren, um dort schriftlich und mündlich gegen das hochmütige Auftreten Höffners zu protestieren.

Abgerundet wird dieses düstere Bild durch die Tatsache, daß die durch den Woytyla-Papst aufgewertete rechtskatholische Vereinigung OPUS DEI, die im Stile eines dubiosen Geheimbundes operiert, von Höffner in seinem Kölner Bistum offen gefördert wird. Das OPUS DEI hat sich u.a. durch seine enge Zusammenarbeit mit dem Franco-Regime in Spanien diskreditiert.

Höffner hatte einer Kölner Gemeinde, ohne mit ihr vorher Kontakt aufzunehmen, kurezrhand zwei Opus Dei-Priester vor die Nase gesetzt. Als die Gemeinde davon Wind bekam, protestierte sie heftig, und der Fall rief ein lebhaftes Presse-Echo hervor. Daraufhin zog das Opus Dei von sich aus zurück, während Höffner von einer "regelrechten Hetze" sprach, die gegen die beiden Priester entfesselt worden sei.

DER FALL DER NICARAGUANISCHEN PRIESTER

Die Offensive gegen die Theologie der Befreiung ist aber auch im Zusammenhang mit dem Ultimatum zu sehen, das der Vatikan den vier nicaraguanischen Priestern gestellt hat, ihre Regierungsämter aufzugeben.

Einen Tag vor Leonardo Boff traf in Rom eine Delegation der Sandinisten aus Managua ein, die sich darum bemühen wollte, in letzter Sekunde doch noch zu einem Arrangement zu kommen; denn die vier nicaraguanischen Priester, darunter der in aller Welt bekannte Ernesto Cardenal, sind fest entschlossen, ihre politischen Ämter nicht aufzugeben, wie es Rom von ihnen fordert.

Während sich mit Boff immerhin 10 Kardinäle befaßten (denn soviel sitzen in der Glaubenskongregation), wurde die sandinistische Regierungsabordnung allerdings nur

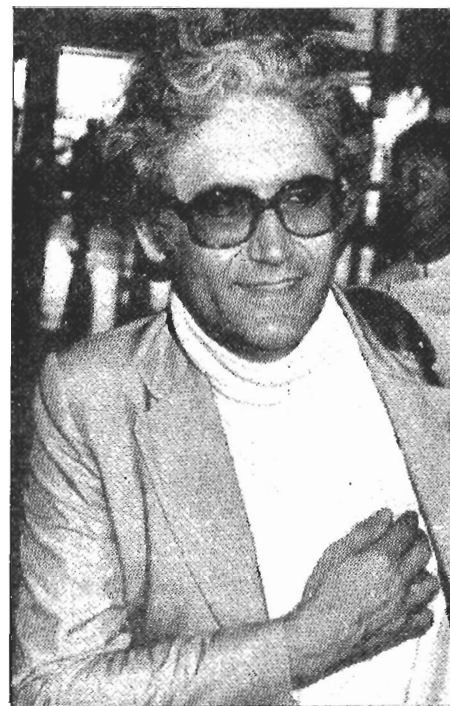
von einem Sekretär des vatikanischen Außenministers Casaroli im Range etwa eines Unterstaatssekretärs empfangen. Allein daraus ist zu schließen, daß der Vatikan nicht bereit ist nachzugeben. Demut und Bescheidenheit, jene urchristlichen Tugenden, die von der Kirche immer wieder gepredigt werden, sind in letzter Zeit offenbar weniger denn je in der römischen Zentrale zuhause.

Das Ergebnis der Gespräche, die die Sandinisten mit Kuriensekretär Silvestrini führten, war bei Redaktionsschluß dieser Nummer noch nicht bekannt. Aber die protokollarischen Begleitumstände und das spröde Kommuniqué über die erste Unterredung lassen darauf schließen, daß der Vatikan keinen Zentimeter zurückweichen wird.

Die (positive) Bewegung, die mit Johannes XXIII., dem Zweiten Vatikanischen Konzil und mit den lateinamerikanischen Bischofsversammlungen von Medellín (1968) und Puebla (1979) in den Weltkatholizismus gekommen ist, wird von der realitätsfernen Mafia um Johannes Paul II. mit (fast) allen Mitteln zu stoppen versucht.

So wird sich wohl im Nachhinein die scherzhaft-ironische Schlagzeile einer großen brasilianischen Tageszeitung anläßlich des Papst-Besuches im Juli 1980 in Brasilien (s. LN-Nr. 84) als bitterer Ernst erweisen. Um die Spannung zwischen der problembewußten "Kirche der Armen" in Brasilien (und in anderen lateinamerikanischen Ländern) und dem starren "Ghetto-Katholizismus" europäischer, besonders osteuropäischer Prägung deutlich zu machen, wählte das Blatt damals die brasilianische Redensart zur fetten Balken-Überschrift: GOTT IST BRASILIANER!

Darunter stand, in sehr viel kleineren Lettern: "...doch der Papst ist Pole."



Leonardo Boff

Salvadorenische Flüchtlinge kämpfen gegen ihre Verlagerung

MIT EINER KAMERA UND EINEM MIKRO

Colomoncagua, ein kleines Dorf im Westen von Honduras, 4 km von der Grenze zu El Salvador entfernt. Hier leben seit fast vier Jahren 8000 Flüchtlinge aus El Salvador. Sie sind aus der Provinz Morazan geflohen, weil, wie sie erzählen, die Soldaten kamen: "Die wollten uns alle als Sympathisanten der Guerilla töten. Sie haben viele umgebracht, die Frauen, die Kinder, die Alten."

Die Berichte sind Legion. Wir haben uns daran gewöhnt, sie zu lesen, zu überlesen, weil sie von einer Grausamkeit sind, die uns abstumpft und unsere Einbildungskraft übersteigt. Zum Beispiel die stereotyp wiederkehrende Geschichte von den schwangeren Frauen, denen sie die Bäuche aufgeschlitzt und die Embryos herausgerissen haben, damit es keine neuen Guerilleros gibt.

So kommen wenige der ausführlichen Mitteilungen zum Abdruck, die die Flüchtlingshilfe Mittelamerika e.V. seit etwa drei Jahren sammelt und verschickt. Dieser Verein hat sich aus Kreisen der ESG Essen gebildet und versucht, die Öffentlichkeit darüber auf dem Laufenden zu halten, was mit den salvadorenischen und guatemalteken Flüchtlingen passiert.

Ein Teil der Aktivitäten besteht darin, Delegationen prominenter Bundesrepublikaner zusammenzustellen, die nach Honduras reisen und die Lager besuchen. Professoren, Menschenrechtler, Journalisten und Bundestagsabgeordnete haben in den letzten Jahren eine solche Reise unternommen und einiges dazu publiziert. Die letzte Delegation fuhr Anfang Mai nach Honduras. Sie bestand aus Marie-Luise Beck-Oberdorf (Grüne), Rudolf Schöffberger (SPD), ein paar Menschen von linken Medien (wie ich) und einem Filmteam von der Medienwerkstatt Freiburg (Walter Moßmann und Dieter Danquart).

Unmittelbarer Anlaß der Reise war die Nachricht, daß die Flüchtlinge im Herbst nach Olanchito ins Innere von Honduras verlagert werden sollten. Das heißt 500 km von ihrem jetzigen Standort entfernt.

Es gibt insgesamt 20 000 salvadorenische Flüchtlinge in Honduras. Der größte Teil von ihnen lebt in Mesa Grande. Dort sind wir nicht gewesen. Es schien uns vernünftiger, ein Lager gründlich kennenzulernen. Von der Hauptstadt Tegucigalpa nach Colomoncagua, einer Entfernung von weniger als 200 km, braucht man mindestens zehn Stunden.

Die beiden MdBs nahmen sich vier Tage Zeit, das Filmteam ist zwölf Tage geblieben, beide Gruppierungen haben sehr Unterschiedliches erlebt. Da sie zeitlich hintereinander in Colomoncagua waren konnte ich beide begleiten.

LINKE PROMINENZ, RECHTE MAUERN

Bevor die Abgeordneten ins Lager reisten erkundigten sie sich bei Vertretern der hondurenischen Menschenrechtskommission und der Christdemokratischen Partei, sowie bei verschiedenen Gewerkschaften über die Lage in Honduras. Sie wurden überall freudig und mit großem Interesse begrüßt. Die Opposition hat kaum Möglichkeiten, mit dem Ausland in Kontakt zu kommen. Sie existiert in einer wenig definierten Grauzone der sogenannten Legalität, mehr als 120 Verschwundene sind das Ergebnis ihrer politischen Arbeit.

Ganz anders war der Empfang bei Werner Blatter, dem Chef des UNO Kommissariats für Flüchtlinge (spanisch ACNUR) in Honduras. Ein geschliffener Schweizer, dem man anmerkt, daß er von einer derart zusammengesetzten Delegation nichts hielt. Dem hat die Grüne-Frau mit ihren bohrenden Fragen sozusagen überhaupt nicht imponiert und der SPDler hat sich sowieso rausgehalten. Blatter erfüllte eine lästige Pflicht, gab zum besten, was jeder Mensch in den Veröffentlichungen von ACNUR nachlesen kann: Es ist ein Prinzip der Flüchtlingsarbeit der UNO, Flüchtlinge aus Grenzgebieten fernzuhalten. Zwischen Honduras und El Salvador bestehen an vielen Stellen gar keine Klarheiten über den Grenzverlauf. Das gilt zum Beispiel für das Gebiet bei Colomoncagua. Es ist gefährlich für die Flüchtlinge, dort zu leben, das salvadorenische Heer kann sie leicht bis ins Lager hinein verfolgen. In Olanchito wird ACNUR Land kaufen und den Flüchtlingen soviel zur Verfügung stellen, daß sie sich davon ernähren können. Sie werden zwar noch immer interniert sein (dürfen z.B. nicht auf dem Markt als Konkurrenten der einheimischen Bauern auftreten), aber ihr Bewegungsspielraum wird im Vergleich zur jetzigen Situation erheblich erweitert.

Die Tatsache, daß die Flüchtlinge sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, verlagert zu werden, schrieb Herr Blatter dem Umstand zu, daß sie Angst hätten, soweit von der Heimat entfernt zu sein. Er hatte großes Verständnis dafür und erklärte ACNUR würde ohne Unterlaß mit den Betroffenen darüber diskutieren. Es bestehe große Hoffnung, daß zum Schluß die Einsicht in die Notwendigkeit siege, so sei es ja vor drei Jahren gewesen als man einen Teil der Flüchtlinge von La Virtud nach Mesa Grande umsiedeln mußte. Am Ende seien sie doch alle gegangen. ACNUR werde natürlich niemals irgendeiner Form von Gewaltanwendung bei der Verlagerung zustimmen.

Als korrekter Beamter mußte auch der deutsche Botschafter diese Sorte von Volksvertretern empfangen. Er tat es knapp und meinte auf die Frage nach den Verschwundenen, daß in jeder rechtsstaatlichen Demokratie Leute abhauen würden, er wußte auch wieviele Vermißte es bei uns zuhause gibt.

Nach der Rückkehr aus Colomoncagua sind die Abgeordneten dann noch zu hohen Persönlichkeiten der hondurenischen Regierung und der US Botschaft gegangen und haben zum Schluß eine Pressekonferenz gemacht. Da war ich nicht mehr dabei, weil ich bei den Filmemachern im Lager blieb. Die Gespräche scheinen ähnlich abgelaufen zu sein. Das Minimum an Höflichkeit, das den Besitzern

blauer Diplomatenpässe gewährt werden muß, wird durch ein Maximum an Verachtung kompensiert, das man sich den linken Vögeln gegenüber leistet.

Dabei ist diese Delegation noch glimpflich davongekommen. Ihre unmittelbaren Vorgänger, eine Gruppe westdeutscher Kirchenleute, wurde in den Zeitungen von Honduras als Terroristenhaufen enttarnt, als eine Gruppe von Guerilleros, die als Pfarrer verkleidet die Lager besuchten, um dort den Widerstand zu unterstützen.

ES LEBEN DIE INTERNATIONALEN BESUCHE!

Die Flüchtlinge begrüßten die Delegation wie Staatsgäste und führten uns voll Stolz im Lager herum. Für Kenner ist Colomoncagua längst ein Begriff. Es ist das Muster- und Vorzeigelager, das jedem Besucher einen unauslöschlichen Eindruck hinterläßt. In einer fast unvorstellbaren Ärmlichkeit ist hier das entstanden, wovon sonst immer alle nur reden: ein Kollektiv, in dem es weder Geld gibt noch Privatbesitz, in dem gemeinsam gekocht und produziert wird, in dem jede Person Verantwortung hat oder erlernt. Wer lesen und schreiben kann unterrichtet, ob Kind oder Greis. Großväter sitzen da und schreiben mit, was die Enkelin diktiert. Andere werden als Gesundheitshelfer/innen ausgebildet. Das gemeinsame Kochen, das Putzen, die Arbeit in den Gärten und in der Hühnerfarm - das alles klappt und ist bestens organisiert.



Flüchtlinge, kommt alle zum Unterricht. Laßt uns keine Zeit verlieren, um zu lernen. Vorwärts.

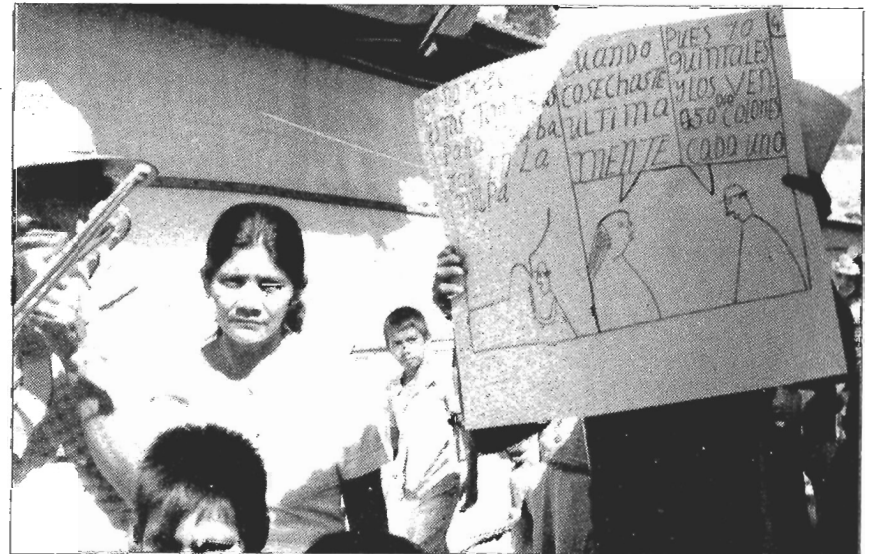
Compañeros, gehen wir alle zur Schule. Deine Anwesenheit ist nötig. Wir erwarten Dich zur Alphabetisierungskampagne.

Für jedes der sechs Lagerdörfer gibt es einen von allen gewählten Koordinator plus Stellvertreter. Trotz absoluter Überzahl von Frauen im Lager sind dies fast ausschließlich Männer. Mit ihnen zusammen arbeiten die verschiedenen Verantwortlichen für Gesundheit, Ernährung, Zeltbau, sanitäre Anlagen usw. Und das findet alles unter den denkbar düftigsten Bedingungen statt.

Die "Häuser" sind wellblechgedeckte Lattengerüste mit Zeltstoff verkleidet. In der Hitze ist es darin unerträglich heiß, in der Regenzeit feucht und windig. Sie sind außerdem total überfüllt. Das gesamte Terrain ist aus Lehm. Wenn es regnet wird daraus ein glitschiger Schlamm auf dem die Kinder frierend und barfuß herumrutschen. Sie sind alle erkältet, ihr Husten und Schniefen gehört zu den Geräuschen, die uns bis lange nach der Rückkehr nicht verlassen.

Seit vier Jahren hat niemand die engen Lagerstraßen verlassen. Ein großer Teil der Kinder hat keine Ahnung davon was ein Dorf, ein Markt, ein Laden ist. So trifft man die meisten Leute immer an derselben Stelle. Vor allem die alten Männer, die zwischen zwei oder drei Bänken abwechseln können, auf denen sie sitzen und warten.

Die Delegation besucht den Unterricht, wird mit der Alphabetisierung vertraut gemacht. Entsprechend der Methode von Paolo Freire werden das Lesen und das Schreiben anhand von Wörtern erlernt, die wie Mais, Tortilla oder Refugio (Flüchtlingslager) eine Bedeutung im Leben haben, so daß man anschließend an das Studium der Buchstaben und der Silben darüber reden und diskutieren kann.



Ich brauche diesen Quatsch nicht, um auf dem Maisfeld zu arbeiten.

Wieviel hast Du letztendlich geerntet?

Nun, 10 Zentner und ich habe sie zu je 50 Colones verkauft.

Von den Koordinatoren werden wir in die wesentlichen Probleme des Lagers eingeführt. An erster Stelle steht die Verlagerung. Die Argumente sind klar: ACNUR betreibt die Verlagerung in vollem Einklang mit der hondurenischen Regierung. Diese will, daß das Gebiet für eine eventuelle Invasion nach El Salvador gesäubert ist, die jederzeit anstehen kann. Denn zusammen mit den USA bereitet sich das hondurenische Militär darauf vor, der salvadorensischen Regierung bei der Guerillabekämpfung zuhelfe zu eilen.

Die Zelte und sanitären Anlagen seien für ein hondurenisches Militärlager gut geeignet, es habe auch bereits einige Inspektionen gegeben. Außerdem liege auf der anderen Seite der Grenze Morazan, eine von der salvadorensischen Guerilla kontrollierte Zone.

Die Vorstellungen von ACNUR bezüglich der Lebensmöglichkeiten in Olanchito halten die Flüchtlinge für reine Propaganda. Wie sollen sie dort Äcker bestellen, wo sie nur aus Frauen, Kindern und alten Leuten bestehen? Und was sagen sie den hondurenischen Bauern, die seit Jahrzehnten auf Land warten, für die es einen nicht zu akzeptierenden Affront bedeutet, wenn plötzlich ein paar Flüchtlinge alles bekommen, wofür sie selbst unter unsäglichen Leiden kämpfen? Abgesehen davon ist für die Flüchtlinge die Vorstellung unannehmbar, daß sie so weit von ihrer Heimat entfernt sein sollen. Viele glauben, daß man auf einer so langen Reise stirbt, daß es von dort aus nie mehr möglich sein wird, heimzukehren. Für viele ist es bisher eine elementare Überlebensstütze gewesen, daß man bei gutem Wetter von Colomnagua aus die Berge von Morazan sehen kann.

DIE GUERILLEROS MÜSSEN WEG!

Natürlich lassen sich die Betreiber der Verlagerung von den Einwänden der Flüchtlinge nicht beeindrucken und bereiten das Unternehmen unbeirrt vor. Die Mittel, die da zur Anwendung kommen, sind vielfältiger Natur. Der Beauftragte für Flüchtlingsfragen bei der hondurenischen Regierung, der pensionierte Oberst Turcios, sagte es bei einem Besuch im Lager offen. Falls sich die Flüchtlinge der Verlagerung widersetzen, seien sie eben vogelfrei. ACNUR streicht Gelder für Zusatznahrung, die angesichts weitverbreiteter Fehl- und Unterernährung der Kinder dringend notwendig ist. Es gibt immer seltener Gemüse, Eier und Käse. Fleisch ist eine absolute Rarität. Ein Hühnchen muß für sechs Personen einen Monat lang reichen. Daß obige Drohung ernst gemeint ist, steht außer Zweifel. Schon jetzt werden Flüchtlinge, die sich der hondurenischen "Ordnung" nicht fügen und etwa das Lager verlassen, um nach El Salvador zurückzukehren, verschleppt oder umgebracht, wenn das Militär sie entdeckt. In den letzten Monaten haben sich diese Fälle gehäuft.

Auf die christlichen und humanitären Hilfsorganisationen wie Caritas, die Menoniten, "Medcins sans Frontières" u.ä., die im Auftrag von ACNUR im Lager arbeiten wird ebenfalls Druck ausgeübt. Viele ihrer Mitarbeiter, die als Pfarrer, Lehrer, Ärzte und Gesundheitsberater engen Kontakt mit den Flüchtlingen haben, sind gegen die Verlagerung. Caritas hat sich sogar als Gesamtverband dagegen ausgesprochen, allerdings mit dem Zusatz, daß sie im Ernstfall immer an der Seite der Flüchtlinge sei.

Trotzdem versucht auch Caritas sich der widerspenstigen internationalen Helfer zu entledigen. Es kam bereits zu Kündigungen, mit Neueinstellungen wird gespart, Verträge verlängert man nicht mehr. Für die Flüchtlinge sind diese "Internacionales" natürlich die fast einzige und deshalb um so größere Hoffnung. Sie bedeuten eine Chance, daß ihr Hilferuf nach außen dringt. Wer sonst könnte aus dem hintersten Winkel von Honduras ihr Anliegen unter die Leute bringen?

Die Internationalen fungieren auch als wichtiges Band zwischen den Flüchtlingen und ihren ausländischen Besuchern. Die deutschen Kolleginnen und Kollegen informieren unermüdlich die Essener Flüchtlingshilfe und machen Druck, daß diese Delegationen schickt.

Den Vorwurf, daß sie alle Guerilleros seien, kennen die Flüchtlinge seit langem. Damit versuchen die Befürworter der Verlagerung den christlichen und humanitären Argumenten, die dagegen kommen, den Wind aus den Segeln zu nehmen. "Sie sagen wir seien Guerilleros" sagt dazu Dona Martina, "aber wir haben doch überhaupt keine Waffen. Zu unserer Verteidigung haben wir nur die Sprache, nichts als unsere Worte."

Einige Tage später wollte ein US amerikanischer Journalist mit den Flüchtlingen reden. Er hat nicht eine Person gefunden, die bereit war, ihm Rede und Antwort zu stehen. Unsere übersprudelnden Freundinnen und Freunde waren einfach stumm.

AUSSENANSICHT

Es ist uns beim Filmen relativ gut gelungen, mit den Flüchtlingen in Kontakt zu kommen. Sie waren offen, freundlich und geduldig, sichtlich bemüht uns zu zeigen, wie wichtig sie unsere Arbeit nehmen. Das alles war nur möglich aufgrund der Hilfe unserer internationalen Genossinnen und Genossen. Sie haben die nötige Vertrauensbasis hergestellt und uns geholfen wo sie nur konnten. Wir sind natürlich Fremde geblieben und haben die Dinge und Menschen genau so erfaßt wie es eine Kamera und ein Mikrofon vermögen. Wir haben den Film deshalb auch mit dem Hinweis "Außenansicht" untertitelt.

Am schönsten waren die wenigen Gelegenheiten, die wir hatten, um den Flüchtlingen das eben Gefilmte zu zeigen. In der Autoreparaturwerkstätte gab es einen Generator und fand sich schließlich eine Batterie, die stark genug war, um auf dem winzigen Monitor eine Kassette abzuspielen. Zu Hunderten standen sie davor, die meisten hatten noch nie im Leben ferngesehen. Und jetzt erblickten sie sich selbst, die Kinder und die Nachbarn.

Gewundert hat sich niemand, daß wir so etwas können, denn wir gehörten ja zu denen mit den Armbanduhren, den Fotoapparaten und den Sonnenbrillen. Die Zeiten des Kolonialismus sind eben nicht vorbei.

Dann haben sie eine Demonstration gemacht für unser Mikro und die Kamera. 3000 Menschen versammelten sich und baten uns mit Transparenten, Parolen, Deklarationen und Lieoern, ihnen zu helfen, ihre Stimme in der Welt zu sein. Das war ein Auftrag, eine Bitte, voll Vertrauen uns ans Herz gelegt. Wir werden sie nie erfüllen können, aber wir sind aus unserer Ruhe gerissen. Wir haben ständig diese elenden und verlassen Menschen vor Augen, die Kinder und die Alten, welche hondurenische Soldaten eines Tages auf die Lastwagen treiben werden, um sie an einen Ort zu karren, der in ihren Augen weit hinter dem Ende der Welt liegt.

Wir haben nur mit Menschen gesprochen die stolz auf dieses Lager waren und auf die Realisierung einer Utopie, die nach dem Sieg in El Salvador dort umgesetzt werden soll. Die meisten berichteten wie sie im Lager Lesen und Schreiben lernten, wie sie lernten zu reden und die Angst zu verlieren: "Früher haben wir nur zuhause geredet, in der Familie, wir durften in der Öffentlichkeit nie etwas sagen. Es war verboten, über Gefühle zu reden. Ein Bauer war niemals Lehrer, eine Frau vom Lande hatte keine Ahnung wie das Gesundheitswesen funktioniert. Jetzt arbeiten sie als Alfabetisatoren und Gesundheitshelferinnen und bringen den anderen dieses Wissen bei". Der Stolz dieser Frau ist beispielhaft für unsere Gespräche und Begegnungen. Über die Depressionen, Schlaflosigkeit und Angstzustände, von denen einer der französischen Ärzte sprach, redeten diese Flüchtlinge nicht.

Zweifelsöhne haben wir die Entschlossenen und Entschiedenen kennengelernt, die wissen, worum es in El Salvador geht und weshalb sie die Arbeit im Lager machen. Deshalb ist im Film vieles sehr glatt geraten, sehr eindeutig und proklamatorisch.

Die Fragen, die wir mit nach Hause genommen haben wurden an Ort und Stelle nicht beantwortet.

Ist es nicht ein großes Problem, daß die Bereitschaft der Flüchtlinge, eine sozialistische Minigesellschaft aufzubauen auch deshalb so groß ist, weil sie keine andere Wahl haben? Verzichteten sie nicht auf Besitz, weil es keinen gibt? Sind diese kollektive Disziplin und dieser riesengroße Fleiß nicht häufig eine allzu starre Maske, hinter die vor allem Außenstehende nicht blicken sollen? Es muß doch sehr viel Leid und Verzweiflung in den Zelten geben, in denen die meisten bereits vier Jahre verbringen.

Auch die internationalen Helfer sahen keinen Anlaß, derlei eurozentrierte Zweifelen mit uns zu diskutieren. Sie wollen "ihre Flüchtlinge" stark und tapfer sehen, es sollen Prachtexemplare und Musterschülerinnen sein. Wir haben, wie gesagt, dem allem nicht nachgehen können, es hat uns aber trotzdem sehr bewegt.

BACK HOME

Nach Tegucigalpa zurückgekehrt, wollten wir Herrn Blätter für den Film interviewen. Für uns war er dann nicht zu sprechen, wahrscheinlich haben ihn die Kollegen in Colomocagua entsprechend informiert. Diese stehen mit den Internationalen in ständigem Clinch, betrachten sie als Agitatoren der Flüchtlinge gegen die Verlagerung.

In der US amerikanischen Botschaft hatten wir größeres Glück. Shepard Lowman, der zweite Mann in diesem bunkerähnlichen Bau erklärte lässig und souverän, daß die Flüchtlinge eben alle Sympathisanten der Guerilla seien. Dafür gebe es Beweise. Die Grenze werde von hondurensischen Patrouillen kontrolliert und diese hätten immer wieder Menschen aufgegriffen, die auf dem Weg von und nach El Salvador waren.

Lowman zeigte viel Verständnis dafür, daß die Flüchtlinge nicht weg wollten, denn, so wörtlich, "sie haben alle einen ausgeprägten Nestinstinkt". Er hoffe schließlich auf die Fähigkeiten von ACNUR, die Flüchtlinge zur Vernunft zu bringen und sehe keine Anzeichen dafür, daß dies nicht gelingen werde.



Unter den Augen ziviler Ledernacken holen wir unsere Ausweise wieder und schleichen ins Freie. Die Helden von Colomocagua sind wieder die wohlbekannten linken Mickerlinge geworden. Und zum soundsovielten Male wird auf dieser Reise der Schwur erneuert, nach Hause zu gehen, dort etwas zu tun gegen den Feind, der in Colomocagua zwar zuschlägt, seinen Sitz jedoch ganz woanders hat.

Die Verlagerung ist in den letzten Jahren mehrmals verschoben worden, weil ihr viele organisatorische und bürokratische Hindernisse im Wege stehen. In dem Maße, in dem es wahrscheinlich wird, daß eine Invasion von Honduras aus nach El Salvador erfolgt, werden die Verlagerungspläne jedoch beschleunigt. Als nächstes Datum redet man vom Monat Oktober.

Der Film **EXILIO - Flüchtlingslager Colomocagua (Außenansicht)** ist als Videoband erhältlich über Medienwerkstatt, Konradstraße 20, 7800 Freiburg.

Bombardierung der Bevölkerung in El Salvador

Die Bombardierung der salvadoreanischen Stadt Berlin am 11. Februar 1983, bei der 120 Personen den Tod fanden und 20% der Häuser zerstört wurden, leitete eine neue Etappe in der vom US-amerikanischen Verteidigungsministerium konzipierten Strategie für die salvadoreanische Aufstandsbekämpfung ein: den zunehmenden Einsatz von Flugzeugen und die systematische Bombardierung der salvadoreanischen Zivilbevölkerung. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1984 gab es 137 Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung, was einen 70 % Anstieg gegenüber dem Jahr 1982 ausmacht. Die Regionen, in denen eine starke Guerillaaktivität zu verzeichnen ist, sind am meisten betroffen. Im März 1984, dem Monat des ersten Wahlgangs zur Wahl des jetzigen Präsidenten Duarte, erreichten die Bombardierungen mit der Zahl 43 eine Rekordhöhe innerhalb des vierjährigen Krieges. Während die internationale Presse darüber stritt, ob die Wahlen am 25. 3. 84 angesichts der Tatsache, daß im Land Ausnahmezustand existierte und eine Opposition nicht zur Wahl stand, wohl frei und gleich seien, "garantierten" die salvadoreanischen Luftstreitkräfte den von der Guerilla "ungestörten" Ablauf der Wahlen. Vom 16. bis 29. März fielen in der Gegend um den umkämpften Guazapa Berg 35 km von der Hauptstadt entfernt 235 Menschen den Bombardierungen zum Opfer, vorwiegend Frauen und Kinder. Die internationalen Delegationen zur Wahlbeobachtung, unter ihnen Abgeordnete der SPD, der FDP und der CDU, hatten außer einiger technischer Unregelmäßigkeiten keine größeren Wahlhindernisse festgestellt. Alle zeigten sich hoch zufrieden, daß der Wahlausgang dem Christdemokraten Duarte große Chancen für das Präsidentschaftsamt einräumte. Von den Opfern der Bombardierungen sprach auch nach den Wahlen keiner.

Nach dem zweiten Wahlgang am 6. Mai 84 hieß der neue Präsident von El Salvador Napoleon Duarte, unter dessen Regierung die Bombardierungen jedoch nicht ab- sondern zunehmen sollten. Die USA, die Duartes Kandidatur politisch und finanziell gestützt hatten, forzierten den Krieg, da sie im internationalen Rahmen mit weniger Kritik zu rechnen hatten, denn: im Gegensatz zu vor den Wahlen findet der Krieg nun unter einer scheinbar demokratisch legitimierten Regierung statt, deren Christdemokratischer Präsident sich vor den Wahlen stets für eine politische Lösung und eine Beendigung des Krieges eingesetzt hatte, und zwar so überzeugend, daß selbst die in der Vergangenheit mit der Opposition sympatisierende Sozialdemokratie ihn mit Wohlwollen bedachte.

Die USA sind am Krieg in El Salvador direkt beteiligt. Von Palmerola in Honduras aus fliegen US-Soldaten Aufklärungsflüge in El Salvador. Die Aufklärungsflugzeuge Mohawk, die 492 km/h Geschwindigkeit erreichen, sind mit Infrarot-Anlagen ausgestattet, die Bewegungen von Personengruppen registrieren oder spezielle Metalle wie Munition sichtbar machen, wodurch die Guerilla lokalisiert werden kann. Die von den Mohawks ermittelten Daten werden vom Süd-Kommando der US-Streitkräfte in Panama empfangen, von wo aus sie direkt zum US-amerikanischen Verteidigungsministerium geschickt werden. Dort werden sie von Computern ausgewertet und dem Hauptquartier der salvadoreanischen Luftwaffe in Llopango in der Nähe der Hauptstadt San Salvador übermittelt. Das Sammeln, Auswerten und Übermitteln der Daten dauert etwa zwei Stunden. Danach kann der Luftangriff erfolgen.

Wie selbst der Befehlshaber des US-Kommando Süd in Panama, Paul Gorman, bestätigt, nehmen auch an den Bombardierungen selbst US-Amerikaner teil. So hätten laut Gorman in der Zeit vor den Präsidentschaftswahlen Piloten des CIA mitgeholfen, größere Konzentrationen der Guerilla FMLN zu verhindern.

Am meisten richten sich die Bombardierungen gegen die Zivilbevölkerung. Aufgrund der engen Kontakte der Bevölkerung zur Guerilla oder umgekehrt, wird versucht, über die Bombardierungen die Bevölkerung aus den Gebieten zu vertreiben, wo die Guerilla ist oder vermutet wird. Man versucht so, der Guerilla ihre Basis für politische Aktivitäten zu nehmen oder ihr die Versorgungslage zu erschweren.

Es gibt vier verschiedene Typen von Bomben, die gegen die Bevölkerung eingesetzt werden:

1. **Kontaktbomben**, die 500 Pfund wiegen und für konkrete Zielobjekte verwendet werden, wie Häuser oder Personen, die in Unterschlüpfen vor Bombardierung Schutz suchen und gesichtet worden sind.
2. **Splitterbomben**, die bereits explodieren, bevor sie Kontakt mit einem Objekt haben und einen Streuradius von 150 m haben, da sie nicht im Boden explodieren, sondern etwa einen Meter darüber. Diese Splitterbomben, die vorwiegend bei stärkeren Konzentrationen von Personen eingesetzt werden, haben die schlimmsten Verletzungen und grausamsten Ermordungen zur Folge.
3. **Brandbomben**, zur "Säuberung des Terrains", die vorwiegend im Sommer eingesetzt werden, da die Trockenzeit eine höhere Effektivität ermöglicht. Die Brandbomben werden in der Regel eingesetzt, bevor die Armee ein Gebiet betritt, in dem die Guerilla vermutet wird. Ebenfalls werden Brandbomben abgeworfen, um die Bevölkerung zu lokalisieren, die sich vor den Bombardierungen versteckt, bei Brandbomben jedoch ihre Unterschlüpfe verläßt, um nicht im Feuer umzukommen. In den ersten Monaten dieses Jahres hat die Armee die Brandbomben bevorzugt so geworfen, daß ein Zirkel um die Bevölkerung gelegt wurde und nur ein Ausgang gelassen wurde, an dem die fliehende Bevölkerung dann von der Armee mit Maschinengewehrsalven empfangen wurde.
4. **Phosphorbomben**. Obwohl die Reagan-Administration als auch die salvadoreanische Luftwaffe und Armee es bestreiten, gibt es Meldungen vom Internationalen Roten Kreuz, von der salvadoreanischen Menschenrechtskommission sowie Berichte von Betroffenen über den Einsatz von weißem Phosphor und anderer chemischer Waffen. Ärzte berichten über Verletzungen nach Bombardierungen, die nur durch chemische Waffen zustande kommen könnten. So hätten Leute Brandwunden, die anstatt zu heilen immer größer würden und letztlich zum Tode führten. Die wenigsten Leute überleben den Kontakt mit dem giftigen chemischen Stoff. Außerdem gibt es in Folge chemischer Kampfstoffe irreparable Umweltzerstörungen wie entlaubte Wälder oder verseuchte Böden, was den Bauern den Anbau nicht mehr erlaubt und sie dadurch aus den Gebieten treibt.

Die Folgen dieser Bombardierungen für die Bevölkerung sind extrem. Tote, Verletzte, Verseuchte und riesige Flüchtlingsströme. Die Menschen in den Zonen, wo Bombardierungen stattfinden, leben in ständiger Angst. Sie leben in Unterschlüpfen oder Schützengräben, da ihre Häuser zerstört sind oder sie nicht mehr in ihnen wohnen wollen. Sie haben nichts oder wenig zu essen, da sie ihre Felder nicht mehr bebauen können. Es gibt keine ausreichenden Medikamente für die Verletzten. Das Rote Kreuz hat wegen der Bombardierungen mehrere Zonen verlassen, was das Problem der medizinischen Versorgung verschlimmert.

Die Guerilla selbst hat weitaus weniger Opfer durch Bombardierungen zu verzeichnen, da sie weniger Angriffsziele bietet oder sich durch entsprechende Verhaltensweisen schützt. Seit Dezember 1983 macht sie über ihren Sender Radio Venceremos Aufklärungskampagnen darüber, wie sich die Bevölkerung einen gewissen Schutz geben kann. Sie zeigt den Leuten vor Ort, wie Unterschlüpfe gebaut werden, daß die Kochstellen weit entfernt der Hütten eingerichtet werden müssen, daß keine bunte Wäsche aufgehängt werden darf. Sie erklärt den Leuten, daß bei Sichtung eines Aufklärungsflugzeuges man auf keinen Fall rennen darf, da über Infrarot Bewegungen registriert werden und sie so lokalisiert werden können. Guerilla und Bevölkerung haben nur diese Verteidigungsmöglichkeiten, um sich vor den Bombardierungen zu schützen. Die Möglichkeiten sind minimal und bedeuten für die Bevölkerung

die völlige Umstrukturierung ihrer Lebensweise und ihres Alltags - bestenfalls!

Die Bombardierungen haben während der bisherigen Amtszeit des christdemokratischen Präsidenten zugenommen. Die Militärhilfe der USA auch - und zwar gleich nach der Wahl. Die Bundesregierung hat ihrem Freund Duarte 50,6 Mio DM "Entwicklungshilfe" zugeschoben - gleich nach der Wahl. Die SPD fordert vom "Demokraten" Duarte den versprochenen Dialog mit der Guerilla ein. Sie möchte, daß in El Salvador verhandelt und nicht geschossen wird. Duarte hat gesagt, er verhandelt nicht. Der Dialog fällt vorerst aus. Die SPD fordert weiter, sonst tut sie nichts.

SPENDENAUF RUF

HELFT DEN OPFERN DER BOMBARDIERUNGEN IN EL SALVADOR

Die Regierung von El Salvador bombardiert mit Hilfe der USA die Bevölkerung auf dem Land. Seit Anfang 1983 wird in El Salvador die neue von den USA konzipierte Strategie zur Aufstandsbekämpfung angewandt: der zunehmende Einsatz von Aufklärungsflugzeugen und die systematische Bombardierung der Zivilbevölkerung.

Diese zunehmende Anwendung von US-Praktiken aus dem Vietnam-Krieg weckt bei bundesdeutschen Medien und Politikern nur wenig Interesse. Denn: Im März/Mai fanden in El Salvador Präsidentschaftswahlen statt. Die Wahlen waren nicht frei, da Krieg, Ausnahmezustand und Wahlpflicht existierten und die Opposition nicht teilnehmen konnte. Dennoch wurden die Wahlen international anerkannt, da aus ihnen als Sieger der Christdemokrat Napoleon Duarte hervorging. Duarte, ein besonderer Freund der Bundesregierung, wurde selbst von der SPD als neuer Präsident begrüßt, da er der Welt vor den Wahlen eine politische Lösung des Krieges versprochen hatte.

Unter der Duarte-Regierung haben die Bombardierungen zugenommen. Die Wahl Duartes war Teil des Militärplans der USA, den Krieg militärisch zu beenden und nicht über politische Verhandlungen. Die USA brauchten einen angeblich demokratisch legitimierten Präsidenten, um die internationale Kritik an ihrer Kriegspolitik zu dämpfen und Schwierigkeiten im US-Kongress für die Bewilligung zukünftiger Militärhilfe an El Salvador zu vermeiden. Die Strategie ist offensichtlich realistisch:

Kurz nach der Wahl bewilligte der US-Kongress 170 Mio Dollar neue Militärhilfe. Die Bundesregierung versprach Duarte 50,6 Mio DM "Entwicklungshilfe", von der die Bevölkerung kaum etwas sehen wird. Und die SPD? Sie schweigt betreten, da sie auf's falsche Pferd gesetzt hat.

Duarte lehnt nach seiner Wahl den politischen Dialog mit der Opposition ab. Der Krieg und die Bombardierungen werden forciert. Deswegen:

Sofortige Hilfe für die Bevölkerung von El Salvador!

Keine Auszahlung bundesdeutscher Entwicklungshilfe an die Regierung!

DIE GRÜNEN fordern Euch auf, mit dafür Sorge zu tragen, daß die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den bombardierten Zonen verbessert werden kann. Spendet auf das Konto "El Salvador" von medico international!

Spendenkonto Nr. 1800, Stadtparkasse Frankfurt, Stichwort 'El Salvador'



NICARAGUA

Interview mit Mirna Cunningham

Seit den letzten Veröffentlichungen der LN zur Situation an der nicaraguanischen Atlantikküste (vgl. LN Nr. 127) hat sich dort einiges getan.

Auf einer Versammlung von 300 - 400 Delegierten aus über 60 der insgesamt 80 Miskito-Gemeinden in Zelaya Norte (nördlicher Teil der Atlantikregion) am 21. und 22.7.1984 in Puerto Cabezas wurde die Gründung einer neuen Organisation der Miskito - MISATAN, MISkitu Asla TANKANKA Nicaragua (Unsere Organisation der Miskito in Nicaragua) - beschlossen. Zum Koordinator der Organisation wurde Rabonias Fornes, zur Vize-Koordinatorin Elena Hodgson und zur Koordinatorin für Außenbeziehungen Minerva Wilson gewählt. (Alle drei sind Mitglieder der Frente Sandinista.) In ihrem Grundsatzdokument legt sich die Organisation ausdrücklich auf den "Kampf für die besonderen Interessen der Miskitos im Rahmen der Revolution" fest.

Welche konkreten Handlungsspielräume MISATAN haben wird, bleibt abzuwarten.

Ein anderes Ereignis, das auf den Versuch, von Seiten der FSLN die Beziehungen zwischen Regierung und indigener Bevölkerung zu verbessern, hindeutet, ist die Ernennung einer Miskito-Frau, Mirna Cunningham, zur neuen Ministerin (Ministro-delegado) für Zelaya Norte. Der bisherige Minister, William Ramirez, bleibt weiterhin für die Region zuständiger FSLN-Kommandant.

Im Folgenden veröffentlichen wir die (gekürzte) Fassung eines Interviews mit Mirna Cunningham, das Mitarbeiter des CIDCA - Forschungs- und Dokumentationszentrum für die Atlantikküste - am 20.7.1984 in Puerto Cabezas führten. Dort berichtet sie u.a. über die Wahlvorbereitungen in der Atlantikregion, die Beteiligung der Frau am revolutionären Prozeß und die Rolle, welche die neue Miskito-Organisation spielen soll.

Frage: Ich möchte dich etwas über den Wahlprozeß in Zelaya Norte fragen. Wie entwickelt sich der Prozeß der Einschreibungen (zur Teilnahme an der Wahl ist die vorherige Einschreibung in Wählerlisten erforderlich; d. Übersetzer)? Welches sind die Kandidaten der Frente Sandinista? usw.

Antwort: Der Vorbereitungsprozeß für die Wahlen hat hier die gleiche



Entwicklung genommen wie im Rest des Landes. Zuerst einmal wurde ein regionaler Wahlrat (Consejo regional electoral) benannt, dessen Vorsitzender der Genosse Daniel Telor ist, ein Lehrer ... Sein Stellvertreter ist Ernesto Hooker, ein Mann, der hier in Puerto Cabezas sehr bekannt ist, der den Gemeinderat des Wiederaufbaus koordiniert hat. (...) Darüberhinaus hat man Genossen auf der Ebene der Wahlbezirke, wovon es 33 in Zelaya Norte gibt. Es wurden Schulungsstätten für die eingerichtet, die in den Wahlkommissionen tätig sein werden. (...) Man hat diese Schulungsstätten sowohl in Siuna als auch in Rosita und Puerto Cabezas unter Beteiligung der Leute aus den Miskito-Gemeinden gemacht. Anfänglich gab es wie im Rest des Landes eine gewisse Unkenntnis über Wahlen. Das liegt an der fehlenden Tradition in Bezug auf Wahlen in diesem Land und besonders in dieser Region, wo man die gleichen Methoden angewendet hat wie im übrigen Nicaragua, nur noch viel schrecklicher ..., die Wahlen mit ... Rum und solchen Sachen. Dies hat eine gewisse Beunruhigung oder sagen wir gewisse Zweifel an einigen Mitgliedern der Wahlkommissionen entstehen lassen. (...) Die drei Genossinnen, die als Kandidaten benannt wurden, Dorotea Wilson, Minerva Wilson und Hazel Lau, sind in den Gemeinden bekannt. Minerva Wilson war während der schwierigen Situationen von der Umsiedlung bis heute in Tasba Pri. Sie ist sehr beliebt, geschätzt und fleißig. Die Genossin Dorotea hat eine lange Laufbahn als Revolutionärin in dieser Region. Sie war Nonne für einige Jahre, neun glaube ich, und danach wurde sie Guerillera. Sie war in den Bergen, und die Leute wissen das. Besonders im Minengebiet ist sie beliebt, dort, wo sie Nonne war, wo sie mit der Frente zusammenarbeitete und wo sie Guerillera war, v.a. in Siuna und hier in Puerto Cabezas, ... Daß, was die Leute über die Genossin Hazel sagen, beruht auf der Tatsache, daß sie hiergeblieben ist,

obwohl die anderen beiden Führer von MISURASATA das Land mit der Contra verließen. Sie blieb hier und versuchte Lösungen zu finden, suchte den Dialog mit der Regierung in den schwierigsten Momenten. Dies schätzt und akzeptiert man. Es wäre verfrüht zu sagen, ich wüßte genau, wie die Leute denken, aber das war die Ansicht der Bevölkerung über die drei Genossinnen. Außerdem sind es Frauen (Lachen). AMNLAE (Verzeichnis der Abkürzungen am Schluß) befiehlt in Zelaya Norte (Lachen), so daß wir sie aus Prinzip unterstützen.

Frage: Bevor wir uns einer anderen Frage zuwenden, würde ich gern ein wenig mehr über deinen Lebensweg vor deiner Ernennung zur Ministerin dieser Zone erfahren. Was bedeutet es, daß es eine Frau ist, die an der Spitze der Verwaltung von Zelaya Norte steht?

Antwort: Im Hinblick auf meinen Lebensweg ... wirklich mein Lebensweg? ... Ich wurde in Bilwascarma, einer Ortschaft am Ufer des Rio Coco vor mehr oder weniger 36 Jahren geboren. Danach besuchte ich die Grundschule dort und dann die Oberschule in Bluefields, weil es in Zelaya Norte keine gab. Ein Stipendium der katholischen Kirche gab mir die Möglichkeit zu studieren, ich konvertierte zum Katholizismus. Während meiner Zeit an der Oberschule war ich Mitglied der Mährischen Kirche. Danach arbeitete ich ein Jahr als Lehrerin. Dann studierte ich in Leon Medizin. 1972 machte ich mein Examen und begann, in Bilwascarma in einem Krankenhaus der Mährischen Kirche zu arbeiten. Bis 1978 arbeitete ich mit der Mission der Mährischen Kirche im ganzen Gebiet des Rio Coco. Nachdem die nordamerikanischen Ärzte weggegangen waren, wurde ich Leiterin des Hospitals. In den letzten Jahren an der Oberschule habe ich einen 'spanischen' Genossen vom Pazifik (die Bewohner der Atlantikregion bezeichnen auch noch heute die Nicaraguaner vom Pazifik als "Spanier"; d. Übers.), einen Schriftsteller, geheiratet. Ich habe vier Kinder, das älteste ist 11 und das jüngste 4 Jahre alt. Nach dem Triumph arbeitete ich aus persönlichen Gründen 2 Jahre in Managua, damit die Familie zusammenblieb. Wir lebten zwei Jahre dort, aber als ich die Probleme sah, die es hier in der Region gab, kehrte ich wieder zurück, um hier zu arbeiten. Seit Dezember 1981, als sich der Plan 'Rote Weihnacht' (Plan der Contra, einen Aufstand in den Miskito-Dörfern am Rio Coco zu schüren; d. Übers.) gegen Zelaya Norte richtete, bin ich hier. Ich arbeitete als regionale Gesundheitsdirektorin, bis ich vor einem Monat diese neue Verantwortung übernommen habe. (...)

Frage: Ebenso wie du sind die drei Kandidaten der Frente Sandinista Frauen, und auch die Verantwortliche für die Bildung glaube ich. Wie erklärt sich dieses Phänomen?

Antwort: Das bedeutet, daß die Frauen wirklich partizipieren. Man hat uns diese Verantwortlichkeiten nicht übertragen, weil wir Frauen sind, sondern, weil wir gezeigt haben, daß wir über gewisse Fähigkeiten verfügen, um diese Aufgaben erfüllen zu können. Ich glaube wirklich, daß es eine größere Partizipation der Frau in einigen Bereichen gibt. (...) Die Frauen haben ziemlich viel Einfluß im Alltagsleben der Gemeinden. Ich würde nicht sagen, daß sich dies auf die regionale Ebene überträgt. Trotzdem bewirkte es, daß sich einige Frauen entwickeln konnten. Sie wissen, daß gleichzeitig AMNLAE in dieser Region nicht organisiert ist? Dennoch partizipieren wir Frauen an vielen Aufgaben. Das bedeutet, daß eine Bewegung der Frauen da ist, ohne daß es notwendig wäre, sie erst als solche, als Organisation zu entwerfen. Das ist auch interessant.

Frage: Wie sieht die Partizipation der Frau in den Kooperativen und auf der Ebene der Produktion aus?

Antwort: Dies ist ein Kriegsgebiet. Aus diesem Grund mobilisiert man die lokalen Ressourcen für Aufgaben der Verteidigung, in der Mobilmachung, in Battalionen usw.. Das bedeutet auch, daß v.a. unsere

Männer in den Kooperativen den größten Teil des Jahres mobilgemacht sind und die Frauen zum großen Teil diejenigen sind, welche die Produktion aufrechterhalten und die Arbeit in den Gemeinden leisten müssen ... Es gibt keine Projekte, die sich Frauenprojekte nennen, sondern es ist diese Dynamik in der Region, welche die Frauen zu einer Antwort zwingt, weil die Männer fortwährend die Verteidigung sichern müssen.(...)

Frage: Wie vollzieht sich die Integration der Frau in die militärischen Strukturen?

Antwort: In den militärischen Strukturen, Battalitionen und solchen Sachen hat es eine Beteiligung der jüngeren Frauen gegeben. In den Battalitionen hat man glaube ich keine massiven Anstrengungen unternommen, um die Frauen stärker zu integrieren, weil es nur wenige gibt. Das Gebiet ist auch nicht sehr dicht bevölkert. Es gibt keine totale Mobilmachung der Bevölkerung. D.h., um auf die Erfordernisse der Verteidigung der Region zu antworten, müßten wir die ganze Region mobilmachen. Daß ist das, was man mit der Selbstverteidigung (autodefensa) anstrebt. Man hat versucht, stärker die Männer in den Kooperativen zu mobilisieren. Die Frauen sind zurückgeblieben und machen die Arbeit ...

Frage: Könnten sie ein wenig mehr über die Einbeziehung der Miskitos in staatliche Aufgaben und die Rolle der Frau dabei berichten?

Antwort: Die Partizipation der Frau in den Miskito-Gemeinden ist entscheidend, auch wenn das kein Einfluß ist, der offen auftritt; wer spricht, sind die Männer. Wir hatten z.B. die Versammlung in Sumubila (Vorbereitungstreffen für die Gründung der neuen Miskito-Organisation Ende Juni; d. Übers.). Unter den Genossen dort waren nur wenige weibliche Delegierte, und die Männer sprachen am meisten. Wir haben jetzt ein Regierungsprojekt, das die Partizipation an den staatlichen Aufgaben anregen soll. (...) Jede einzelne Miskito-Gemeinde ist dabei, einen Regierungsdelegierten (delegado de gobierno) in ihrer Gemeinde zu benennen. Das ist eine in der Gemeinde bekannte Person, die die Probleme dort kennt. Er ist der Kontakt zwischen der Gemeinde und uns. Diese Regierungsdelegierten sind öffentlich in der Gemeinde gewählt ... Was mich beunruhigt, ist, daß wir bis jetzt in keiner Gemeinde eine Regierungsdelegierte haben. (...) Hinsichtlich deiner Frage nach der Partizipation der Miskito an den staatlichen Aufgaben glaube ich, daß sich das nach und nach entwickelt. In einem rückständigen Gebiet mit einem niedrigen kulturellen Niveau, einer Bevölkerung, die sowohl untereinander als auch zum Rest des Landes wenig Verbindung hat, war es schwierig, eine wirkliche Partizipation zu entwickeln. Wenn es schon im Rest des Landes schwierig war, so war es hier noch viel schwieriger. Was passierte in den ersten Monaten nach dem Sieg der Revolution? Die neuen Genossen, die durch die Frente Sandinista in die Region kamen, kannten weder die Sprache, noch die Leute oder die Bräuche. Das führte dazu, daß die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Volk sehr schwierig sind, und deshalb entwickelte sich die Figur Steadman Fagoth. Warum? Weil er Miskito spricht, an der Universität studiert hat und sich dann im Kontakt zwischen der Dorfgemeinschaft und dem Staat veränderte, mehr dadurch, daß er als Koordinator von MISURASATA benannt wurde, dadurch, daß er im Staatsrat war. Die Leute in den Dorfgemeinschaften meinten, daß, wenn ein neuer Arzt oder Impfstoffe kamen, Steadman sie gebracht hätte. Das erleichterte auch seine Gegenarbeit in denselben Gemeinden. Er verminderte die Partizipation der Leute, weil er sich in den Führer verwandelte, der alles das, was die Gemeinden machen sollten, beschloß und entschied.

Im Jahre 1981, als es MISURASATA noch immer gab, begannen z.B. die Gesundheitskampagnen auf nationaler Ebene. MISURASATA sagte den Leuten, daß sie sich nicht impfen lassen sollten, denn wenn sie es täten, würde man ihnen den Kommunismus einimpfen usw. Das führte dazu, daß die Be-

teiligung sehr niedrig war. Erst 1982 begann wirklich die Partizipation, sowohl durch die Gesundheitsräte des Volkes (consejos populares de salud) als auch in der Erwachsenenbildung, und Tasba Pri ist unsere beste Erfahrung von Partizipation. Denn in den Siedlungen mit der umgesiedelten Bevölkerung schafft man die "nucleos de dirección" jeder einzelnen Siedlung, die das Leitungsorgan der Ansiedlung bilden. Dort gibt es von jeder Dorfgemeinschaft einen Verantwortlichen. So haben sie in einer Ansiedlung wie Sumubila mit 11 Dorfgemeinschaften 11 Leiter, die über die Produktion, die Gesundheit und alles, was mit der Ansiedlung zu tun hat, entscheiden. Ich würde sagen, daß wir dort die beste Erfahrung mit der Partizipation haben, und die Ergebnisse sieht man in den Gesundheitskampagnen des Volkes von Tasba Pri. (...)

1983 gab es einen weiteren Fortschritt im Dialog zwischen der Regierung und den Miskito-Führern, die es hier in der Region gibt. Wir haben eine größere Partizipation auf allen Ebenen, nicht nur auf der der Dorfgemeinschaften, sondern auch auf regionalem Niveau. 1984 kommen wir schon zum wichtigsten Punkt, der Schaffung einer neuen Organisation mit den Regierungsdelegierten in den Dorfgemeinschaften, wo wirklich eine Bewegung realer und effektiver Partizipation der Gemeinschaften im Staat gegeben ist. Durch die Organisation wird sie viel dynamischer werden.

Frage: Die Partizipation der Miskitos in staatlichen Bereichen war einer der vier fundamentalen Punkte für den Entwurf des Kampfplans, den man in Sumubila vorstellte. Glauben sie, daß die Schaffung einer neuen Organisation der Partizipation einen größeren Impuls geben wird?

Antwort: Ja, ich glaube, daß man das im Zusammenhang sehen muß. Gemäß dem Regierungsprogramm benennen wir die Delegierten in den Dorfgemeinschaften, und gleichzeitig macht man die ersten Schritte für die Schaffung einer neuen Miskito-Organisation. Was bedeutet das? Es wird auf der Ebene jeder Dorfgemeinschaft zwei Instanzen geben. Dadurch wird den Problemen jeder Gemeinde mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Frage: Ein anderer Punkt in dem Entwurf der Miskitos auf der Versammlung in Sumubila war der über die Landrechte. Was bedeutet das?

Antwort: Die Atlantikküste wurde im Jahre 1800 als britisches Protektorat von den Engländern kolonisiert. Es gab einen Vertrag zwischen dem ersten Sekretär der nordamerikanischen Regierung und dem Minister für auswärtige Angelegenheiten Englands, den Clayton-Bulwer-Vertrag (1850; d. Übers.), in dem beschlossen wurde, daß keiner der beiden, weder England noch die Nordamerikaner, den Kanal hier bauen würden. Aber die Königin von England vergab Landrechte an einige indigene Gemeinschaften hier in der Region. Als während des Somozismus das Projekt INFONAC, ein Forstprojekt der somozistischen Regierung, begann, waren diese Besitzrechte eines der großen Probleme der Miskito-Dorfgemeinschaften. INFONAC drang in die Gebiete der Miskito-Gemeinschaften ein und behauptete, daß das ganze Gebiet hier in Zelaya Norte Territorium der somozistischen Regierung sei. Als eine Antwort auf diesen Druck, so verstehe ich das, entstand ALPROMISU, jene erste Organisation der Miskito. Später, als ATCHEMCO (ein Unternehmen, das Harz aus den Kiefernstümpfen in den von den ausländischen Gesellschaften abgeholzten Gebieten gewann; d. Übers.) eröffnet wurde, passierte das gleiche. Die Dorfgemeinschaften hatten diese Probleme, weil ihre Ländereien sich in Kiefernzonen befinden. Damals kamen die transnationalen Konzerne und holten die Kiefern aus ihren Ländereien. Danach kam INFONAC und sagte, "die Ländereien gehören uns, wir werden sie aufforsten". Später kam ATCHEMCO und sagte, "wir holen die Baumstümpfe



Wasminona, eine der neuen Miskito-Siedlungen

Foto: Cordelia Dilg

aus eurem Land". Die Gemeinschaften sahen, daß man ihnen alles nahm. Sie kämpften immer gegen den Somozismus, damit man diese Ländereien als die ihrigen anerkannte. Wir als Regierung sind der Meinung, daß man den Landbesitz anerkennen und das Problem endgültig lösen muß. Die Situation der Bodenbesitzrechte zu analysieren und zu diskutieren, hat auch die Organisation als Punkt in ihren Kampfplan aufgenommen. Die Regierung hat eine Prinzipienklärung abgegeben, in der sie sagt, daß die Naturressourcen in den Gebieten der Miskito-Gemeinden anerkannt werden würden. Damit dies nicht nur auf dem Papier stehen bleibt, muß man die Modalitäten aushandeln. Denn bis jetzt erkennt man das nur in einigen Gemeinden an. Oft drängen Leute ein, schlagen Kiefern und zahlen den Gemeinden nichts dafür. Man muß diese Situation regeln, und ich glaube, dies wäre eine Aufgabe der Organisation.

Frage: Wie steht es mit der Übergabe von Landtiteln?

Antwort: In Tasba Pri, wohin die Bevölkerung von Rio Coco umgesiedelt wurde, sind Landtitel ausgehändigt worden. Es werden jetzt zwei Typen von Titeln vergeben: kommunale Titel für jede Siedlung und individuelle Titel für das Stück, wo sie ihr Haus und den Patio haben. (...) Aber im Rest der Gemeinden wurden noch keine Titel übergeben, obwohl man schon anerkennt, daß das Land den Gemeinden gehört. Wir müssen das aber durch die Übergabe der Titel legalisieren.

Frage: ... Welches sind die wichtigsten Ressourcen, die in dieser Zone ausgebeutet wurden? Wie war die Entwicklung nach 1979?

Antwort: Hauptsächlich wurde hier ausgebeutet: im Minenbereich Gold, Silber, Kupfer usw., im nördlichen Teil Hölzer und an der Küste Meeresressourcen. Die Erzausbeutung begann Ende des vergangenen Jahrhunderts. (...) Die Bananen-Gesellschaften waren hier in den 20er und

30er Jahren und zogen sich Ende der 30er Jahre zurück. Die Bananen, das Holz, die Erze und die Meeresressourcen charakterisieren den Typ der Ausbeutung, den es hier gab. (...) Wenn sie hier durchfahren, können sie eine Menge alter Motoren sehen, die die transnationalen Gesellschaften zurückgelassen haben. Es gab hier von keiner dieser Gesellschaften dauerhafte Investitionen. Kein Krankenhaus in dieser Region verfügt über die für ein Hospital erforderlichen Dinge, obwohl von hier Millionen Pfund Gold weggeschleppt wurden. In der ganzen Region haben wir nicht ein gutes Hospital. (...) Die Bananen-Gesellschaften in Puerto Cabezas, die Standard Fruit, die hier in den 20er und 30er Jahren waren, haben alles fortgeschafft als sie von hier weggingen. Sie hatten hier eine Eisenbahnstrecke, eine Brücke, beides haben sie mitgenommen. Das war der Typ von Ausbeutung, den es hier gab: die geringstmögliche Investition und das Maximum an Ressourcen, ohne dafür etwas hier zu lassen. Solange die Gesellschaften hier waren, merkten die Leute, daß es Arbeit gab. Und dann, als die Unternehmen, die Gringos, weggingen, ging es uns hier schlecht. Daher waren für die Leute die Gringos die "Guten".

Frage: Kommen wir noch einmal auf die Partizipation der Leute zurück. Könnten sie ein wenig mehr über die Massenorganisationen erzählen?

Antwort: Die Massenorganisationen haben sich hier nicht mit der gleichen Geschwindigkeit entwickelt wie im Rest des Landes. Dennoch haben wir die CDS, die CST ... genossenschaftliche Organisationen wie FETSALUD, ANDEN, UNAG, AMNLAE im Minengebiet, hier in Puerto Cabezas nicht. Sie haben sich v.a. im städtischen Bereich entwickelt. Man hat diese gleichen Massenorganisationen den indigenen Gemeinschaften nicht aufgezwungen, sondern man versucht, einen Organisationstyp zu finden, der ihrer Realität angemessen ist. Wir haben ihn noch immer nicht gefunden und werden sehen, ob die Miskito-Organisation das erreicht. Auf der Ebene der Dorfgemeinschaften finden sie ihre Form der Organisation, die immer existiert hat und durch kulturelle Kontakte entstanden ist. Z.B. werden auf der nationalen Ebene die Volksgesundheitsräte (consejos populares de salud) durch diese und jene Massenorganisation gebildet. In Siuna ist es die UNAG, weil der größte Teil der Bevölkerung Landbevölkerung ist, Kleinproduzenten. Woanders ist es die CST oder das CDS. In den Ansiedlungen kann z.B. der Volksgesundheitsrat auch für die Produktion zuständig sein oder der Bildungsbezirk auch für die Gesundheit. Man respektiert die Organisation, die sie haben, ohne ins andere Extrem zu verfallen und zu sagen, die Miskito hätten eine traditionelle Form der Organisation. Dies ist nicht sicher, sondern die Organisation, die in den Miskito-Gemeinden existiert, entstand durch die kulturellen Kontakte. Als die Engländer kamen, brachten sie die deutschen Mährischen Brüder (Herrnhuter Brüdergemeine; d. Übers.) mit. Diese veränderten alle religiösen Bräuche und der Pastor entwickelte sich zu einem Führer der Gemeinde. Diese Führerschaft der mährischen Pastoren hat sich bis jetzt erhalten. Heute sind unter den Delegierten auch Pastoren. (...) Ich glaube, der Führer, der sich in den Dorfgemeinschaften wirklich erhalten hat, ist der Sukia, der Heiler. Warum? Weil es vor dem Triumph keine kostenlose Gesundheitsversorgung gab. Als ich in Bilwascarma arbeitete, behandelten wir die 5% der Bevölkerung, die bezahlen konnten und der Rest ... Hier im Hospital von Puerto Cabezas fand man sogar Goldzähne, denn die Leute hatten sie hergeben müssen, um behandelt zu werden. Die Miskito-Gemeinden hatten ihre Heiler erhalten müssen und tun dies noch immer. In einigen Gemeinden besteht immer noch das alte Problem, daß sich traditionelle Führer aus Furcht vor Unterdrückung verbergen, weil, so stelle ich mir vor, die Kirche sehr stark gegen sie war.

Frage: Wie ist die Position der verschiedenen Kirchen zur Indianerversammlung (Asamblea indigena)?

Antwort: Ich weiß nicht, welche Positionen die Kirchen zur Asamblea

haben. Gestern konnte ich mit einem Genossen von CEPAD sprechen. Wir haben sie eingeladen, und sie werden zur konstituierenden Versammlung kommen. Sie haben uns eine Bürgschaft zur Finanzierung der Versammlung gegeben ... Auf der Versammlung von Sumubila hat Sandoval Herrera, der mäthische Pastor des Ortes, teilgenommen. Er hielt am Anfang des Treffens eine Rede und beteiligte sich später sehr aktiv. In Sumubila konnten wir keine Position gegen die Asamblea feststellen. Wir haben alle Welt eingeladen.

Frage: Um noch einmal auf die Partizipation zurückzukommen: ist es ein Gebot der Regierung, die Massenorganisationen zu entwickeln? Ist es möglich, daß die neue Organisation nicht so sehr eine Verbindung zwischen der Regierung und der Bevölkerung sondern zwischen den Massenorganisationen und den Leuten sein wird?

Antwort: Die neue Organisation wird Probleme aufwerfen, über die man mit der Regierung reden muß. (...) Es wird Fragen geben, eigene Forderungen, spezifische Forderungen einiger Gemeinden, auf die die Regierung antworten muß. (...) Die Verbindung zwischen den Dorfgemeinschaften und der Regierung wird durch die Regierungsdelegierten jeder Gemeinde hergestellt. (...) Die Massenorganisationen hängen nicht von uns als Regionalregierung ab, sondern haben ihre Strukturen auf der zentralen Ebene. Aber tatsächlich entwickeln und stärken sie sich immer mit der Hilfe der Regierung, der Frente Sandinista auf der regionalen Ebene. ... und letztes Jahr haben sie sich regionalisiert, die CST, die COS, die UNAC. (...)

Frage: (...) Wie wir sehen, entwickelt sich eine Doppelstruktur, auf der einen Seite die Organisation der Indigenas und auf der anderen Seite die institutionelle Struktur der indigenen Dorfgemeinschaften, die mit der Regierung verbunden ist. (...) Die Frage ist: Wie ist die Haltung der Frente Sandinista zum Organisationsprozeß der Versammlung der Indigenas? Welche konkreten Probleme macht die Contra?

Antwort: In Bezug auf die Frente Sandinista ist das schwer zu sagen, denn sie ist in diesem Land die Avantgarde. Wenn sich z.B. eine Gruppe Mechaniker organisieren will, rechnet sie mit der Hilfe der Frente, weil Volksverbundenheit und Demokratie Prinzipien dieser Revolution sind. Und wenn es Möglichkeiten der Entwicklung von Organisationen für eine größere Partizipation an der Revolution gibt, rechnet man auf die Unterstützung der Frente Sandinista. Deshalb müssen wir auch die Partizipation des Miskito-Volkes an der Revolution fördern. Trotzdem meinen wir, daß dies eine Miskito-Organisation ist, die von ihnen selbst vorangebracht werden muß. Nicht die Regionalregierung, sondern die Miskitos führen diese Versammlung durch. Das heißt nicht, daß wir, die Miskitos, die wir Sandinisten sind, nicht an der Organisation teilnehmen sollten, wenn wir das wollen. Aus der Tatsache, daß wir Sandinisten sind, folgt nicht, daß wir uns aus der Organisation ausgeschlossen fühlen, nur weil sie nicht als sandinistische Organisation konzipiert ist. Es wäre unlogisch, wenn ich als Regierungsdelegierte ruhig bliebe, wenn man dabei ist, das Problem der Beteiligung der Miskitos an der Revolution zu lösen. Ich als Miskita sehe, daß es in den Dorfgemeinschaften einige Probleme gibt, die der Staat, die Regierung, nicht hat lösen können. Und ich glaube, mit einer Organisation wird die Möglichkeit größer, daß der Staat vermehrte Anstrengungen zur Lösung der Probleme unternimmt.

Die Organisation wird darüberhinaus im Hinblick auf die Contra nützlich sein. Die Contra lehnt die Organisation ab. Sie hat das Volk der Miskito hier schon vor der "Roten Weihnacht" manipuliert und tut das auch weiterhin. In ihrer Propaganda stellt sie die Organisation als

prosandinistisch, als eine Organisation der Regierung, dar. Was wäre schlecht daran? Hat jemals in der Geschichte von Zelaya Norte eine andere politische Partei die Miskito zur Kenntnis genommen? Trotzdem ist die Organisation nicht als sandinistische, sondern als Organisation der Miskito konzipiert. Wir haben ihnen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, ihnen geholfen und werden das auch weiterhin tun, weil es schließlich wichtig ist, daß man diese Organisation macht.

Frage: Welches ist die Perspektive der Contra und des nordamerikanischen Imperialismus in Bezug auf die Bildung einer Miskito-Organisation innerhalb der nicaraguanischen Revolution?

Antwort: Ich glaube, daß sie weiterhin den Plan des Kati-sixa-Staates verfolgen, der beinhaltet, einen Brückenkopf in Zelaya Norte zu schaffen. Die Tatsache, eine Organisation zu besitzen, bedeutet, daß die Leute jeder einzelnen Gemeinde stärker partizipieren, daß sie sich entwickeln, die Regierungsprogramme besser kennenlernen und die Präsenz der Revolution stärker wahrnehmen. Das wird wiederum bedeuten, daß die Contra, wenn sie in eine der Gemeinden kommt, möglicherweise die Unterstützung, die sie bis jetzt erhielt - denn die Contra stützt sich ja tatsächlich auf einige unserer Probleme -, nicht mehr bekommen wird. Vielleicht verstehen die Leute in den Dorfgemeinschaften unsere Grenzen nicht, und wenn zu ihnen jemand von der Frente oder der Regierung, der nicht von hier ist, kommt, so glauben sie ihm vielleicht nicht so richtig, was er ihnen sagt. Wenn die Leute stärker einbezogen sind, werden sie die Grenzen besser kennenlernen und besser verstehen können, wie schwer es ist, eine Revolution zu machen. Sie werden verstehen, wie schwierig es z.B. ist, ohne Schiff Lebensmittel von Managua durch den Urwald nach Puerto Cabezas zu bringen. Alle diese Beschränkungen wird das Volk verstehen müssen. Ich könnte mir vorstellen, daß die Contra weiß, daß all dies passieren und ihnen die Durchführung ihrer Aggressionspläne erschweren wird. Außerdem glaube ich, daß die Politik der Contra, Leute aus den Dorfgemeinschaften zu entführen und anzugreifen, sich negativ für sie auswirken wird. (...) Einige Miskitos sind nach Honduras gegangen und dort geblieben. Ihnen gefiel Mocoron (Flüchtlingslager in Honduras; d. Übers.). Dies bedeutete die Teilung der Miskito-Familie aus konkreten Gründen, die das Volk verstehen muß. Wenn die Organisation als Hauptprojekt die Wiedervereinigung der Miskito-Familie plant, wird daher Erziehungsarbeit nötig sein. Es muß Erziehung in zweierlei Hinsicht sein, Erziehung, die die Manipulation der Leute beendet, aber die uns auch die anderen verstehen läßt. Denn genauso wie das Volk hier haben auch die, die drüben sind, gelitten.

Frage: (...) Was halten sie davon, daß die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit wieder aufgehoben werden?

Antwort: (...) Wir werden sehen, was daraus wird. Dies ist Kriegsgebiet, wir sind an der Grenze, und es ist eine Lüge, daß man die ganze Grenze verteidigen könne. Die Contra hat viele Mittel, um hier einzudringen, dazu auch Hubschrauber. (...) Wir müssen die Mechanismen der Selbstverteidigung verbessern, denn es wird wahrscheinlicher, daß sie uns angreifen. Bei einer uneingeschränkten Bewegungsfreiheit wird für uns die Verteidigung in dieser Region schwieriger. Wir haben im ganzen ländlichen Gebiet, in Puerto Cabezas und den Minen, die Selbstverteidigung sichergestellt. Sumubila und Columbus (Sumubila, Columbus, Sahsa, Wahminona und Santo Tomas de Umbra bilden den Siedlungskomplex Tasba Pri; d. Übers.) wurden bei Angriffen der Contra von den Milizen verteidigt. Bei jenem Überfall starb der Regierungsdelegierte von Columbus. So sehe ich das Problem der uneingeschränkten Bewegungsfreiheit ... wir müssen die Wachsamkeit, die Selbstverteidigung und die Miliz verbessern, um den Schutz zu garantieren. (...)

Abkürzungen:

AMNLAE	Asociación de Mujeres Nicaragüenses Luisa Amanda Espinosa (Frauenorganisation)
ANDEN	Asociación Nacional de Educadores de Nicaragua (sandinistische Lehrergewerkschaft)
CDS	Comités de Defensa Sandinista (sandinistische Verteidigungskomitees)
CEPAD	Comité Evangélico pro Ayuda al Desarrollo (Evangelisches Komitee für Hilfe und Entwicklung)
CST	Central Sandinista de Trabajadores (sandinistische Arbeiterzentrale)
FETSALUD	Federación de Trabajadores de la Salud (Gesundheitsarbeiter)
UNAG	Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos (Nationalvereinigung der Ackerbauern und Viehzüchter)



Miskito-Kinder, August 1982.

Foto: Cordelia Dilg

COSTA RICA

Putschgerüchte, Regierungsumbildung und Vor-Wahlkampf

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE KRISE WIRKT SICH JETZT AUF DIE POLITISCHE LAGE AUS

Die Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Regierung um den Kurs der costaricanischen Politik führte im August zu einem Höhepunkt. Der Versuch Präsident Monges, in allen wichtigen Fragen einen Weg der Mitte zu gehen (besser: einen Weg des "sowohl - als auch": starke Anlehnung an die USA, aber offizielle Neutralität; Unterstützung Duartes in El Salvador, aber Förderung von Gesprächen mit der Opposition; IWF-geforderte Sparpolitik, aber Versuch der Entschärfung sozialer Härten etc.), stieß auf wachsenden Widerstand. Der Druck reaktionärer Kreise, die Politik in ihrem Sinne zu verändern, und die Putschgerüchte, die in diesem Zusammenhang auftauchten, führten Mitte August zu einer großen Regierungsumbildung.

Zum anderen hat der Vorwahlkampf in der Regierungspartei PLN^{*} zu einem Aderlaß der Regierung geführt. Vom einst von Monge stolz präsentierten Kabinett sind nach 2 1/2 Jahren Amtszeit außer ihm nur noch der 2. Vizepräsident und die Minister für Energie, Erziehung, Kultur, Gesundheit und Information im Amt.

Seit Monaten war vor allem Sicherheitsminister Angel Edmundo Solano Zielscheibe der Kritik der reaktionären Presse, der Opposition und der Unternehmerverbände. Seine gemäßigte Politik gegenüber Nicaragua, sein Vorgehen gegen die nicaraguanische Contra und die relativ fortschrittliche Einstellung gegenüber den sozialen Kämpfen im Inneren machten ihn zu einem "Linken" und die Regierung "kommunistisch unterwandert". Innerhalb und außerhalb der Regierung wurde die offizielle Neutralitätspolitik der Regierung Monge kritisiert und eine schärfere anti-sandinistische Politik gefordert. Die Handelskammer, deren Präsident einem reaktionären "Bürgerkomitee" vorsitzt, forderte am 31.7. die Regierung ultimativ zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Nicaragua, zur Entlassung von Solano und anderen Funktionären des Sicherheitsministeriums, zur Bestrafung von Streikführern und Landbesetzern und zur

^{*} Partido Liberación Nacional - Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale

verstärkten Annahme militärischer Hilfe auf. Innenminister Carro, nach der Entlassung Außenminister Volios Sprecher der reaktionären Kräfte innerhalb der Regierung, forderte sogar Monge selbst zum Rücktritt auf, wenn er keine entsprechende Neuorientierung seiner Politik vornehmen wolle.

Anfang August tauchten Putschgrüchte auf, und Solano versetzte die Guardia Civil in Alarmzustand (Obwohl Costa Rica keine reguläre Armee unterhält, sind solche Putschgrüchte nicht ganz neu. Auch während der Präsidentschaft von Monges Amtsvorgänger Carazo, der gegen Ende seiner Regierungszeit fast sämtliche Verbündete und seine große Popularität verloren hatte, tauchten Vermutungen über einen Staatsstreich auf.). Monge machte Solano in der Öffentlichkeit dafür lächerlich ("nur Angel Edmundo kann sowas glauben"), woraufhin der einen Rückzieher machte und die Mobilisierung mit dem Streik der Bananenarbeiter und der Situation an der Grenze in Verbindung brachte. Am 11. August forderte Monge seine gesamte Regierung zum Rücktritt auf - ein einmaliger Vorgang in der costaricanischen Geschichte. Neben 16 Ministern und Vizeministern und 18 Präsidenten staatlicher Institutionen mußten sämtliche Botschafter Costa Ricas zurücktreten (vermutlich, um "Kompensation" für gefeuerte Minister zu ermöglichen).

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE 1983

nach einem Bericht der UN-Wirtschaftskommission für lateinamerika

- Bruttoinlandsprodukt: + 0,8%
- Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: - 1,6% (= Niveau von 1973)
- Inflation: Dez. 1982 - Dez. 1983: 11% (Vorjahr: 82%)
- Handelsbilanz: - 36 Mio. US-Dollar (v.a. wegen Preisrückgang bei Kaffee und Fleisch)
- Reallohnentwicklung: - 6% (nach - 12% 1981 und - 20% 1982)
- Arbeitslosigkeit: 9%
- Auslandsverschuldung: 4,6 Mrd. US-Dollar (von den nach der Umschuldung relativ stark fließenden Krediten werden 91% für den Schuldendienst verwendet)

Der Regierungsumbildung fielen vor allem Solano und die ebenfalls gemäßigten Minister Berrocal (Präsidialamt) und Morales (Landwirtschaft) zum Opfer, auf der anderen Seite ihr Befürworter Carro und sein Vize Chacón, dessen direkte Verbindung zur ARDE seit längerem bekannt war. Die frei werdenden Stellen wurden fast durchgehend von Vertretern anderer Positionen eingenommen, als sie die bisherigen Amtsinhaber hatten.

Nachfolger Solanos wurde ein Unternehmer-Vertreter namens Benjamin Piza, der mit einer Ausbildung an Militärschulen der USA und dem beruflichen und politischen Hintergrund hoher Posten in Filialen von US-Unternehmen (u.a. PanAm und Standard Fruit) sowie der Mitbegründung der reaktionären paramilitärischen Organisation Movimiento Costa Rica Libre unzweifelhaft andere Positionen vertritt als Solano.

Neuer Landwirtschaftsminister wurde der ehemalige Präsident der Vereinigung der nationalen Bananenunternehmer, Carlos Rojas. Seine Ernennung wurde in Unternehmerkreisen mit Genugtuung aufgenommen. Zum "Ausgleich" wurden zwei Gemäßigte die neuen Chefs des Innenministeriums. Minister Enrique Obregón hatte sich bei Wahlen 1962 nach einem Austritt aus der PLN sogar als Kandidat einer linken Gruppierung (während des Verbots der kommunistischen Partei) um

die Präsidentschaft beworben. Sofort nach seiner Ernennung wurde er von rechten Kreisen vor allem dafür kritisiert, daß er während eines Prozesses in Costa Rica den Gründer der FSLN, Carlos Fonseca, verteidigt hatte. Aktuelle Äußerungen lassen jedoch nicht gerade auf fortbestehende "linke Neigungen" schließen. Wie er ein Gemäßigter dürfte sein Vize Rene Castro sein, der in der Studentenorganisation der PLN führend aktiv war. Zum neuen Minister des Präsidialamts wurde Danilo Jiménez Veiga, ein ehemaliger Arbeitsminister, der als Mann der "Mitte" gilt und kaum so engagiert in die Lösung sozialer Konflikte eingreifen wird, wie das Berrocal in Verhandlungen zuweilen tat. Eine weitere wichtige Maßnahme war die Verstärkung der Machtstellung des 2. Vizepräsidenten Armando Arauz. Dieser - ursprünglich als Sozialpolitiker ein Gegengewicht zum Unternehmer und 1. Vizepräsidenten Alberto Fajó - hat in der jüngsten Vergangenheit mehrfach durch scharfe Stellungnahmen gegen Nicaragua auf sich aufmerksam gemacht. Er führt jetzt mit dem Rat für Wirtschafts- und Sozialpolitik und dem Sicherheitsrat beide wichtige Kabinettsausschüsse.



"Wir sind unabhängig!!" (FMI = Internationaler Währungsfonds)

Insgesamt haben durch die Kabinettsumbildung die rechten Kräfte an Boden gewonnen. Dennoch ist abzusehen, daß sich Präsident Monge um eine Fortsetzung seiner Politik des sowohl - als auch bemühen will - wie auch die diplomatischen Schritte auf seiner Europareise zeigen. Ob seine arg angekratzte Autorität aber ausreicht, dem Drängen der verbündeten Reaktionen (USA, Opposition, Unternehmerverbände, Presse, Scharfmacher in der eigenen Regierung) Einhalt zu gebieten, ist fraglich, zumal diese Autorität mit dem bereits heftig tobenden Vorwahlkampf weiter unterminiert wird.

DIE WAHLEN VON 1986 WERFEN IHRE SCHATTEN VORAUS

Schon vor der Regierungsumbildung im August war die Regierung verschiedenen Aderlässen unterworfen. Nach der spektakulären Ablösung des Außenministers Volio, der die Neutralitätspolitik ablehnte und für eine aggressivere Politik gegen Nicaragua eintrat, sowie Wechsels im Planungs-, Finanz- und Justizministerium und anderen hohen politischen Ämtern hatte vor allem der beginnende Wahlkampf Folgen für die Regierungszusammensetzung.

Nach den Regeln costaricanischer Politik müssen Wahlkämpfer Staats- und Parteiämter niederlegen. Das gilt auch für den Vor-Wahlkampf, also für den Versuch, als Präsidentschaftskandidat nominiert zu werden. Alle drei Bewerber um die Kandidatur der PLN traten in kurzer Folge von ihren Ämtern zurück und setzten ein wahres Ämterkarussell in Bewegung. Es handelt sich um den 1. Vizepräsidenten Alberto Falt, den Zentralbankchef Carlos Manuel Castillo und den PLN-Generalsekretär Oscar Arias Sánchez.

MONGES EUROPAREISE

Von Ende Mai bis Ende Juni verließ Präsident Monge "sein" Land, um auf eine von ihm als "Wahrheitsmission" titulierte Reise durch 12 europäische Staaten zu gehen. Ziele: Stärkung des eigenen "neutralistischen" Standpunkts, finanzielle Unterstützung erlangen, um die vollständige Dominanz der USA ein klein wenig zu begrenzen.

Größter diplomatischer Erfolg war die Zustimmung der EG zum Vorschlag einer Mittelamerika-Außenministerkonferenz am 28./29. September in San José, an der neben den Staaten der Region die EG-Mitglieder, Spanien und Portugal und die Contadora-Länder teilnehmen sollen. (Es wird allerdings spekuliert, der Plan stamme ursprünglich von Genscher, um dem "Großen Bruder" seinen "Hinterhof" nicht vollständig zu überlassen, und entspreche dem neuerwachten Interesse der Regierung Kohl am Subkontinent.)

Bei seinen Unterredungen in den europäischen Hauptstädten schien die Position des jeweiligen Gesprächspartners für Monge relativ wichtig zu sein. So werden aus Spanien seine Betonung der Neutralität sowie des Nord-Süd-Konflikts gegenüber dem Ost-West-Konflikt und sogar Kritik an den USA vermeldet, während aus den Gesprächen mit Helmut Kohl u.a. die Feststellung resultierte, was für die Deutschen die Berliner Mauer sei, sei für die Ticos der Grenzfluß zu Nicaragua, der Rio San Juan.

Über weitere diplomatische Schritte auf seiner Reise - ein Gespräch mit Bayardo Arce von der Dirección Nacional der FSLN und die angebliche Vermittlung von Gesprächen zwischen Napoleón Duarte und Guillermo Ungo - ist erstmal nichts bekannt. Bezüglich des letzten Punkts ist allerdings Vorsicht angebracht, da sich der costaricanische Präsident bereits früher ohne Folgen mit den Federn eines Friedensbringers schmückte.

Den finanziellen Erfolg der Reise addiert der Latin America Regional Report auf "217 Mio. Dollar in der Tasche, 94 Mio. auf Abruf". Es handelt sich dabei im wesentlichen um projektgebundene Mittel, u.a. für Eisenbahn-Elektrifizierung, ländliche Entwicklung und Telekommunikation, außerdem um eine sechsmonatige 100 Mio. Dollar - Einlage 7 europäischer Staaten, um Liquiditätsprobleme zu lösen. Enttäuscht waren die Costaricaner von der BRD, wo ein erhofftes Abkommen zur Investitionsförderung an den Bedingungen der Ticos zur Registrierung von Direktinvestitionen scheiterte und ein Programm zur Förderung von Erziehung und Kultur in der Schublade blieb.

Zum Jahreswechsel war zunächst eine andere Kandidatur im Gespräch, die "Fórmula Mágica", zu der sich die populären Ex-Präsidenten Figueres und Oduber zusammenschlossen. In diese "magische Formel" wurde die Hoffnung gesetzt, entgegen den Rezepten des IWF an die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften von 35 Jahren PLN-dominierten Geschichte anzuknüpfen. Wäre diese Kandidatur durchgesetzt worden, wäre sowohl innerhalb der PLN als auch national die Wahl 1986 weitgehend entschieden gewesen, da das Prestige der beiden Ex-Präsidenten unangetastet ist. Die Gegner einer solchen Kandidatur im Parlament - Anhänger von Arias Sánchez, dessen Absichten seit langem bekannt sind, aber auch Anhänger Monges, dessen Regierung durch die "Fórmula Mágica" frühzeitig zu einer "lame duck"-Administration geworden wäre - hielten diesen Vorstoß jedoch an der entscheidenden Barriere auf: Am Wiederwahlverbot für Ex-Präsidenten. Anfang des Jahres wurde deutlich, daß es für die angestrebte Verfassungsänderung keine ausreichende Parlamentsmehrheit geben würde. Nachdem damit Arias' Nominierung gesichert schien, ließen dann die Ansprüche der beiden anderen Bewerber den Vor-Wahlkampf entbrennen.

DIE VOR-KANDIDATEN DER PLN

Der Unternehmer Falt propagiert auf wirtschaftlichem Gebiet eine weitgehende Öffnung gegenüber den Bedingungen und Möglichkeiten des Weltmarkts. Besonders hat er sich mit der Neuaufgabe des Plans herorgetan, eine Ölpipeline durch Costa Rica zu bauen, um durch den Transport von Alaska-Öl Devisen einzunehmen. Ökologische Bedenken und die fragwürdige Wirtschaftlichkeit des Projekts haben es aber erneut zum Scheitern gebracht. Im Verhältnis zu Nicaragua und bei sozialen Konflikten im Innern hat er jedoch einen vorsichtigeren Kurs gesteuert, etwa als Verhandlungspartner von Sergio Ramírez oder von Gewerkschaften. So bat ihn auch Präsident Monge, seinen Rücktritt zu verschieben, als er auf Europareise ging, um nicht dem 2. Vizepräsidenten Arauz die Amtsführung zu überlassen, der als Neutralitätsgegner hervorgetreten ist. Der Nachteil Falts für die Nominierung ist, daß er keine lange politische Geschichte in der PLN hat. Er versucht diesen Mangel durch ausgedehnte Reisen wettzumachen, auf denen er durch große Versprechungen und fragwürdige Methoden, wie z.B. die Verteilung von Lebensmitteln, Rückhalt in der Bevölkerung und vor allem bei den örtlichen PLN-Führern zu finden versucht.

Der zweite Kandidat, der zurückgetretene Zentralbankchef Castillo, ist als ausgesprochen konservativ zu kennzeichnen. Er versuchte bereits 1980 vergeblich, gegen Monge von der PLN für die Präsidentschaftskandidatur nominiert zu werden. Als Zentralbankchef hat er vor allem die IWF-geprägten Stabilitätsprogramme durchzusetzen versucht. Ihm werden als im Inland (d.h. vor allem bei der Wirtschaft) und Ausland geachteten Finanzexperten gute Aussichten zuerkannt, seine Popularität beim PLN-Fußvolk ist jedoch ungewiß.

Arias Sánchez war unter den Präsidenten Figueres und Oduber Anfang und Mitte der siebziger Jahre Chef der Planungsbehörde und schließlich als Nachfolger Monges Generalsekretär der PLN. Seine Präsidentschaftsambitionen sind seit langem bekannt. Der Intellektuelle Arias scheint sich gegen die zwei "Kandidaten der Wirtschaft" als der "soziale Kandidat" darstellen zu wollen. Seine Stellungnahmen zu den Fragen, die die Regierung Monge spalten, strotzen jedoch von schwammigen Formulierungen.

Bei dieser Vor-Kandidatur gibt es somit keinen Kandidaten der Linken in der PLN. Zu diesen wurden Oduber (Präsident 1974-1978) und erst recht Monge gezählt, der als Funktionär der lateinamerikani-

schen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung für den kleinen Arbeiterflügel der PLN stand und noch als Generalsekretär den übermächtigen Einfluß ökonomisch starker Gruppen in Staat und Partei kritisierte.

Daß der Vor-Wahlkampf schon zur Halbzeit der Legislaturperiode beginnt, liegt am Wiederwahlverbot der costaricanischen Verfassung, mit dem neue Kandidaten provoziert werden, sich möglichst früh zu profilieren, um einen vielleicht entscheidenden Startvorteil zu gewinnen. Über die Chancen der Vor-Kandidaten ist bislang jedoch kaum Definitives zu sagen. Die Auswahl des Präsidentschaftskandidaten der PLN trifft ein Parteitag im nächsten Jahr.

Der Vor-Wahlkampf hat sich auch in die Parlamentsfraktion der PLN eingeschlichen, in der sich - quer zu den sonstigen Gruppierungen - die Anhänger der einzelnen Vor-Kandidaten sammeln und die Entscheidungsbildung um ein weiteres Element "bereichern". Daß kohärente Politik dadurch noch weniger möglich ist als zuvor, verstärkt den Charakter der PLN als äußerst heterogene Partei, in der eine Vielzahl sozialer, Gruppen- und individueller Interessen ihren angemessenen Platz suchen. Da die PLN aber anscheinend immer weniger in der Lage ist, intern einen Konsens zu erzielen (was auf die veränderten wirtschaftlichen Bedingungen zurückgeführt werden kann, vgl. LN 115), ist ihre Stärke in Frage gestellt, gesellschaftliche Konflikte durch eine Politik der Verteilung und der Kompromisse zu entschärfen und zu kanalisieren, eine Stärke, die ihr die dominierende Stellung der letzten drei Jahrzehnte verschaffte. Die Auseinandersetzungen um die Präsidentschaftskandidatur und die Zeit danach könnten aufzeigen, ob es gelingt, etwa zur Sicherung gemeinsamer Macht zum PLN-Konsens zumindest nach außen hin zurückzukehren und die unterschiedlichen Interessen und Bestrebungen weiterhin organisatorisch zu integrieren. Mittelfristig entscheidend für die PLN dürfte jedoch sein, ob es gelingt, ein neues ökonomisches Modell durchzusetzen, das eine Wiedergewinnung der sozialen und politischen Stabilität ermöglicht.

POLITISCHE VERÄNDERUNGEN BEI DER OPPOSITION

Der aussichtsreichste Gegner des PLN-Kandidaten wird vermutlich Rafael Angel Calderón Fournier sein, der 1982 gegen Luis Alberto Monge unterlag. Er strebt die Kandidatur der Partido Unidad Social Cristiana (PUSC) an, in der sich die vier Parteien der Wahlkoalition Unidad von 1982 (P. Republicano Calderonista, P. Demócrata Cristiano, P. Renovación Democrática, P. Unión Popular) zusammengeschlossen haben. Dies wurde vor allem als Erfolg Calderóns gewertet, dem es gelang, als Parteipräsident der neuen Organisation seine politische Basis zu erweitern; ohne sein neoliberales Programm gegenüber den eher reformistischen Kräften der Unidad in Frage zu stellen.

Als Gegenkandidat von Calderón innerhalb der PUSC tritt der Parlamentsabgeordnete Oscar Aguilar Bulgarelli auf, der aus der ursprünglich vom damaligen PLN-Dissidenten und späteren Präsidenten Carazo gegründeten Partido Renovación Democrática stammt. Aguilar ist ein bekannter konservativer Sozialwissenschaftler, der die neoliberale Ausrichtung Calderóns als überzogen kritisiert und gegen den hierarchischen Aufbau der neuen Partei Stellung bezieht. Von der Bühne des Parlaments aus profiliert er sich außerdem als scharfer Kritiker der Regierung.

Wie die PLN ist auch die PUSC sozial und ideologisch heterogen; die neoliberale Programmatik wird durch populistische Traditionen und christlich-soziale Positionen "ergänzt". Der Zusammenhalt der neuen Partei ist bereits jetzt bedroht, setzt sie doch die Tradition der Parteien fort, die sich faktisch vor allem durch ihre Gegnerschaft zur PLN definierten. Die Lebensdauer der PUSC, von Calderón vor allem als sein Vehikel zur Erlangung der Präsidentschaft konzipiert, könnte daher (v.a. im Falle einer Wahlniederlage) schon bald beendet sein.

Die Linke, die mit der Parteienkoalition Pueblo Unido 1982 entgegen allen Erwartungen bescheiden abschnitt (3,3% für den Präsidentschaftskandidaten, 6,4% bei den Parlamentswahlen), steht vor einer neuen Situation. Mit der Spaltung der Partido Vanguardia Popular (PVP) ist auch die dritte und größte der Parteien des Linksbündnisses in eine sichtbare Krise geraten. Die anderen beiden, die Partido Socialista und das Movimiento Revolucionario del Pueblo, haben in Spaltungen und politischer Stagnation ihre Basis verloren und waren schon 1982 nur mehr politische Grüppchen, die von der PVP eher aus finanziellen Gründen "mitgenommen" wurden (Zahlung des staatlichen Wahlkampfvorschusses gemessen an der vorhergegangenen Wahl). Die beiden letztgenannten Parteien und der Flügel der Gebrüder Mora der PVP haben sich jetzt mit der Partido Radical Demócrata des ehemaligen Carazo-Ministers Echeverría Brealey und Einzelpersonen zur Acción Patriótica zusammengeschlossen und streben eine Wahlteilnahme an. Sie befürworten eine nationale Linke, die an den demokratischen Traditionen des Landes anknüpft. Die Mobilisierungskraft dieses neuen Zusammenschlusses scheint jedoch bescheiden zu sein.

Auf der anderen Seite konnte der PVP-Flügel um Humberto Vargas und Arnoldo Ferreto anscheinend den Hauptteil der gewerkschaftlich organisierten Massenbasis der Partei an sich binden. Er kooperiert mit der Organisation des Präsidentschaftskandidaten von Pueblo Unido von 1982, Rodrigo Gutiérrez, der Gruppe des ehemaligen sozialistischen Abgeordneten und Gewerkschafters Mario Devandas und dem Comité Patriótico Nacional, das in den letzten Monaten zu einer aktiven Kraft auf der Linken geworden ist und mit einer Vielzahl von Aktionen von sich reden gemacht hat.



Beiden Blöcken auf der Linken ist es jedoch bislang nicht gelungen, eine Massenbewegung aufzubauen. Zwar ist es im vergangenen Jahr zu einer Vielzahl sozialer Kämpfe gekommen (vgl. LN 122), sie blieben jedoch isoliert und wurden von der Regierungspolitik der Teilzugeständnisse einerseits und der Repression andererseits zumindest kurzfristig entschärft.

POLITISCHE PARTEIEN IN DER KRISE

Trotz der kritischen wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes wird im Moment ein Erfolg des PLN-Kandidaten für wahrscheinlich gehalten, was auf die politisch geschickte "Bewältigung" der Krise durch die gegenwärtige Regierung hindeutet, denn außer 1974 (als die Opposition gespalten war) siegte bei jeder Wahl seit dem Bürgerkrieg 1948 die jeweilige Opposition. Wie die Krise um die Regierungsumbildung und die Putschgerüchte zeigt, kann aber bis zum Wahltermin (Februar 1986) noch viel passieren.

Die Krise des ökonomischen und sozialen Modells Costa Ricas hat sich auf die politische Landschaft niedergeschlagen. Die Spaltungen in der Linken und die inneren Kämpfe in PLN und PUSC zeigen, daß die politischen Parteien als Hauptakteure des politischen Systems ebenfalls in eine Krise geraten sind. Die relative politische Stabilisierung im Regierungslager bleibt aufgrund der ihr zugrunde liegenden Maßnahme (Regierungsumbildung bei Beibehaltung der widersprüchlichen Konzeption) genauso gefährdet, wie die ökonomische und soziale, die ebenfalls auf prekäre Mittel zurückgeht (weitere Verschuldung; Repression und Teilzugeständnisse). Der Erhalt dieser begrenzten Stabilität hängt von vielen Faktoren ab, z.B. der wirtschaftlichen Lage, der Entwicklung der zentralamerikanischen Konflikte mit ihren politischen, ökonomischen und finanziellen Folgen für Costa Rica, das Fehlen einer massenwirksamen Alternative der Linken. Letztlich geht es aber um eine wirtschaftliche und soziale Neuordnung.

STREIKS

Nach sechs Wochen ging der Streik von knapp 3000 Arbeitern der Compania Bananera (Tochter der United Brands) zu Ende. Aufgrund polizeilicher Repression (2 Tote, mehrere Verletzte) und der Erschöpfung gewerkschaftlicher Finanzmittel brachen Ende August zunächst die Hälfte der Streikenden den Ausstand ab. Von der Regierung war dieser Streik an der Südpazifikküste - wie so oft - als kommunistische Unterwanderungsmethode denunziert worden. Die Compania Bananera hat sich verpflichtet, die Arbeiter wieder einzustellen; weitere Ergebnisse des Streiks sind unbekannt. Im Juli hatten die Lehrer 10 Tage lang gegen Preiserhöhungen und für die Zahlung des mit der Regierung vereinbarten, aber rückständigen Inflationsausgleichs gestreikt. Hier gab die Regierung weitgehend nach.

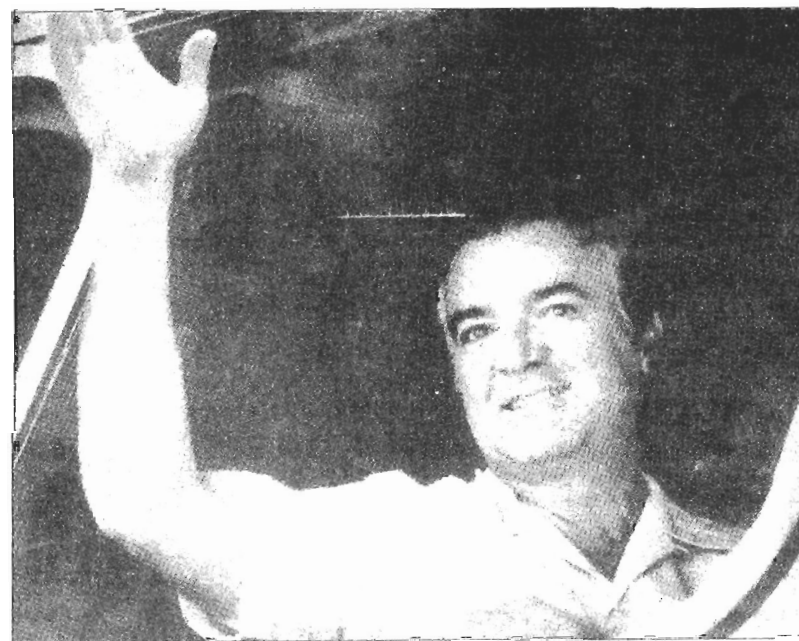
Mit dem beginnenden Wahlkampf wird es jedoch vermutlich erneut gelingen, die politische Leidenschaft eines Großteils der Wahlbevölkerung auf die Alternative PLN - PUSC zu lenken. Sicher gibt es auch in und zwischen diesen Parteien Unterschiede, die auch von großer Bedeutung sein können (z.B. im Verhältnis zu Nicaragua). Der Dauerwahlkampf, der über die Hälfte der Legislaturperiode in Anspruch nimmt, verhindert aber wohl eher Auseinandersetzungen über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung.

Quellen: Aportes, Inforpress Centroamericana, La Nación, Latin America Weekly Report, LA Regional Report

SCHULDEN (IV)

De la Madrid: Ein neuer Präsident, ein neues Programm und die alten Strukturen

Das erste Drittel der Regierungszeit von de la Madrid neigt sich dem Ende zu. Trotz aller Unkenrufe scheint sein Stabilisierungskurs bisher, zumindest in den Augen des IWF, erfolgreich zu sein. Nahezu widerspruchslös hat Mexico die Politik des IWF implementiert und durchgeführt. Als Dank dafür kam es vor wenigen Tagen zwischen Mexico und den Gläubigerbanken zu einem erneuten Übereinkommen. Mit der erneuten Streckung der Schuldenrückzahlung auf einen Zeitraum von 14 Jahren deutet sich womöglich eine Wende an. Durch diese Neuverteilung der Schulden wird die Position der Regierung innenpolitisch gestärkt, werden die Lasten der Schulden vermindert und die damit verbundenen ruinösen Entwicklungen verlangsamt.



Mexikos Staatspräsident Miguel de la Madrid muß alle Freundlichkeiten aufwenden, um die potentiellen Auslandsinvestoren wieder für sein Land zu interessieren.
ap-Funkfoto

Der massive Druck seitens der Kreditgeber wird so institutionalisiert und langfristig zu einem strukturellen Entwicklungshemmnis. Verschuldung und Umschuldungsmodalitäten bilden einen Entwicklungsrahmen, der nur eine begrenzte Entwicklung zuläßt. Die Qualitäten dieser Entwicklung, ihre Defizite und ihre Funktionen im Rahmen einer sich neu strukturierenden Weltwirtschaft verdienen deshalb besondere Beachtung.

Jenseits aller ökonomischen Mechanismen haben Verschuldung und Umschuldung eine soziale Komponente, die alles bisherige in den Schatten stellt. Statt Entwicklung erleben wir in vielen Ländern eine "nationale Verwahrlosung", eine Erodierung alter und neuer sozialer Strukturen. Diese "neue soziale Qualität", die durch die "Asozialisierung" der Schuldnerländer durch die reichen Nationen bedingt wird, bildet den Grund- und Eckstein für die Entwicklung von morgen.

Analog zur Aufarbeitung der polit-ökonomischen Situation wird in dieser und in den folgenden Nummern auch die defizitäre soziale Situation mitbeschrieben, die zu einem Wesensmerkmal der neuen Politik werden wird.

Im Mittelpunkt dieser Nummer stehen de la Madrid, sein Programm und seine Politik. Beispielhaft für einen Grundstein und dessen Qualität wird im zweiten Artikel auf die Wohnungssituation eingegangen.

DER PRÄSIDENT NUTZT SEINEN BONUS

Am 4. Juli 1982 fanden in Mexico die Wahlen für das Amt des Präsidenten der Republik und für die neu zu besetzenden Sitze in der Deputierten- und Senatorenkammer statt. Bei den Präsidentschaftswahlen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

KANDIDAT	PARTEI	STIMMEN	PROZENT
Lic. Miguel de la Madrid Hurtado	PRI	16.145.254	71,63
Pablo Emilio Madero	PAN	3.700.045	16,41
Arnoldo Martínez Verdugo	PSUM	821.995	3,65
Ignacio Gonzales Gollaz	PDM	433.886	1,93
Rosario Ibarra de Piedra	PRT	416.448	1,85
Candido Diaz Cerecedo	PST	342.005	1,52

Quelle: Comision Federal Electoral (Bundeswahlkommission)

Miguel Madrid war in der Finanz- und Verwaltungsbürokratie beschäftigt. Er verkörpert so etwas wie einen juristischen Technokraten. Er ist bekannt als pragmatischer und ruhiger, aber starker Verhandlungspartner. Sein Ansehen läßt sich auf seinen gekonnten Umgang mit den Details der Wirtschaftsplanung zurückführen. Er selbst stammt aus einer Mittelschichtfamilie im Staate Colima, wo sein Vater Rechtsanwalt war. Nach dem Jurastudium an der UNAM, das er 1957 mit einer Arbeit, "Über die wirtschaftlichen Überlegungen der mexikanischen Verfassung von 1857", abschloß, war er als Jurist bei einer Bank tätig, die ihn für ein Jahr nach Harvard sandte.

Danach begann sein allmählicher Aufstieg in der Finanzbürokratie, und über die Zusammenarbeit mit Jose Lopez Portillo ebnete sich für ihn langfristig der Weg an die Spitze. 1979 ernannte ihn Portillo zum Minister für Planung und Staatshaushalt. Madrid übte dort einen starken Einfluß auf die Entwicklungspläne aus. Ein großer Teil der ausufernden Anleihen und deren Vergabe in erfolglose Hände gingen so durch seine Hand. Seinem Ansehen hat das keinen Abbruch getan. Er sagt von sich selbst: "Ich bin ein überzeugter Optimist."

Nach seinem Wahlsieg trat Madrid am 1. Dezember 1982 sein Amt als 24. Präsident von Mexico seit der mexikanischen Revolution von 1910 an. Die Wahlen im Juli wiesen die höchste Wahlbeteiligung in der Geschichte des Landes auf. 73%

der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.

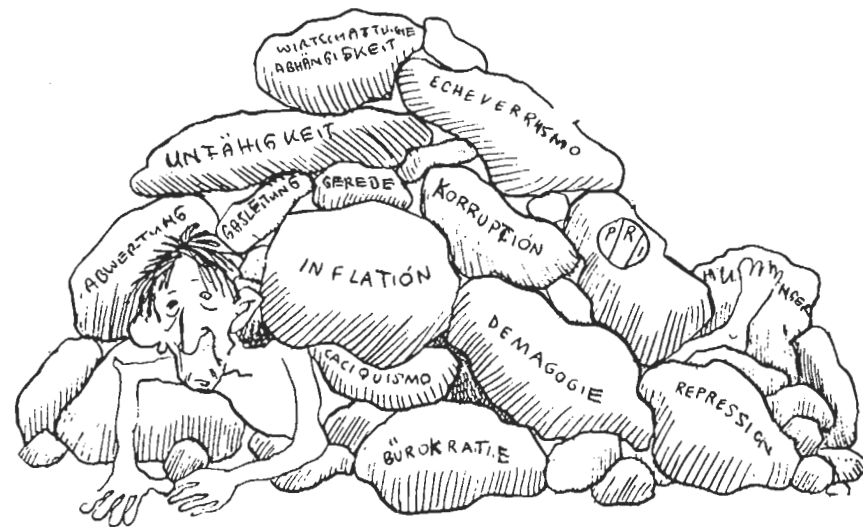
Schon auf seinen Wahlkampfreisen hatte Madrid dem Volke die Zusagen gegeben, im Sinne des "revolutionären Nationalismus" fortzuwirken, eine integrale Demokratisierung durchzuführen, die Dezentralisierung des öffentlichen Lebens voranzutreiben und Entwicklung, Beschäftigung, Bekämpfung der Inflation und demokratische Planung als wichtigste Ziele zu betrachten. Der Economist schrieb über ihn: "Der Präsident ist ein bescheidener Mensch, klein, ruhig, grau und keineswegs feurig. Die übertriebene revolutionäre Rhetorik der mexikanischen Revolution mit den Slogans, Fahnen und Massenveranstaltungen passen nur schlecht zu ihm. Doch nichtsestoweniger, die Phrasen des revolutionären Elans, die Mexico beherrschen und die die Institutionalisierte Revolutionäre Partei seit 50 Jahren an der Macht halten, gehen auch ihm leicht über die Lippen. Sie sind ein wichtiger Teil seiner Arbeit. Und der Präsident, in der Tiefe seines Herzens ein Technokrat, kennt die Werkzeuge seines Geschäfts."

Als Madrid am 1.12.82 die Regierung übernahm, stand er vor einem Chaos, der Peso

war gegenüber dem Dollar um 80% abgewertet, und die mexikanischen Banken waren verstaatlicht worden, ebenso ein großer Teil der Industrie. Millionen von Mexikanern hatten ihren Arbeitsplatz verloren. Die Inflation selbst lag über 100%. Eine Situation, die in vielen anderen Ländern massive interne politische Probleme verursacht hätte.

In seiner Eröffnungsrede beschrieb er ein Zehn-Punkte Programm (PIRE), mit welchem die Krise bekämpft und überwunden werden sollte. Einige Punkte aus diesem Programm zur sofortigen wirtschaftlichen Neuordnung lauten, Senkung der öffentlichen Staatsausgaben, Erhaltung der Arbeitsplätze, Fortsetzung begonnener Arbeiten Verbesserung der Bürokratie und effizienterer Einsatz der öffentlichen Ausgaben, Anstöße zur Ausweitung der Produktion, Import und Verteilung von Grundnahrungsmitteln, Erhöhung der Einkommen des öffentlichen Sektors durch eine Steuerreform, höhere Preise für öffentliche Güter und Dienstleistungen, Kredite wirksam kanalisieren, Verbesserungen im Bereich des Außenhandels, Neuordnung der öffentlichen Verwaltung und schließlich die Beibehaltung der gemischten Ökonomie.

Der Präsident erklärte sich auch mit dem dreijährigen Stabilisierungsprogramm des IWF einverstanden, das Ende 1982 in der endgültigen Abfassung vorlag. Die wesentlichen Merkmale dieses Programms sind:



VERTRAUENS SCHWUND

- Die Senkung der öffentlichen Ausgaben von 17% auf 8,5% 1983.
- Die Senkung der Verschuldung des öffentlichen Sektors gegenüber ausländischen Privatbanken. Für 1983 wurde eine obere Verschuldungsgrenze von 5 Mrd. \$ festgesetzt.
- Die Forderung nach einer zurückhaltenden Geld- und Lohnpolitik, von der man sich positive Auswirkungen für die Inflation, die Senkung der öffentlichen Ausgaben und der Auslandsverschuldung verspricht.
- Die Löhne sollen höchstens den Inflationsverlust ausgleichen.

Diese und andere Maßnahmen werden vom IWF als Grundlage für ein starkes und anhaltendes Wirtschaftswachstum angesehen.

Die Regierung will einerseits zu einer Wiederherstellung des Landes gelangen und dabei gleichzeitig auch den erforderlichen strukturellen Wandel mitvollziehen.

Die Erklärung der Regierung für die Ursache der Krise läßt sich in zwei Abschnitte teilen.

a) Interne Faktoren:

Die exzessive Ausweitung des öffentlichen Haushalts und der privaten Ausgaben, die die Inflation, das steuerliche Defizit und das externe Ungleichgewicht begünstigen; die Überbewertung des Peso gegenüber dem Dollar verstärkte das Ungleichgewicht und führte schließlich in die Hyperinflation.

b) Externe Faktoren:

Der internationale Preiserutsch des Erdöls Mitte 1981 mit seinen Auswirkungen auf die Höhe der Einnahmen für Exporte. Die hohen Kreditzinsen auf den internationalen Märkten, mit ihren Auswirkungen auf die Schuldentilgungsfähigkeit.

Das alles führte 1982, nachdem der internationale Kreditmarkt seine Kredite reduzierte, zur großen Krise.

Diese vereinfachten Erklärungen tauchen in den offiziellen Wirtschaftsdokumenten immer wieder auf. Daraus folgt für die Herrschenden und ihre Ideologie, daß die Übel fiskalisches Defizit, Hyperinflation und externes Ungleichgewicht heißen.

Folgende politische Maßnahmen werden deshalb von der Regierung ergriffen:

1. Eine Strategie der allgemeinen wirtschaftlichen Gesundung und der schnellen Steigerung der Regierungseinnahmen mittels indirekter Steuern, der Anhebung der Preise und Tarife des öffentlichen Haushalts, um die Inflation und die Ausgaben zu senken. Diese Politik wird kombiniert mit einer orthodoxen monetaristischen Politik der hohen Zinsen, um auf diese Weise die internen Ersparnisse zu steigern.
2. Ein Festhalten an der Wachstumspolitik, welche den Peso gegenüber dem Dollar unterbewertet, um die Handelsbilanz zu verbessern und das Fluchtkapital wie der anzuziehen. Auf diese Weise werden günstige Bedingungen auf dem Geld- und Gütermarkt geschaffen, ganz zu schweigen von den großen Wechselkurspekulationen, die aus der Wechselkursabwertung resultieren. Zum anderen wirkt die große Abwertung des Peso abschwächend auf weitere Abwertungserwartungen und stabilisiert so den Geldmarkt.
3. Eine eiserne Lohnkontrolle mit überwachten Verhandlungen, weit unter dem Inflationskurs des vergangenen Jahres und der für das entsprechende Jahr vorhergesagten. Die Verhandlungen für den Mindestlohn wurden 1982 bei einer Inflation von 100% auf 25% festgelegt. Und für 1983, wo man mit einer Inflation von 50% rechnete (tatsächlich lag sie nur knapp unter 100%), auf 10-12%.

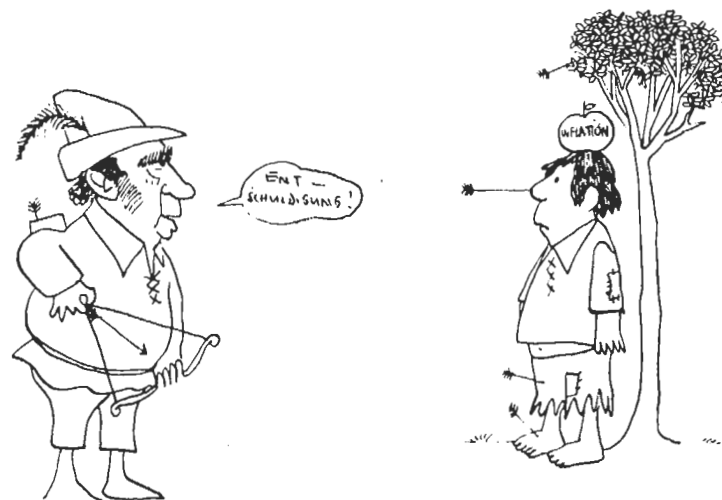
Das sind die drei grundlegenden Elemente, mit denen das Ungleichgewicht bekämpft werden sollte. Gleichzeitig hat diese Politik auch das Ziel, die gesetzten Kontrollen wieder aufzuheben, d.h. Beseitigung der Wechselkurs- und Preiskontrollen und langfristig sollen auch die Importbeschränkungen wegfallen.

Madrid hat von Anfang an den Kurs des IWF mitgetragen, statt sich des revolutionären Nationalismus zu bedienen. Zur Verwirklichung und Umsetzung der IWF-Politik bildete Madrid in seinem Kabinett eine technokratische Sondergruppe, die für Bank- und Finanzierungsfragen zuständig ist. Ein besonderes Ziel dieser Gruppe ist, bei den bestehenden hohen Zinsen die Verschuldung nicht weiter ansteigen zu lassen. Madrids überraschender Anfangserfolg bei nur geringen politischen Kosten beruht unter anderem auf der Tatsache, daß die neue Regierung massive Kritik an der vorausgegangenen übte und sie für alle Probleme und Übel verantwortlich machte. Lopez Portillo, der sich inzwischen in seinem selbstgewählten Exil in Rom niedergelassen hat, wurde zum Sündenbock par excellence. Selbst die Linken, die ihm wegen der Verstaatlichung der Banken zugejubelt hatten, lehnten ihn wegen seiner Korruption ab. Die Unternehmer, die in seinen ersten Amtsjahren prosperierten, warfen ihm Schwäche und Falschheit in seinen letzten Tagen vor. Die Arbeiter selbst fühlten sich von ihm betrogen.

Madrid, der Portillo eigentlich für seine Ernennung hätte dankbar sein müssen, zeigte sein Unbehagen ihm gegenüber auch dadurch, daß er in seinem Kabinett gerade diejenigen Politiker aufnahm, die am stärksten gegen die Verstaatlichung der Banken und die Wechselkurskontrollen gekämpft hatten. Viele der Mitarbeiter von Portillo wurden auf Botschafterposten versetzt.

Wenn es zutrifft, daß die Krise der Normalzustand ist, dann wird das Ende von Madrid wohl auch nicht rühmlicher werden. Vier Jahre bleiben ihm noch, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen (siehe Tabelle). Das Konzept Madrids unterscheidet sich nicht viel von dem seines Vorgängers. Wie bei Portillo ist es das Ziel von Madrid, in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit die Krise zu sanieren, in den folgenden beiden Jahren zu einem Wachstum zu kommen und so schließlich wieder auf den Pfad des gesunden Wachstums zu gehen. Die Prognosen sind, wie die Tabelle zeigt, sehr positiv. Die Ökonometristen, die dogmatischen Wirtschaftsfetischisten und die Anhänger des neoliberalen Kurses kommen zu günstigen Ergebnissen. Wie weit diese Prognosen überhaupt realistisch sind, oder wie sie noch gesehen werden müssen, zeigt der weitere Text. Denn Verschuldung, Krise und Umschuldung haben auch noch andere Gesichter, als die, die die Ökonomen dauernd zitieren.

Pläne und Worte haben in Mexico schon immer einen hohen Stellenwert gehabt. Die



ABER DER NÄCHSTE TRIFFT

Projektionen für die mexikanische Wirtschaft von 1983-1990 unter Verwendung von Durchschnittswerten beim öffentlichen Defizit und der externen Verschuldung und bei Berücksichtigung der restriktiven Lohnpolitik in den Jahren 1983-84

	1983	1984	1985	1986	1987	1990
1.Bruttoinlandsprodukt*	-6,5	3,7	5,7	6,9	4,6	3,7
2.Privatkonsum*	-7,3	0,5	3,3	7,8	5,7	4,5
3.Öffentl. Konsum*	-8,0	3,0	4,2	4,2	0,0	0,0
4.Privatinvestition u. Hausbau*	-13,5	-2,3	7,6	7,1	17,5	7,4
5.Öffentliche Investitionen*	-30,0	8,0	9,0	9,0	7,0	3,5
6.Nicht-Öl Exporte*	2,7	8,7	3,6	3,0	2,7	3,6
7.Import von Gütern und Dienstleistungen*	-31,2	-10,9	7,5	11,2	15,8	2,6
8.Laufende Zahlungsbilanz (% des BIP)	1,4	2,3	1,6	0,6	-1,5	-1,5
9.Finanzdefizit des öffentl. Sektors(")	8,5	5,5	3,5	3,5	2,5	0,6
10.Freier Wechselkurs (Pesos für Dollar)	148,9	192,8	291,4	428,1	629,3	1998,96
11.Preise für den Konsumenten*	93,0	59,1	59,6	55,2	55,3	53,7
12.Reallohne (Index 1982=100)	80,6	80,7	82,0	84,7	86,2	90,4
13.Informelle städtische Beschäft.(% der Gesamtbeschäftigung)	9,8	9,9	10,0	10,2	10,1	10,1
14.Rate der offenen Arbeitslosigkeit (als % der Arbeitskräfte)	13,8	15,1	15,4	15,1	14,9	16,4

* jährliche Veränderung in %

Quelle: CIDE, Economia Mexicana, Num.5 1983, S.17

Kaltschnäuzigkeit mit der hier Politik gemacht wird, zeigen vor allem die Reden zur Lage der Nation. Deutlich wird dies beispielsweise auch wenn man sich die Forderungen und Ziele, die im Plan Nacional de Desarrollo für 1983-1988 formuliert wurden, wenn man sie sich einmal auf dem Hintergrund der realen Situation vergegenwärtigt.

Bei Madrid werden vier Ziele formuliert:

- Erhaltung und Stärkung der demokratischen Einrichtungen des Landes,
 - Überwindung der Krise,
 - Rückkehr zum Wachstum
 - und struktureller Wandel in den Bereichen Wirtschaft Politik und Soziales.
- Mittel- und langfristig sollen eine bessere Verteilung der Einkommen, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die Diversifizierung des Exports und die Substitution von Importen, die Selbstversorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln, die Dezentralisierung usw. angestrebt werden.

An Zielen hat es der mexikanischen Politik nie gefehlt.

Quellen:

Correo Mexicano, Juli 1982; Time, 20.12. 1982; Economist, 20.8. 1983; Foreign Economic Trends, Oktober 1983; CIDE, Economia Mexicana, Num. 5, 1983;

EINE KRISE, DIE DIE MENSCHEN IN ALLEN LEBENSLAGEN TRIFFT

Das Austeritätsprogramm der Regierung trifft das ganze Land mit voller Härte und läßt so die bestehenden Defizite noch offenkundiger werden. Die Campesinos, Kleinbauern und Indios im Süden geraten so in eine immer stärker werdende Marginalisierung und Verelendung. Für viele bleibt als einzige Möglichkeit des Überlebens und des Anschlusses an die Entwicklung nur die Abwanderung in die Stadt.

Während man eher geneigt wäre, einen Nahrungsmangel in der Stadt zu erwarten, zeigt sich jedoch, daß gerade die Nahrungsmittelversorgung in den Städten weitaus besser ist als auf dem Land. In vielen Regionen des Landes herrscht ein extremer Nahrungsmittelmangel. Die Campesinos, die zur Gruppe derer zählen, die am meisten unter diesen Mängeln leiden, stellen somit auch das große Heer derer, die in die Städte abwandern.

Auf dem Land können sie kaum Anteil an den Errungenschaften der Gesellschaft nehmen. Es fehlen Möglichkeiten für den Schulbesuch, entweder weil es keine gibt, oder weil die Kinder schon von Kindheit an für die Arbeit benötigt werden. Was die medizinische Versorgung betrifft, fehlen ebenfalls die Möglichkeiten diese wahrzunehmen, entweder aus Kostengründen, Zeitmangel oder der Entfernung wegen. Man hat sich daran gewöhnt, von der Wohnungsproblematik der Städte zu sprechen, übersieht dabei aber völlig, daß die Situation auf dem Land noch katastrophaler ist. So besitzen die meisten Campesinos keinerlei ausreichende Wohnmöglichkeiten.

Untersuchungen bis 1970 zeigen, daß auf dem Land 41,4% der Familien ohne Wohnung waren. In den städtischen Regionen waren es sogar 58,6%. Während im urbanen Bereich das Problem vorwiegend darin besteht, keinen Boden zu besitzen, sind die zentralen Probleme auf dem Land die unangemessenen Wohnbedingungen und der Mangel an entsprechenden Materialien und der notwendigen Ausstattung. Hinzu kommen noch die ungesunden Bedingungen. Insgesamt kann man somit bei einem Wohnungsfehlbestand 1980 von 12 Mio. von einer drastischen Wohnungsnot sprechen.

Die negativen Wachstumsraten in diesem Sektor verschärfen die Situation weiter. So müssen immer mehr Menschen auf immer engeren Raum zusammenleben. Die stark gestiegenen Baukosten und die hohen Zinsen haben den Traum von der eigenen Wohnung begraben. Die Baukosten waren in Mexico Stadt im September 1983 achtzehnmal höher, bezogen auf die realen Preise, als 1973. International zählt Mexico zu den Ländern, in denen das Grundbedürfnis des Wohnens nur mangelhaft erfüllt ist. Nicht nur bezogen auf das Wohnniveau, sondern auch auf die Zahl von Menschen pro Wohnung. Von den 39 Ländern die in einer Untersuchung betrachtet wurden, kamen nur Nigeria und Pakistan auf mehr Personen pro Wohnung. So entfällt in Mexico Stadt auf einen Einwohner nur ein halber qm Wohnfläche. Die UN empfiehlt dagegen für

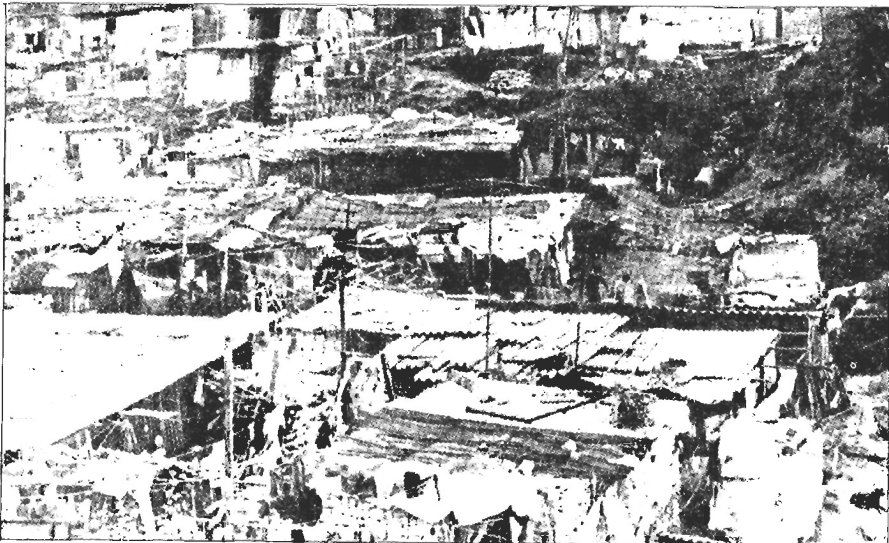
menschewürdiges Wohnen eine Fläche von 12,5 qm. Mexico besitzt somit in Lateinamerika die höchste Wohndichte bezogen auf die einzelnen Wohnungen. Ein hohes Wohnungsdefizit herrscht auch in den Regionen Baja California Norte, Baja California Sur, Nayarit und Sonora. Dort liegt der Wohnungsmangel über 65 %, bedingt vor allem durch die Wohndichte und die zunehmende Verschlechterung der Situation der einzelnen Familien ohne Wohnung. Regionen wie Campeche, Morales, Quintana Roo, Oaxaca, Tamaulipas, Veracruz und Yucatan weisen ein Defizit von mehr als 80 % aus.

Die wirtschaftliche Situation, die restriktive Finanzpolitik, die Preissteigerungen, die hohen Arbeitslosenraten und der Reallohnverfall verschärfen die Wohnungskrise weiter. Sie tragen dazu bei, daß die Konzentration von Wohneigentum in der Hand einiger weniger weiter zunimmt. Diejenigen, die kapitalkräftig genug sind, die angestiegenen Bau-, Material-, Grundstückskosten und Steuern zu tragen, können den Vorteil der billigen Arbeitskräfte für sich nutzen. Das Fehlen einer entsprechenden Wohnungsgesetzgebung hat die Mieten in den letzten eineinhalb Jahren ins Uferlose ansteigen lassen. Mieterhöhungen von 300, 500 und sogar 900 % sind keine Seltenheit. Und das alles bei einem Lohnzuwachs von nur 40 %.

In einer Untersuchung in Nezahualcoyotl (Das größte Elendsviertel 3 Mio. Einw. in Lateinamerika, im Nordosten von Mexico Stadt gelegen, auf einem ehemaligen Salzsee, der jede Vegetation verkümmern läßt; Ende der vierziger Jahre kamen die ersten Siedler, heute sind es monatlich 15 000; über die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 14 Jahre.) wird die Bedeutung der Wohnung für die Familie, für die Erziehung der Kinder und für ein menschenwürdiges Leben herausgearbeitet. Die Mehrzahl der Bewohner in diesem Slum, 81 % hat nur eine Wohnung mit einem oder zwei Zimmer. 61 % der Familien müssen das Wasser von einem Brunnen holen.

Nur 78 % haben eine Toilette und nur 19 % sind an ein Abwassernetz angeschlossen. 68 % der Familien umfassen mehr als fünf Personen, d.h. meist müssen mehr als zwei Personen in einem Bett schlafen, abgesehen von den Eltern. 49 % haben überhaupt kein Bett. Das enge Zusammenleben in den Familien erhöht das Auftreten von Krankheiten, begünstigt sexuelle Promiskuität und führt zu psychischen Problemen. Diese Bedingungen belasten die Sozialisation und Entwicklung der Kinder in erheblichem Maße.

Die ökonomischen Bedingungen erhöhen somit die Konfliktrichtigkeit des Zusammenlebens. Sie erzwingen eine Situation in der das Anormale zum Normalen wird. Die Kinder erfahren überhaupt keine oder nur ein Minimum an Erziehung und wachsen



in einem verwerlosungsträchtigen Milieu auf. Ein Familienleben in unserem Sinne ist nur schwer möglich.

Die Frauen tragen die Verantwortung für die Wohnung und die Kinder und unterstehen dem Mann. Die Rollen sind klar aufgeteilt und lassen keinen Freiraum zu, zumindest nicht der Frau. Der Mann ist für das Geld zuständig und beherrscht damit auch die Frau, sowohl im existentiellen als auch im sexuellen Bereich. Das Bild des Mannes als Chef des Hauses, der Familie, der Gesellschaft und des Himmels - der christliche Gott im Himmel und der Papst auf Erden - wird so immer wieder tief in den Kindern verankert.

Damit verbunden ist eine massive Unterdrückung der Frau in den unteren Schichten der Gesellschaft. Diese wird durch die höhere Leidensfähigkeit und Religiosität der Frau und den gesellschaftlichen Druck, der ihr kaum Ausweichmöglichkeiten läßt komprimiert und wie eine Art Erbsünde, die über die Erziehung tradiert wurde, ertragen. Das große Vorbild ist die "Virgen de Guadalupe" (Der größte Marienwallfahrtsort Lateinamerikas, im nördlichen Teil von Mexico Stadt gelegen. Die Erzählung besagt, daß an diesem Ort Maria mehrmals dem Indio Juan Diego 1531 erschien. Die Kunde von dieser Erscheinung löste im ganzen Land eine Christianisierungswelle aus. Bereits vor der Ankunft der Spanier verehrten die Indios hier die Mutter der Götter.). Die Jungfrau Maria hat gottergeben all die Schmerzen ertragen, die sie durch ihren Sohn Jesus von dessen Geburt an bis zu seinem Tod am Kreuz erfuhr.

Untersuchungen in den Slums von Lima haben gezeigt, daß Männer mit ihren wirtschaftlichen Problemen viel schlechter fertig werden und wegen Arbeitslosigkeit und Alkoholismus oft die Familie verlassen oder ihr zur Last fallen. In diesen Fällen übernehmen die Frauen auch noch die Rolle des Mannes.

Die Ausprägungen des Machismo und die intensive Verehrung der Virgen de Guadalupe lassen sich auf diesem Hintergrund verstehen. Aber auch das weitgehend fehlende Solidaritätsbewußtsein. Die Defizite der Sozialisation und die Normalität des Anormalen prägen das gesellschaftliche Verhalten. Das eigene Weltbild, der eigene Anspruch an die Gesellschaft, die eigenen Ziele und die Vorstellungen darüber, wie die Realität ist, entstammen der eigenen sozialen Umgebung.

Nezahualcoyotl das größte Slum der Welt ist nur eines der vielen Beispiele für die Auswirkungen der Industrialisierung. Dieser Prozeß hat ein marginalisiertes Massenpotential hervorgebracht, dessen Angebot weit jenseits der Nachfrage liegt. Auf diese Weise wird innerhalb des Systems eine optimale Akkumulation gewährleistet. Die geringen Löhne decken nicht die realen Kosten der Lebenshaltung, der Reproduktion und der Alterssicherung. Die ganze Familie wird so, passiv durch die Not und aktiv durch die Arbeit, dem Akkumulationsprozeß unterworfen. Frauen verdienen sich vielfach in Haushaltungen, die Männer nehmen jede Tätigkeit und Entlohnung hin, um nur nicht immer arbeitslos zu sein. Und die Kinder werden, sobald sie 4-5 Jahre alt sind, sich selbst überlassen und zum Anschaffen weggeschickt. Sie verkaufen dann Chiclets, Zeitungen, putzen Schuhe, waschen Autos oder betteln einfach.

Es ist sehr schwer glaubwürdige Angaben über die Arbeitslosensituation in Mexico zu erhalten. Nach Wharton Diemex lag die offene Arbeitslosenrate 1983 bei 13%. Die Unterbeschäftigung (Beschäftigung ohne feste und mit völlig unterbezahlter Arbeit) wird auf 25 % geschätzt und muß zur offenen Rate ergänzt werden. Das Fehlen einer Arbeitslosenversicherung, das seit 1982 anhaltende negative Wachstum und der jährliche Zuwachs von 800 000 - 1 Mio. Arbeitskräften lassen sich langfristig mit einer Austeritätspolitik nicht in den Griff bekommen. Die Krise und das Sanierungsprogramm wirken sich auf alle Bereiche des Lebens, von der Familie, über die Politik bis zur Kultur aus. Diese Politik vereinzelt den Menschen, sie schafft ein individualisiertes Problembewußtsein, das keine Massen in Bewegung setzt, sondern sich über die Familie und anderen Lebensbewältigungsmechanismen kanalisiert und absorbiert.

Quellen:

UNO MAS UNO ; Por Esto Nr. 87, 1983 ; Banamex, Indicadores Seleccionadas 1983 ; der Überblick, 3/81 ; Estudio Exploratorio de las Familias Participantes en el Programa Nezahualpilli, 1982 ; Wharton Econometric Forecasting Associates 24.11. 1983.

Für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika

Gegen Intervention, Hunger, Folter und Mord

AUFRUF ZUR GROSSDEMONSTRATION AM 3. NOVEMBER 1984 IN BONN

Im Herbst 1984 wird sich die Situation in Mittelamerika dramatisch zuspitzen: Mitten im unerklärten Krieg finden am 4. November in Nicaragua Wahlen statt, die Bestandteil des seit 1979 eingeleiteten demokratischen und revolutionären Prozesses sind.

Gleichzeitig führen diese Wahlen - gerade zu diesem Zeitpunkt - die Argumente der US-Regierung für ihre fortgesetzte Intervention ad absurdum. Deshalb werden die USA mit allen Mitteln versuchen, dies zu verhindern. Wir befürchten darüberhinaus, daß nach den Präsidentschaftswahlen in den USA die relative Zurückhaltung während des US-Wahlkampfes dann aufgegeben wird und die direkte militärische Intervention in Mittelamerika droht.

In dieser Situation rufen wir alle Menschen in der Bundesrepublik auf, mit einer Großaktion am 03. 11. in Bonn ihren Protest und Widerstand gegen die US-amerikanische Kriegspolitik und ihre Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas zu demonstrieren.

Wir demonstrieren für Frieden in Mittelamerika

Frieden ist für uns überall auf der Welt mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden erfordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In Nicaragua wurden in den vergangenen 5 Jahren trotz vieler Schwierigkeiten und Einschränkungen wichtige Ansätze in dieser Richtung gemacht:

- * Der Aufbau eines neuen Gesundheitswesens für die breite Bevölkerung
- * Die Durchführung der Agrarreform mit der Landverteilung an die Campesinos und der Bildung von Kooperativen
- * Die Alphabetisierungskampagne und die folgenden Programme in der Erwachsenenbildung
- * Die direkte Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen, einschließlich der Abhaltung der Wahlen

Ein solcher Friede ist durch die zunehmende Bereitschaft der USA und anderer NATO-Länder, auch durch militärische Mittel ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen, gefährdet! Dies wird deutlich mit der Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns und der Entwicklung neuer Kriegsführungsstrategien (Airland Battle) sowie Aggressionen gegen Völker der Dritten Welt wie im Südlichen Afrika, im Nahen Osten und ganz besonders in Mittelamerika:

- * Die Contras können ihren Krieg gegen das nicaraguanische Volk nur mit finanzieller und logistischer Unterstützung der USA führen
- * Die Verminung nicaraguanischer Häfen durch den CIA ist der bisherige Höhepunkt der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Intervention in Nicaragua
- * Die USA haben Honduras zu einem amerikanischen Militärstützpunkt ausgebaut und bedrohen die Region mit ständig von dort ausgehenden Manövern
- * Im Oktober letzten Jahres bereiteten die US-Marines dem eigenständigen Entwicklungsprozeß auf Grenada ein Ende

- * In El Salvador wird von nordamerikanischen Flugzeugen aus die Zivilbevölkerung bombardiert
- * Die US-Unterstützung für die brutalen Regimes in Guatemala und El Salvador hält unvermindert an

Unter dem Vorwand des Ost-West-Konfliktes führen die USA auf allen Ebenen einen getarnten, aber doch kaum noch verdeckten Krieg gegen die Völker Mittelamerikas.

Dieser Krieg wird mit Hilfe der CIA, der US-Botschaften, bezahlter Söldner und hunderter US-Offiziere organisiert. Die US-Regierung orientiert, wie im Kissingerplan vorgesehen, unverhohlen auf eine militärische Lösung der Konflikte, anstatt bestehende Vorschläge der Befreiungsbewegungen zu politischen Lösungen zu verfolgen. Selbst die Vermittlungsbemühungen der Contadora-Gruppe werden von den USA torpediert.

Die Bundesregierung hält diese Politik der USA für legitim und notwendig und unterstützt sie daher als NATO-Partner Nr. 1 politisch-diplomatisch und wirtschaftlich.

Bestes Beispiel dafür ist, daß sie die seit langem zugesagte Entwicklungshilfe für Nicaragua in Höhe von 40 Millionen nicht auszahlt, jedoch die Neuaufnahme bundesdeutscher Entwicklungshilfe an El Salvador in Höhe von 50 Millionen im Juli 1984 beschlossen wurde. Zusätzlich entsandte die BRD einen neuen Botschafter nach El Salvador.

Eine solche Politik sichert nicht den Frieden sondern trägt zur Verschärfung des Krieges bei. Als Gruppen der Friedens- und Solidaritätsbewegung können wir eine internationale Ordnung, in der Friede nur Friedhofsruhe und Freiheit nur die Handlungsfreiheit der Reichen ist, nicht akzeptieren.

Deshalb kann Frieden in Mittelamerika für uns nur heißen: Wahrung der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, soziale Gerechtigkeit, Agrarreform, Alphabetisierung, Umstrukturierung der Wirtschaft, Entmachtung der herrschenden Diktaturen und direkte Beteiligung der Bevölkerung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Für diesen Prozeß steht die sandinistische Revolution in Nicaragua, die Befreiungsbewegungen FMLN-FDR in El Salvador und URNG in Guatemala.

Konkrete Solidarität ist möglich und notwendig

In Mittelamerika helfen zum Beispiel über 12.000 Anhänger der US-Friedensbewegung durch ihre persönliche Anwesenheit, hunderte Solidaritätskomitees in der BRD organisieren finanzielle Unterstützung und klären über die Lage in Mittelamerika und die Politik hier auf; über Partnerschaften, z.B. zwischen deutschen und nicaraguanischen Städten, Betrieben und Gewerkschaften kann weitere finanzielle und ideelle Unterstützung geleistet werden.

Mit unserer Großaktion am 3. November fordern wir:

- * Den Abzug aller US-Militär aus Mittelamerika
- * Die Einstellung jeglicher Aggression gegen Nicaragua
- * Die Einstellung der kriegerischen Aktionen gegen die Bevölkerung El Salvadors und Guatemalas
- * Die Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die augenblicklichen Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras
- * Die Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Regierung von Nicaragua durch die Bundesregierung.

NO PASARAN! Sie werden nicht durchkommen!

REZENSIONEN

WELT AKTUELL '85 - das andere Jahrbuch, rororo-aktuell 5257, Reinbek, Sept. 1984, 512 Seiten (16.80 DM)

Fast ein Wälzer - wenn man das von einem Taschenbuch überhaupt sagen kann; aber einer, der es in sich hat!

Die Farben des Regenbogens auf dem Umschlag deuten es schon an: WELT AKTUELL '85 in der bewährten Reihe rororo-aktuell versteht sich als "das andere Jahrbuch", das "Verstöße gegen Menschenrecht, Umweltschutz und die Würde der Frauen sowie die Rechte der Arbeiter" protokolliert und zu analysieren versucht, genauso wie die sogenannten "großen" Weltereignisse.

Im Unterschied zu anderen aktuellen Nachschlagewerken läßt WELT AKTUELL eine eigene innere Logik erkennen und ist zudem noch übersichtlicher und leichter zu handhaben als seine älteren Konkurrenten. Es gliedert sich in sechs abgeschlossene Abschnitte, die sich jedoch aufeinander beziehen und in ihrer Reihenfolge jene Stringenz und Übersichtlichkeit erzeugen, die WELT AKTUELL, das fortan jeweils im September erscheinen soll, zu einer wirklich erfreulichen Neuerscheinung in der Sparte der aktuellen politischen Lexika machen.

Die Chronik der rasenden Ereignisse, so der Titel des ersten Abschnitts, gibt einen stichwortartigen Überblick über die wichtigsten politischen Vorkommnisse in aller Welt vom April 1983 bis Mai 1984 (Redaktionsschluß) in chronologischer Reihenfolge. Der zweite - und zugleich umfangreichste - Abschnitt heißt Weltbühne und enthält 28 längere Hintergrund-Artikel, die die "rasenden Ereignisse" politisch verständlich machen, sie einordnen, in größere Zusammenhänge stellen und zugleich die wichtigsten Tendenzen der internationalen Politik analysieren. Der Abschnitt 'Weltbühne' gliedert sich in sechs Unterkapitel: 'Kriegsgefahr und Friedenspolitik', worin die brisantesten Krisenherde sowie die wichtigsten Aspekte von Militärstrategie, Abrüstung und Friedenspolitik behandelt werden; 'Bedrohte Menschenwürde', worin so unterschiedliche Fragen wie die des Welthungers, der Kinder(sklaven)arbeit, der Ausländerdiskriminierung (weltweit, nicht nur in der BRD) und des Datenschutzes diskutiert werden; 'Wirtschaftskrise/Zukunft der Arbeit', worin grundlegende Probleme der veränderten Arbeitstruktur durch die "dritte industrielle Revolution" (Mikroelektronik) aufgezeigt werden; 'Im Krieg mit der Natur' - ein Kapitel, das für sich selbst spricht (besonders, wenn man auf den ersten Artikel blickt, der ebenso schlicht wie deutlich "Die Natur verabschiedet sich" heißt); 'Deutsches' und 'Medien & Moden' vervollständigen die Weltbühne. In 'Medien & Moden' findet der Leser den vielleicht bösesten Artikel des ganzen Bandes: "Windsurfer - Kalifornien für Kretins", doch kaum einer jener besonderen beach-boys dürfte jemals in den Genuß seiner Lektüre kommen. Der dritte Abschnitt handelt von verschiedenen Einzel-Menschen (u.a. von Melina Mercouri, von Jesse Jackson und von zwei Ausländern in Berlin), die auf die eine oder andere Weise in die "rasenden Ereignisse" verwickelt oder von ihnen betroffen waren. Der vierte schließlich gibt stichwortartig Auskunft über Die Länder der Welt - Daten und Berichte. Er enthält ferner Kurzberichte über 13 Länder, die im letzten Jahr besonders im Blickpunkt standen und auch eine lobenswerte (nicht zuletzt, weil die LN positiv erwähnt werden!!) Sammelrezension über 'Dritte-Welt-Literatur gegen den Nord-Süd-Strom'. Der fünfte Abschnitt - Organisationen, Konferenzen, Verbände - widmet den Organisationen der Bürger (u.a. Greenpeace, amnesty international und terre des hommes) mindestens ebensoviel Aufmerksamkeit wie den Organisationen der Staaten (u.a. IWF und Contadora), und der sechste heißt einfach Fundbüro. In ihm findet man fast alle wichtigen Adressen, die auch dazu gehören, um WELT AKTUELL zu dem Jahrbuch "der kritischen Autoren und kämpferischen Kommentatoren, der polemischen Schreiber und nüchternen Rechercheure" und zum unentbehrlichen Werkzeug für kritische Lehrer, Journalisten, Studenten, Richter, Zeitgenossen, Genossen, Polizisten (und die jeweiligen -innen) zu machen.

A BENÇÃO, VINICIUS

Vinicius de Moraes: SARAVA

Gedichte und Lieder.

Ausgewählt und übersetzt von Kay-Michael Schreiner. Verlag Klaus Dieter Vervuert, 1982.

Vinicius de Moraes gehört zu den populärsten Dichtern Brasiliens. In den dreißiger Jahren verkehrte er noch in konservativ-katholischen Literatenkreisen, und während der Vargas-Diktatur sympathisierte er mit dem Faschismus. Erst durch eine ausgedehnte Reise im Nordosten Brasiliens im Jahre 1942 wurde er zum Antifaschisten. Seinen Unterhalt bestritt er als Filmzensor, als Journalist und in der Zeit des Populismus als Diplomat in den USA, in Frankreich und in Uruguay. Da er in Montevideo gleichzeitig Shows organisierte und in Bars auftrat, versuchte das brasilianische Außenministerium ihn loszuwerden. Der General Costa e Silva unterschrieb schließlich seine Entlassung.

Was Vinicius auszeichnet, ist seine relativ unkomplizierte, ansprechbare Lyrik, da für ihn die Aufgabe des Dichters ist, "auf die einfachste und kommunikativste Art" "rythmisch verbaler Ausdruck für die Welt zu sein". Viele seiner Gedichte sind vertont worden, von ihm selbst oder von Komponisten wie Baden Powell, Antonio Carlos Jobim und später Toquinho. Durch diese Verbindung zwischen Poesie und Musik hat seine Lyrik Millionen von Brasilianern erreicht, was über andere Kommunikationsmittel wie Bücher oder die Presse nicht möglich gewesen wäre. Er selbst erklärte es in einem Interview so: "Zunächst einmal war da eine gewisse Unzufriedenheit zu wissen, daß ich nur ein sehr begrenztes Publikum erreichte - und dabei bin ich ein Dichter, der sich sehr gut verkauft, ich habe Auflagen von 5000 Exemplaren. Und dann wurden mir die intellektuellen allmählich zu lästig. Da habe ich angefangen, immer weniger "den Intellektuellen" zu spielen. Das "intelligente Denken" wurde mir allmählich zu dumm. Da habe ich mich den Leuten von der Musik angeschlossen".

Diese Leute, das sind Musiker, die Bossa Nova machen, eine Musikrichtung, die Mitte der fünfziger Jahre in Rio de Janeiro entsteht. Vinicius' Gedicht "Felicidade" (Das Glück), von Antonio Carlos Jobim vertont, und in dem Film "Orfeu Negro" verwendet, wird ein Welterfolg. Ipanema wird zum Modeviertel von Rio de Janeiro, und das Mädchen vom Strand von Ipanema zum neuen brasilianischen Schönheitsideal. Daran ist auch Vinicius entscheidend beteiligt. Das Neue seiner Lyrik ist "die eigenwillige Verbindung, die er zwischen dem Meer, dem Strand und der Liebe herstellte, die Vermengung der familiären Umgangssprache mit einem Vokabular keuscher Schamlosigkeit; die Erfindung eines Wortschatzes der körperlichen Liebe, der jeglichen Unterschied zwischen körperlicher und der als nicht körperlicher angesehenen Liebe aufhebt" (Antonio Candido). Daher auch der von einigen Kritikern nicht zu Unrecht erhobene Vorwurf der Frauenfeindlichkeit. Von einigen Linken wird ihm Frivolität oder Naivität vorgeworfen. Vinicius hat aber auch Gedichte mit sozialkritischen Inhalten geschrieben, obwohl er nie engagierte Poesie machen wollte. Das im Buch wiedergegebene Gedicht des im Werden begriffenen Bauarbeiters z. B., das während der großen Metallarbeiterstreiks im Staate São Paulo 1979 bei Veranstaltungen verschiedentlich aufgesagt wurde.

Es ist nur zu begrüßen, daß durch diese zweisprachige Ausgabe einige bekannte Gedichte auch dem deutschen Publikum zugänglich gemacht werden. Die Auswahl enthält zudem mehrere Artikel über den Dichter, ein Interview, sowie eine Biographie und Anmerkungen, und somit wird ein guter Einblick in die widersprüchliche Person Vinicius' ermöglicht.

Kurz nach seinem Tode im Juli 1980 wurde die Straße mit der Kneipe "Garota de Ipanema" (Mädchen von Ipanema) nach dem Dichter benannt. Und im letzten Karneval war eine Hommage auf Vinicius das Thema einer Sambaschule von Rio, was zeigt, daß Vinicius selbst in das Pantheon der brasilianischen Dichter, Komponisten und Sänger aufgestiegen ist, deren Segen ("A benção") er einst mit seinem "Samba da Benção" erbat.

Eingegangene Bücher

LADOK ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN (Lateinamerika-Dokumentationsstelle FB 6, Gesamthochschule Kassel, Heinrich Plett-Str. 40, 3500 Kassel)

Heft 11: Entwicklungsstrategie und Integrationswandel in Brasilien

Paulo SÜB: Regionale Analyse und Aktion / Ulrich Hampicke: Der Wert der tropischen Wälder Kassel 1984, 62 S.

Heft 13: Sabine Mitz: Die kollektive Gesundheitssicherung bei den Campa im peruanischen Amazonasgebiet. Kassel 1984, 87 S.

Rodolfo Walsh: Operación Masacre. Argentinischer Tatsachenbericht nach Aussagen Erschossener. Rotpunktverlag, Zürich 1983, 200 S.

Urs M. Fiechtner / Ursula Waldmann: Am Rande - Fragmente über die Folter. Schriften für ai, Nr. 7. AS-Verlag, Tübingen 1984, 105 S.

Hans Werner Toller: Die mexikanische Revolution. Gesellschaftlicher Wandel und politischer Umbruch 1876 - 1940. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1984, 655 S.

Frederik Hetmann: Der Preis der Freiheit. Bericht einer Reise nach Kuba. Verlag Beltz und Gelberg, Weinheim und Basel 1984, 136 S.

Sonderheft FDRUM Europa: Rüstungsexport - Das Geschäft mit dem Tod. 1984, 76 S.

Nea Naegle / Balduin Bollin: Sozialarbeiter als Entwicklungshelfer in Lateinamerika. Materialnappe der AG SPAK (Kistlerstr. 1, 8 München 90), München 1984, 236 S.

Uta Borges u.a.: Proalcool. Analyse und Evaluierung des brasilianischen Biotreibstoffprogramms. Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1984, 226 S.

Hellmar Hedder: Siedlungsgenossenschaften im Kolonisationsprozeß des peruanischen Urwaldes: eine Fallstudie. Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1984, 196 S.

Reinar Paul: Zwischen den Jahren. Mit den Arbeitsbrigaden in Nicaragua. Verlag die Werkstatt, Hamburg 1984

Lesebuch Dritte Welt. Band 2. Neue Texte aus Afrika, Asien, Lateinamerika. Peter Hanmer-Verlag, Wuppertal 1984, 366 S.

Zeitschriftenschau

Brasilien Nachrichten Nr. 82/1984

Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

FRAUEN IN BRASILIEN: Untersuchungen zur Arbeitssituation der Frau in Brasilien - Skizzen zur Stellung der brasilianischen Frau in der Politik - Die feministische Bewegung in Brasilien und ihre Tendenzen - Rechtsprechung - Zur Situation der Prostituierten in Juazeiro/Bahia - Häufig wie eine Sklavin gehalten - Erfahrungen einer Sozialhelferin in Nordosten - Karneval - Direitas já - Die Weißen denken nur ans Geld - Interview mit VW-Fazenda-Chef Friedrich Bruegger - Gedicht: Meine Schwester - Nachrichten, Rezensionen

Peripherie Nr. 15/16

Vertrieb: LN-Vertrieb, Gneisenastr.2, 1 Berlin 61

WELTWIRTSCHAFTSKRISE: H. Asche/L. Ramalho: Die Schwellenländer in der Weltwirtschaftskrise / Du-Yul Song: Südkorea - Auf den Spuren der Japaner? / D. Ernst: Die Auswirkungen der Mikroelektronik auf die weltweite Neustrukturierung der Elektronikindustrie - Implikationen für die Dritte Welt D. Mezger: Das Problem der nichterneuerbaren Ressourcen oder die ökologische Krise der Rohstoffexportländer / I. Mutter: Rohstoffabkommen - ein zweischneidiges Schwert / C. Dziobek: Die Kreditpolitik der amerikanischen Banken gegenüber den Ländern der Dritten Welt / R. Rojas Gonzalez: "We pay na'ana": Die Verschuldung Mexikos und die heutige Krise / E. Rivera Urrutia: Die Stabilisierungspolitik des IMF in Ländern mit repräsentativer Demokratie. Das Beispiel Costa Rica / Lee Young Hee: Die qualitativen Veränderungen der politischen Lage rund um die koreanische Halbinsel und unsere Aufgabe / V. Bennholdt-Thomsen: Auch in der Dritten Welt wird die Hausfrau geschaffen - warum? / Buchbesprechungen

ila-info Nr. 78, Juli/August 1984

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Versinkt die Welt in Schulden? Teil 1: Apocalypse soon (Über die weltweite Verschuldung und ihre Beteiligten)

Berichte und Hintergründe: Costa Rica: Die Aufrüstung einer abgeschafften Armee / Honduras: Opposition im Aufwind / Kuba: "Die Wirklichkeit ist nie ein vollkommenes Paradies" - Galeano zum "offenen Brief" von F. Arrabal an Fidel Castro

Länderberichte zu Brasilien, El Salvador, Grenada, Guatemala

Solidaritätsbewegung: Rio San Juan - Eine Reise ans Ende der Welt / Große Anstrengungen der Regierung zur Verbesserung der Lebensumstände der Regenwaldbauern / Schlimmer als in der Kolonialzeit - Arbeitskreis Dritte Welt der Pfarrgemeinde St. Peter/Recklinghausen zeigt Brasiliens Botschafter die gelbe Karte / Die Bayer AG - Vampir und Ratte / Offener Brief an den Präsidenten Perus / Die Revolution für Kinder - Eine reale Utopie

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 5, August 1984

Blücherstr. 14
5300 Bonn 1

Schwerpunktthema: Südafrika und Zimbabwe - Frauen im Widerstand

Südafrika: Unterdrückung, Ausbeutung und Widerstand / D. Nyembe: Symbol für Mut und Widerstand / Zum Beispiel: Fünf Frauen in Südafrika / Rita Ndzanga: Gewerkschafterin / "Wir sind schwarz und wir sind Frauen. Und deshalb sind wir ganz unten" / Noch sind es wenige weiße Frauen / Frauen für Südafrika / Zimbabwe: Brautpreis, Baby-Dumping, Prostitution / Wir wollen eigenes Land / Aufruf zur Unterstützung des Zimbabwe Women's Bureau

Mosambik: Nadel und Zwirn für die OMH / Aufruf des ersten bundesweiten Kongresses ausländischer Frauen und Mädchen / Südafrika: Gewerkschaftseinheit - Nationale Föderation beschlossen / Wir haben in der UDF unseren Platz / Die Kosten für Bothas Frieden / Leere Worte / Südniederwerb für Südafrika / Waffen für Südafrika

Informationsdienst Südliches Afrika Nr. 4, Juni/Juli 1984

Südafrika: Bothas Europareise / Proteste - Der Staatsgast wurde zur persona non grata / Rede von Alexander Schubert / Zimbabwe: Landreform in Zimbabwe: Bei den Bauern in der Schuld / Push until Things Move / Resettlement und Communal Land / Krise in Matabeleland dauert an / Zimbabwe - Opfer einer Verleumdungskampagne der westlichen Presse? / Lesotho: Die politische Lage eines von Südafrika umgebenen Landes / Namibia: Bewegung in der Namibia-Frage? / Angola: Pretoria treibt weiterhin sein Spiel / Südliches Afrika: Gipfelkonferenz der Frontstaaten / Aktionen: Weiterhin Millionen für Apartheid / 10 Jahre AAB / Solidaritätskonferenz / Bildung zur Befreiung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Liebigstr. 46, 3550 Marburg
AlB-Sonderheft 4/1984 "Nikaragua - 5 Jahre Revolution"

W. Brünner: Bonn und die Nikaragua-Frage / Interview mit Tomás Borge: Den Ölbaun des Friedens auf-
richten / U. Kampmann: 5 Jahre Revolution - Eine Bilanz der Wirtschafts- und Innenpolitik / Landre-
form 1978 - 1984 / Nikaragua-Daten / Gewerkschaften und Massenorganisationen / Parteien und Bündnisse
Gespräch mit Fernando Saavedra: Verteidigungskomitees (CDS) - das ist Volksmacht / Interview mit
Rafael Solís: Die Wahlen sind keine Prinzipienfrage / J. Cavanagh, J. Hackel: Der Wirtschaftskrieg
gegen Nicaragua / R. Mack: Brigadeinsatz in Nueva Guinea / N. Biver: Die US-Intervention und die
"Contras" / Chronologie der US-Interventionen / Die Miskitofrage - eine Desinformationskampagne
J. Cortazar: Das neue Nicaragua - Enklave der Hoffnung / Material- und Aktionsspiegel

Mittelamerika Magazin Nr.39/40, Juli/August 1984

Königsweg 7
2300 Kiel 1

Nicaragua: Völkermord an den Miskitos? / ai: Menschenrechte / Gesellschaft für bedrohte Völker:
"Ein unhaltbarer Vorwurf" / Wo liegt die Wahrheit, wo die Lüge? / Dokumentation der Untersuchungsbe-
richte von Nitschmann und CIDCA / Der vorprogrammierte Konflikt / Eden Pastora: Gewinner eines Atten-
tats / Die Werkstatt an Rio San Juan / Wahlgesetz: Historische Vergleiche braucht es nicht zu fürch-
ten / Die Parteien in Nicaragua / Umsiedlungen an der Südgrenze und neue Projekte
El Salvador: Flüchtlinge, die keine Meinung haben dürfen / "Der Sieg ist nicht nur militärischer
Natur": Gewerkschaftliche Massenarbeit in El Salvador / Wie weiter, Herr Duarte? / Der Davidsstern
in fernen Salvador
Costa Rica: "Honduranisierung" oder strikte Neutralität
Guatemala: Wahlkampf: "Nicht die Gesetze sind das Problem" / Humanitäre Hilfe und militärische Kon-
trolle / 60-Millionen-Kredit
Rückblick: "Der große Kampf um Lateinamerika" (Teil 3 des AIZ-Artikels von 1978)
Solidaritätsarbeit: Die APIA in Nicaragua - Kassel: Hochschulpartnerschaft

ECOPRESS Juli 1984

c/o Reinert, Postfach 110309
1 000 Berlin 11

Vorstellung von Ecopress / Dominikanische Republik: Erklärung von San José de Ocoa / Argentinien:
Studien über Genetik und Reproduktion von südamerikanischen Kamelen / Chile: Das andere Gesicht
des Wald-Booms / Brasilien: Industrialisierungsstil und Umwelterstörung / Lateinamerika: Windatlas

epd-entwicklungspolitik Nr.16/1984 Postfach 170361, 6000 Frankfurt/M. 17

Chile: Wie das neo-liberale Modell scheiterte / Artikel, Kommentare und Dokumentation zur Weltbevöl-
kerungskonferenz der UNO in Mexico

epd-Entwicklungspolitik Nr. 17/1984

Schuldenkrise: Grüne fordern Bonn heraus / Schuldenkrise: Verkürzter Zyklus / IWF-Blutspur / Stabili-
sierung und Entwicklung: Thesen zur Reform der IWF-Politik / Der Beitrag der Weltbank zur Verschul-
denungskrise / Dokumentation: Erklärung von Cartagena / Dokumente zum IWF

Termine

Seminar: "Oppositionsbewegungen in den USA" mit den thematischen Schwer-
punktenpunkten "Soziale Bewegungen in den USA in der Vergangenheit" und
"die Innenpolitische Situation vor den Wahlen".
Referent: Gerhard Armanski (Redaktion "Dollars und Träume")
Ort: Tagungshaus Exil, Imhoffweg 42, 4300 Essen
Zeit: 26.-28. Oktober (Beginn: Freitag, 19 Uhr)
Veranstalter: Lateinamerikakreis Essen und Forum für Internationale Frie-
densarbeit e.V. Essen
Anmeldung: Forum für Internationale Friedensarbeit, Niederstr. 9-11, 43 Essen

Seminar: Kohle beschaffen - Kohle verwalten

Ein Seminar für Stadtteil und Ausländerprojekte. Leute mit "einschlägigen
Erfahrungen" werden Anregungen geben, wo das Geld herkommen könnte,
und wie es ohne den großen Horror vor der Buchführung "ordentlich" verwal-
tet werden kann.

Termin: 27.-30.9. in Fronhausen bei Marburg

Anmeldung bei AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8 München 90, Tel. 089/69117821

Seminar: Frauen im Kampf um ihre Befreiung

"Neue Innerlichkeit" - politische Kraft: ein Widerspruch? / Welche Anregun-
gen geben uns die Erfahrungen der "befreienden Pädagogik" aus Lateiname-
rika?

Termin: 26.-28.10.1984

Auskunft: Christa Glock, Diepgenbrockstr. 20, 44 Münster/W. oder AG SPAK

Seminar: Lernen in eigener Verantwortung

Auskunft: Tagungshaus Stienkens Hof, 2251 Bohmstedt oder AG SPAK

Workshop: "Dritte-Welt"-Liederbuch

Dabei soll ein neu erschienenes Liederbuch für eine weitere Auflage verbes-
sert werden: Wir werden Auswahl der Lieder, sonstige Inhalte und Gestal-
tung kritisch betrachten und Verbesserungsvorschläge machen. Und natürlich
werden wir auch singen.

Termin: 16.-18.11. in Bielefeld

Anmeldung an: AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

P.S. Natürlich kosten alle Seminare Tagungsbeiträge. Aus postalischen Grün-
den können wir aber im Innern der LN keine Preisangaben veröffentlichen.

Isabel Allende liest aus "Das Geisterhaus" (in spanisch)

(ein Schauspieler liest die deutsche Übersetzung)

Termin: 12.10.1984, 20 Uhr in der Galerie Wewerka, Fritschestr. 27-28,
1 Berlin 10 (kostet Eintritt)

EL PARCIAL

COSTA RICA: BAJO EL DICTADO DEL FMI, HACIA LA URUGUAYIZACION

EL PARCIAL - Heft 13 (August 1984)

Das Heft umfaßt 142 Seiten, davon 125 Pres-
sedokumentation. Die Texte sind fast aus-
schließlich auf Spanisch, wobei vor allem
Publikationen aus Costa Rica, Mexiko und
Guatemala berücksichtigt wurden.

Inhaltliche Gliederung: Im Würgegriff des
Internationalen Währungsfonds/Grundzüge
der aktuellen sozialen und wirtschaftlichen
Situation/Aufbau, Ausbildung und Ausrü-
stung eines getarnten Heeres/Systemati-
sche selektive Repression/Die eigennützige
"Hilfe" der USA/Der Garten Eden von Pas-
tora/Die Volksbewegung: Spaltung der Lin-
ken - Aktionen von "precaristas" - Bewe-
gung gegen die Erhöhung der Strompreise.

Das Heft kostet 10,00 DM + Porto und ist
zu beziehen über Doris Hermes, Kielort-
allee 4, 2 Hamburg 13.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

ABRIL DE 1984 12

Manfred Ernst COSTA RICA die Schweiz Mittelamerikas: Mythos und Realität

**Zu den strukturellen Vorausset-
zungen kapitalistischer Ent-
wicklungsstrategie am Beispiel
Costa Ricas seit 1948**

**Die Republik Costa Rica stellte
bislang die scheinbare Ausnah-
me in der von wirtschaftlicher
Abhängigkeit, Gewalt, Armut
und Ausbeutung geprägten mit-
telamerikanischen Region dar.**

**Das vorliegende, äußerst mate-
rialreiche Werk ist die erste um-
fassende und kritische sozial-
wissenschaftliche Veröffentli-
chung zu Costa Rica im deutsch-
sprachigen Raum.**

ila-wissenschaftliche Reihe 2

240 Seiten

Preis: 10.80 DM

Herausgeber:

Informationsstelle Lateinamerika
(ila) e.V., Römerstr. 88,
5300 Bonn 1, Tel.: 0228-658613
Karibik Informationszentrum
Hamburg e.V., Nernstweg 32-34,
2000 Hamburg 50

»...und ich weiß,
daß ich noch bleiben will«
Gesundheitsbrigaden
in Nicaragua

das Buch thematisiert:

- das Gesundheitswesen, zusammen mit
dem Wirtschafts- und Bildungssektor als
wesentlichen Ansatzpunkt gesellschaft-
licher Veränderungen in Nicaragua
- was hat sich hier durch die sandinistische
Revolution real und konkret verändert?
- inwiefern setzt das somozistische Erbe
noch »objektive« Grenzen?
- inwiefern sind die sandinistischen Vorstel-
lungen bezüglich des Gesundheitswesens
»revolutionär« und wie werden sie
umgesetzt?

-worin liegen die Schwierigkeiten und
Hemmnisse, bei der Weiterentwicklung des
revolutionären Prozesses im bedrohten
Nicaragua?

Leseprobe:

...die Nähe des Krieges also oft auf diese
plötzliche indirekte Weise. Anders bei dem
Überfall der Contra am 17. Dez. auf Chilali,
einer Kooperative 20 km von Somoto
entfernt, wobei drei Companeros umge-
kommen sind. ...war plötzlich hautnah und
machte trotzdem nicht in diesem Sinne
Angst, sondern eher eine angespannte unru-
hige Überwachtheit, die mich öfter überfällt.

Der Begriff

Internationale Solidarität war für mich eher
mit einer Demo über den Ku-Damm asso-
ziiert, als mit konkreten Inhalten. Revolu-
tion, und Bewaffnung des Volkes waren für
mich konkret nicht vorstellbar, geschweige
dann Krieg oder eine kriegsähnliche Situa-
tion.

Tagebücher/Briefe/Berichte/Einschät-
zungen/Dokumentation sind Inhalt des
Buches

Hg. Gesundheitsladen Berlin
bei edition »Schwarze Risse«
Gneisenaustr. 2 I Berlin 61
Bezug für den Buchhandel:
Regenbogen Buchvertrieb Seelingstr. 47
1000 Berlin 19
erscheint im Sep. 15.-

blätter des iz3w
Informationszentrum dritte Welt - iz3w

Schwerpunktthema:



Dritte Welt im Schuldturm

Nr. 119 · August 1984

Verschuldung: Dritte Welt im
Schuldturm · **Kenia-Interview:**
Politische Gefangene auf der „Insel der
Stabilität“ · **Ausländer in der BRD:**
Asylpolitik und Ausländerfeindlichkeit ·
Rezension: „Abgelehnt, Ausgewiesen,
Ausgeliefert“ · **Solidaritätsarbeit:**
„Zwischen Butten und Brigaden“

Nachrichten und Berichte zu:
Sri Lanka, Osttimorische Flüchtlinge,
Ägypten, PLO — Thesen zur
Diskussion

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-
(DM 30,- für einkommensschwache
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg